

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement - Preis (beinumerando)  
Bierzeitung 3,30 M., monatl. 1,10 M.,  
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
Eingeklebte Nummer 6 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Belastungs-  
verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
3 Mark, für das übrige Ausland  
5 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interflons-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgefallene Kolonne  
gelle oder deren Raum 50 Pfg. für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Bebauungs-Anzeigen 30 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (sta-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Debatte über die Arbeitslosenvorlage.

London, 15. März.

Wenn auch Marxens Name jetzt viel öfter und mit viel größerer Achtung in England genannt wird als früher und der sozialistische Gedanke eine Proletarierschicht nach der anderen fast mühelos durchdringt, so wird doch die soziale Frage hier anders formuliert, als auf dem europäischen Festlande. Die letzten Hefte der „Fortnightly Review“ enthalten mehrere Artikel, in denen hochgebildete bürgerliche Politiker ihrem in Unbehagen Ausdruck gaben über die geistige Umwälzung, die sich in sozialpolitischen Dingen sichtbar vollzieht. Und die von der Westminster Gazette“ unlängst veranstaltete Untersuchung über die Diskussionsgegenstände in den großen Arbeiterclubs enthält die lehrreiche Tatsache, daß die Arbeiter überall sozialistische Thematika allen anderen Fragen vorziehen. Freihandel und Schutz Zoll, Nomenklatur und Zentralisation, Religion und Unglaube und ähnliche politische Lohnhüter erwecken in Arbeiterkreisen wenig oder gar kein Interesse. Aber ebensowenig kümmert man sich da um theoretische Debatten über den Sozialismus. Wollte man mit wenigen Worten sagen, worin der Umschwung im sozialpolitischen Denken der intelligenten Arbeiter und bürgerlichen Politiker besteht, so könnte man sagen, daß sich bei ihnen die Ueberzeugung Bahn bricht, die Armut sei nicht notwendig; die menschliche Arbeit sei ergebnisreich genug und der menschliche Geist bereits stark genug, um dem materiellen Elend ein Ende zu machen. Und das materielle Elend wird hier vor allem am tiefsten empfunden durch das Vorhandensein von Arbeitslosen, die, wie statistisch nachweisbar, ohne ihre persönliche Schuld ins Elend geraten sind.

Der erste Versuch — allerdings ein sehr schwacher Versuch — diesem Uebel näher zu treten, wurde im Sommer des Jahres 1905 von der letzten konservativen Regierung gemacht. Sie schloß einen Unemployed Workmen Act durch, die im Prinzip die Verantwortlichkeit der Gesellschaft für die Arbeitslosigkeit anerkannte und einen Verwaltungsapparat schuf, die Arbeitslosen und die lokalen Körperschaften aneinanderzubringen. Die Schwäche dieses Gesetzes bestand erstens darin, daß es keine normalen Finanzquellen erschloß, sondern an die öffentliche Wohltätigkeit appellierte; zweitens, daß seine Geltungszeit auf drei Jahre beschränkt wurde. Als die Wahlen vom Januar 1906 eine Arbeiterfraktion ins Unterhaus brachten, bewilligte die liberale Regierung 200 000 Pfund Sterling zur Ausführung des Gesetzes, aber Hr. John Burns, in dessen Kompetenz das Gesetz fiel, zeigte wenig Reue, an die Arbeitslosenvorlage ernst heranzugehen. Die Arbeiterfraktion geriet deshalb oft mit ihm in Konflikt, was die Kluft zwischen dem ehemaligen revolutionären Sozialdemokraten und den Arbeitervertretern nur erweiterte.

Da das Gesetz im August dieses Jahres automatisch zu Ende kommt, brachte die Arbeiterfraktion eine neue Arbeitslosenvorlage ein, die von den linksliberalen Abgeordneten unterstützt wurde. Wir gaben ihren Wortlaut vor einigen Tagen wieder; ihr Grundgedanke war, ein Recht auf Arbeit festzulegen, für dessen Durchführung die lokalen Körperschaften in Verbindung mit dem Ministerium der Lokalregierung zu sorgen hätten.

Begründet wurde die Vorlage von Mr. P. W. Wilson, dem parlamentarischen Korrespondenten der „Daily News“, der die Arbeitslosenvorlage als eine der wichtigsten nationalen Fragen betrachtete, der sich das Parlament nicht entziehen dürfe.

Genosse J. R. Macdonald unterzählte die Vorlage und möchte von ihr nicht um ein Jota abgehen. Er sagte: „Hinter der Vorlage stehen die vereinigten Kräfte der Arbeiter. Die Arbeiterpartei ist entschlossen, ein Recht auf Arbeit zu proklamieren. Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die mit der Durchführung der Vorlage verbunden sind und werden darauf Rücksicht nehmen. Es ist heute allgemein bekannt, daß die moderne Industrie nicht ohne eine Reservearmee von Arbeitslosen bestehen kann. Jeder Ökonom, jeder soziologische Forscher kennt dieses Uebel, das mit der Natur der bestehenden industriellen Organisation verknüpft ist. Daraus ergibt sich aber die Notwendigkeit, die Lasten der Arbeitslosigkeit nicht auf einzelne der schwächsten Menschen zu werfen oder sie durch Wohlthätigkeit erleichtern zu wollen, sondern durch § III unserer Vorlage, der die Behörde verpflichtet, die Reservearmee zu beschäftigen oder zu ernähren. Auf Grund des Arbeitslosengesetzes vom Jahre 1905 wurden 87 000 Arbeitslose registriert, von denen 60 000 als unterhaltungswürdig anerkannt wurden, aber nur 38 000 konnten einige Beschäftigung erhalten. Wer unter uns ist kühn genug, derartige Zustände zu verteidigen? Unter den jetzigen sozialen Verhältnissen wird den alten Armen geholfen, indem man sie ins Arbeitshaus schickt. Warum sollen wir keine Anstalten treffen, den Armen früher zu helfen? Die Kosten einer einzigen „Dreadnought“ (eines der modernsten Linien-schiffe) würden genügen, eine Reform des Arbeitslosensübels einzuleiten, und das Ergebnis wäre für die Nation viel nützlicher.“

Genossen die Vorlage sprachen zwei liberale Abgeordnete, die vor vielen Jahren den Gewerkschaften angehört, jetzt aber ganz im Dienste liberaler Kapitalisten stehen und das Recht auf Arbeit bekämpfen. Ihnen antwortete der walisische Bergarbeiterführer Grace, der die negative Kritik der Liberalen verwarf und jeden positiven Vorschlag der Sozialisten bewillkommnete. Sodann sprach ein liberaler Bodenreformer gegen die Vorlage, worauf Genosse Grayson mit einer Kampfsprache für die Arbeitslosen eintrat. Er sagte: „Viele in diesem Hause haben die realistischen Schilderungen der Arbeitslosigkeit, da dadurch die idealisierten

Bilder, die sie sich von der kapitalistischen Gesellschaft machen, verunzert werden. Eine Arbeitslosenvorlage ist ein Windstoß gegen die Illusionshäuser, die die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft bauen. Findet die gegenwärtige Regierung kein Mittel zur Erleichterung des Arbeitslosensübels, so verurteilt sie sich zur Machtlosigkeit. Ich gebe zu, daß es heute keine Lösung der Arbeitslosenvorlage gibt, da diese mit dem ganzen Problem der heutigen Gesellschaftsordnung verknüpft ist. Die Lösung kann nur gefunden werden in einer Gesellschaftsordnung, die den Arbeitern das Produkt ihrer Arbeit gibt und für sogenannte „Gentlemen“ keinen Platz hat. Aber es ist unsere Pflicht, anzuerkennen, daß die Frage der Arbeitslosigkeit existiert und eine Antwort heischt. Die konservative Regierung hat wenigstens die Frage bejaht. Damals im Jahre 1905 sagte der heutige Präsident der Lokalregierung (John Burns), die Vorlage sei „ein Automobil ohne Petroleum“. Als er aber zur Macht kam, hat er, anstatt fürs Petroleum zu sorgen, das Automobil zerfallen lassen. Und ich wundere mich darüber gar nicht. Ein Minister einer liberalen Regierung konnte gar nicht anders handeln. Das Problem, mit dem wir uns beschäftigen, betrifft nicht die Produktion, sondern die Verteilung des Reichtums. Und wo es sich um die Verteilung des Reichtums handelt, müssen die Arbeiter sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Da liegt ihre Mission; sie sollten nicht glauben, daß die Arbeitslosenvorlage so schwer zu lösen sei. Sie ist nur eine Geldfrage. Und in den bestehenden Säcken der unbedienten Einkommen, an die die Regierung zu rühren fürchtet, gibt es genug Mittel, den Hunger des Volkes zu bannen.“

Die Rede Graysons reizte John Burns auf. Er sang eine Lobeshymne auf die humane Politik des Liberalismus und auf die Wohlthätigkeit Englands im allgemeinen. Er meinte ferner, der ganze Trade Unionismus ginge zugrunde, wenn die Arbeitslosenvorlage angenommen würde; ebenso würde ein derartiges Arbeitslosengesetz die Arbeiter demoralisieren; sie würden glauben, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie sich als Arbeitslose registrierten. Die Vorlage sei utopisch, unpraktisch und deshalb zu verwerfen. Burns Rede wurde oft von den Arbeiterabgeordneten durch scharfe Zurufe unterbrochen. Jemell rief ihm „Humbler!“ zu; Gebols rief, Burns spreche die Unwahrheit; Curran meinte, die Arbeiterbewegung komme auch ohne Burns aus.

Nach dieser Rede dürfte es nicht mehr möglich sein, auch nur von einer Sympathie Burns für die Arbeiter zu sprechen. Die Kluft zwischen der englischen Arbeiterbewegung und Burns ist viel weiter als die zwischen dem französischen Sozialismus und Millevand. Es hat sich deutlich gezeigt, daß Burns nichts weiter als ein Phrasenredner ist.

## Preußische Regierungskunst.

Wieder ist Blut in den Straßen Berlins geflossen. An der Volksecke wie in der Landsberger Allee hat die Polizei es sich nicht zu verlagern vermocht, den Gedenktag des 18. März durch blutige Akte zu feiern und auf die einzelnen Trupps von Versammlungsbesuchern, die nach ihrer Meinung ihrem Gebot, sich aufzulösen, nicht schnell genug Folge leisteten, mit dem Säbel einzuhaufen. Die Polizei wußte durch ihre Spione, daß das proletarische Berlin keine Strahrendemonstration plante; dennoch ließ sie die Versammlungsbesucher, die in den überfüllten Versammlungshäusern keinen Einlaß fanden und deshalb in losen kleinen Trupps nach anderen Lokalen zogen, nicht ruhig ihres Weges gehen, sondern versuchte mit der ihr eigenen bekannten Zurückhaltung die einzelnen Trupps, wie es im Polizeijargon heißt, zu „zerstreuen“. Fast scheint es, als wenn die Berliner Polizei, über deren Qualität selbst in gemäßig- liberalen Blättern gespöttelt wird, beweisen wollte, daß, wenn auch ihre Findigkeit alles zu wünschen übrig läßt, sie doch ihre alte traditionelle Schneidigkeit zu konservieren verstanden hat.

Es ist nicht nur eine höchst blamable Probe ihrer eigenen Güte, sondern des ganzen preußischen Staatsregiments, die vorgestern wieder die staatliche Berliner Polizei geliefert hat. Wenn uns nicht die Opfer ihrer Schneidigkeit leid täten und wir eine Politik der Bosheit trieben, so könnten wir versucht sein, diese Polizeiatacken mit einer gewissen Schadenfreude zu betrachten; denn sie werden den Ruhm des preußischen Regiments im Ausland wiederum beträchtlich vermehren und ganz zweifellos in der großen ausländischen Presse dieselbe verächtliche Beurteilung finden, wie Bülow's schöne Rede im Abgeordnetenhaus am 10. Januar und die zwei Tage darauf in Berlin veranstaltete Niedermechelung friedlicher Wahlrechtsdemonstranten. Das Ausland ist eben, mag auch in fremden Staaten manches faul sein, noch nicht dazu gelangt, in der rücksichtslosen Verästelung des größten Teils der eigenen Bevölkerung und in der gewaltsamen Niederhaltung berechtigter Reformforderungen die höchste Stufe der Staatskunst zu erlangen.

Seit Jahrzehnten hat Deutschland das Ansehen, das es durch die Reichsgründung und die nachfolgende Periode eines mächtigen industriellen Aufschwungs im Ausland errungen hatte, nach und nach wieder verloren. Deutsches Wissen, deutsche Arbeit, deutsche Ausdauer werden auch heute noch im Ausland hoch geschätzt; aber ein spöttisches Lächeln umzieht den Mund eines jeden gebildeten, mit deutschen Verhältnissen vertrauten Ausländers, wenn man von deutscher und besonders von preussischer Diplomatie spricht. Und mit Recht. Jeder der letzten Reichskanzler stand als Staatsmann um einige Stufen niedriger als sein Vorgänger, und der jetzt die auswärtige deutsche Politik leitende vierte Kanzler sieht

bereits auf einem Niveau, daß, wenn sein Nachfolger wieder im gleichen Maße an Befähigung zurückbleiben sollte, er ungefähr auf jener Höhe der Leistungsfähigkeit stehen dürfte, wie in England die vierte oder fünfte Diplomatengarnitur. Und dieser Qualifikationsverminderung entspricht die Stellung Preußen-Deutschlands im Konzert der Mächte. Die lediglich plötzlichen Impulsen folgende romantische Experimentierdiplomatie seiner verantwortlichen und unverantwortlichen Leiter hat Deutschland glücklich zu einer völligen Isolierung geführt. Trotz der Bedeutung seiner Waffenmacht und seiner wirtschaftlichen Entwicklung wird das Deutsche Reich in der internationalen Diplomatie als kaum der Beachtung würdige Quantität betrachtet. Selbst Oesterreich, bisher noch der einzige Staat, der Deutschland in auswärtigen politischen Fragen mandymal unterstützte, begnügt sich mit der Beobachtung der inneren Wahlrechtsfragen geträstigt fühlt, den lieben Nachbar als Löpel anzusehen, wie das jüngste Auftreten Oesterreichs mit eigenen Bahnprojekten auf der Balkanhalbinsel unter Ignorierung der deutschen Ansprüche beweist.

Aber hat Bülow's Diplomatie bei auswärtigen Politikern, die sie nicht nach ihrem weltmännischen Getöse, sondern nach ihren Erfolgen beurteilten, seit langem nur Spott geweckt, so glaubte man doch, daß im inneren Staatsleben Preußens alles gut bestellt sei. Die blockpolitische Fortwurferei ohne Sinn und Ziel, die sequellen Offiziersprozesse der letzten Zeit, Bülow's Rede am 10. Januar im Abgeordnetenhaus und die darauf am 12. und 21. Januar folgenden blutigen Polizeiangriffe auf friedliche Wahlrechtsdemonstranten, das totale Fiasko der preussischen Außenpolitik und die von der Regierung ergriffene Maßregel zwangswise Enteignung polnischer Grundbesitzer haben jedoch diese gute Meinung sehr korrigiert und das Ansehen des preussischen Regiments im Ausland schwer kompromittiert. Die Polizeiatacken des 18. März werden diesen Ruhm Preußens im Ausland vervollständigen. Es fehlt jetzt nur noch, daß die Regierung bei den nächsten Wahlrechtsversammlungen oder Demonstrationen Militär aufmarschieren und auf das eigene Volk schiessen läßt, um jenen zweifelhaften Ruhm Preußens auf die höchst erreichbare Stufe zu bringen.

Wir haben gegen diese Völkerverleumdung durch sein Junkerregiment nichts einzuwenden; vielleicht ist auch sie eine der notwendigen Vorbedingungen eines zweiten Jenas der ostelbischen Junkerherrschaft.

## Ein blutiges Gefecht in Südwestafrika.

Der südwestafrikanischen Schutztruppe ist es endlich gelungen, Simon Copper in der Kalahari zu überrumpeln und ihm schwere Verluste beizubringen. Die deutschen Verluste betragen 14 Tote, 9 Schwere- und 8 Leichtverwundete. Die amtliche Meldung über das Gefecht lautet:

„Berlin, 19. März. Nach einem Telegramm des Oberstleutnants v. Storff griff das Expeditionskorps des Hauptmanns v. Erdert am 16. März die Werft Simon Copper's mitten in der Kalahari, etwa 100 Kilometer nordöstlich Weinab, an. Der Feind verlor an Toten 58 Männer; 7 Männer und einige Weiber wurden gefangen genommen. Simon Copper entkam im dichten Busch, der Rest der Werft zerstreute sich nach Süden und Südwesten.“

Hauptmann v. Erdert, Leutnant Ebinger und 12 Mann sind gefallen, 9 Mann wurden schwer, 8 Offiziere, 5 Mann leicht verwundet.

Das Expeditionskorps war in zwei Kolonnen von Goshas am 6. von Arakob am 8. in der Gesamstärke von 430 Weissen mit 4 Maschinengewehren und 700 Kamelen aufgebrosen. Am 11. berührte sich das Korps bei Weinab. Nach vier Tagen wurde zum erstenmal abgefeuert. Die tägliche Wasserration für den Mann betrug bei heißer und trockener Witterung erst zwei, dann einen Liter. Bei Weinab war das letzte Wasser gefunden worden; es reichte aber nicht zum Trinken der Kamel.“

Hauptmann v. Erdert hatte auf der Spur Simon Copper's am Abend des 15. dessen Werft erlundet. Am 16. mit Tagesanbruch griff er die Werft mit zwei Detachements unter den Hauptleuten Grüner und Willeke an, fiel jedoch gleich bei Beginn des Gefechts. Hauptmann Grüner übernahm das Kommando und befahl dem im Halbkreis um die Werft liegenden Expeditionskorps den ununterbrochenen Anlauf gegen den Feind. Dieser wurde zwei Stunden lang von Stellung zu Stellung geworfen, bis er vormittags halb acht Uhr seinen verzweifelten Widerstand aufgab und in regelloser Flucht nach Süden und Südwesten auseinander lief.

Erbeutet wurden 29 Gewehre, zahlreiche Munition, eine kleine Herde Vieh sowie einige Pferde.

Das Hottentottenkommando, das am 8. nördlich Koeb eine Patrouille überfallen hatte, scheint bereits am 15. wieder bei Copper gewesen zu sein.

Hauptmann Grüner geht zunächst zum Roffob zurück, weil er Wasser haben muß. Dort findet er das letzte sichere Wasser in Arakob. Simon Copper ist schwer geschädigt, aber noch nicht endgültig beseitigt. Weitere Grenzbeobachtung und erneute Expeditionen bleiben nötig.

Nach Meldung des Oberstleutnants v. Storff muß die Leistung des Expeditionskorps als ganz hervorragende bezeichnet werden. Mit dem tapferen und bewährten Führer Hauptmann v. Erdert verliert die Schutztruppe einen ihrer besten Offiziere.“

An der amtlichen Meldung ist verschiedenes auffallend. Erstens fehlt seltsamerweise jede Angabe über die Stärke des angegriffenen Feindes. Es wäre doch von Interesse, zu erfahren, wieviel Waffenfähige Simon Copper noch geblieben sind. Auffallend ist ferner, daß die Copper-Leute zwar 58 Tote, aber anscheinend keinen einzigen Verwundeten hatten! Sollte es ihnen gelungen sein, alle ihre Verwundeten, auch die Schwerverwundeten, mitzunehmen — die Zahl der Verwundeten mußte im Verhältnis zu den Getöteten mehr als 100 betragen — so könnte doch von „regelloser Flucht“ keine Rede sein! Es wäre also sehr wünschenswert, wenn über den Verbleib der Verwundeten nähere Mitteilungen gemacht würden.

Schließlich ist es ein starkes Stück, daß in dem Telegramm trotz aller früheren Beschwerden wiederum nur die Namen der gefallenen Offiziere genannt sind. Man kann sich diesmal auch nicht damit herausreden, daß das Heliogramm seiner Kürze wegen diese Namen nicht hätte enthalten können. Denn wenn man so ausführlich über den Verlauf des Gefechts berichten konnte, hätte man mit Leichtigkeit auch die Namen der Gefallenen und Verwundeten mitteilen können. Es handelt sich also wieder um die vielgerügte alte Rücksichtslosigkeit gegenüber den Angehörigen der Schutztruppe!

## Des Freisinn Verrat vollendet.

Die Blokmehrheit der Reichsvereinsgesamtheit hat ihr Werk vollbracht — die preussische Regierung und die preussischen Junker haben, was sie wollten, Sprachenzwang und Jugendauschlag sind bewilligt. Das „moderne, freihetliche“ Vereinsgesetz, das den Junkern und der preussischen Regierung gefällt, ist fertiggestellt für die Annahme im Plenum.

Der Freisinn hat ein positives Ergebnis der Blokpolitik gerettet auf Kosten seiner Grundzüge, auf Kosten seiner Ehre. Er hat seine Zustimmung zu einer schmachvollen Ausnahmebestimmung gegeben, hat sich den Forderungen einer wälfen, unheimlichen Unterdrückungspolitik gefügt. Er ist restlos untergetaucht in den Sumpf der Reaktion, in den Notat volliger politischer Charakterlosigkeit. Besudelt vom Kopf bis zum Fuß, schmutztriefend aus allen Poren, so entsteht er der zweiten Lesung des Reichsvereinsgesetzes in der Kommission, zu verächtlich fast, um noch ein Gegenstand des Hasses sein zu können.

Weshalb er das Schmutzbad gewagt, das ist offenes Geheimnis. Es ist nicht nur das brennende Bedürfnis, den Wählern eine Frucht der Blokpolitik vorweisen zu können, es ist vor allem die Angst vor dem Unwillen der Börse, wenn die Börsenreform über dem Vereinsgesetz zu Falle kommen würde. Es ist ein niederträchtiger Schacher mit dem Volkrecht, der hier getrieben worden ist und kein Regen noch so feierlicher Erklärungen und Versicherungen wäscht dem Freisinn die Schmutz dieses unerhört unsauberen Geschäftes ab. Das wissen die Herren und deshalb die lächerliche Betuerung des Gegenteils in der gestrigen Kommissionssitzung! Deshalb der unverschämte Appell an die Wahrheitsliebe der Gegner! Diese Vrablen! Kein Wort haben sie fallen lassen über die Börsenreform, als sie den Kompromiß zusammenfickten und keiner der Konservativen ist so ungarig gewesen, sie dabei an dieses zweite Schacherabstöß zu erinnern. Wie glauben ihnen aufs Wort! Aber die ungenannte Gesetzesvorlage über die Börsenreform stand deshalb nicht minder greifbar bei all den Unterhandlungen im Hintergrunde und die „aus rechtlichen Gründen“ Umfallenden wählten ganz genau, daß ihr Umfall beim Vereinsgesetz den Umfall der Konservativen bei der Börsenreform zur Bedingung hatte. Die „Kreuzzeitung“ und die „Post“ gaiten es ihnen ja deutlich genug gesagt. Und siehe, kaum ist der Umfall des Freisinn vollzogen, so steht auch schon fest, daß die Konservativen sich erweichen lassen, die Regierungssatzung der Börsenreformvorlage wiederherzustellen! Die Börse, die vor einigen Tagen noch in arg lahnenjämmerlicher Stimmung war, heut sieht sie die Welt im rosigen Schein, und jener Direktor der Deutschen Bank hat recht behalten, der am Sonnabend seinen Verursachern versicherte, es siehe nicht so schlecht um die Börsenreform, denn der Freisinn werde sicherlich beim Vereinsgesetz nachgeben.

Vereinsfreiheit gab der Freisinn für Börsenfreiheit — dieses Brandmal auf seiner Stirn kann er nicht löschen. Es wird noch seinen Leichenstein zeichnen.

Vorläufig glaubt der Freisinn allerdings noch nicht ans Sterben — aus dem Gold der Börse denkt er neue Lebenskraft zu ziehen. Er hat Anspruch auf Dankbarkeit von jener Seite. Das werden unsere Börseaner besonders empfinden, wenn ihre geliebten Agrarier, Junker und Junkerengenossen, Konservativen und Antisemiten aller Farben zur Rettung der Börsenreform werden herbeieilen sehen. Welch ein Schauspiel! Die Junker würden es sicherlich sich und der Welt gern ersparen, aber sie werden ihren Blokmehrheiten schon den Gefallen tun müssen, da die Sozialdemokratie sich unmöglich der Mithilfe bei der Realisierung des Geschäftes schuldig machen kann.

Was der Freisinn der Reaktion bewilligt hat, das wollen wir ein freisinniges Blatt sagen lassen, das allerdings den Umfall bekämpft hat. Die „Frankf. Zig.“ sagt über das Kompromiß:

... Nach früheren Statistiken weisen in der Provinz Posen 18 Kreise weniger als 50 Proz. polnische Bevölkerung auf. In westpreussischen Kreisen mit polnischer Bevölkerung sind es ebenfalls 4 oder 5, in denen die 50 Proz. nicht erreicht werden. Unter diesen nach dem Kompromiß schon jetzt vom Sprachverbot betroffenen Kreisen sind solche, in welchen die Polen die Mehrheit der Bevölkerung bilden, andere, in denen sie  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{3}$  und fast die Hälfte der Gesamtwahlberechtigten ausmachen. Und in allen diesen Gebieten sollen sie nicht in öffentlichen Versammlungen polnisch sprechen dürfen? Und selbst da, wo sie die überwiegende Mehrzahl bilden, bis fast zu 90 Proz., soll ihnen dieses Recht nur noch zwei Jahrzehnte bleiben? ... Aber auch für den Westen, wo das Sprachverbot überall praktisch werden würde, wirkt es nicht weniger ungerecht; denn hier ist seine Wirkung eine wirtschaftliche, weil sie die öffentliche Besprechung von Lohnfragen unter den Polen hindert. ...

Dazu der Ausschluss der Jugendlichen unter 18 Jahren aus allen politischen Vereinen und Versammlungen, die Entzweiung der freien Jugendorganisationen Süddeutschlands!

Wahrlich, das Werk ist würdig einer Partei, die sich freisinnig nennt!

Rüge das deutsche Volk es ihr gedenken!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. März 1908

### Kolonialblockersplitterung und Journalistenstreik.

Zu einer wahren Komödie der Irrungen sind die Differenzen unter den kolonialfreundlichen Parteien in der heutigen Reichstags-Sitzung ausgewachsen. Zunächst tat Herr Erzberger dem Staatssekretär Dernburg den Tort an, zu erklären, daß er sich eigentlich vollständig auf den Boden der Sozialpolitik des

Zentrums gestellt habe. Das System Dernburg stehe in einem wohlthuenden Gegensatz zu dem System Liebert. Nur an der Christlichkeit der Dernburgschen Politik hatte Herr Erzberger noch gelinde Zweifel.

Herr Müller aus Reiningen war offenbar sehr peinlich davon berührt in seinem freisinnigen Modus, daß die Zentrumskonkurrenz den Sohn der Börse den Armen seiner freisinnigen Freunde zu entreißen suchte, und richtete deshalb an Herrn Dernburg die flehentliche Warnung des getreuen Kultur-Edors, nur ja sich von den Römlingen nicht umgarnen zu lassen. Sonst erging er sich in einigen beachtenswerten Ausführungen über die Notwendigkeit, die Eingeborenenrechte zu erforschen und festzustellen.

Herr Dernburg folgte der Müllerschen Warnung, die Distanz zwischen ihm selbst und dem neuen Freund Erzberger zu markieren, wodurch er denn ganz von selbst wieder der Liebertschen Auffassung über die Negerausbeutung näherkam.

Möglichst neutral zwischen den familiären bürgerlichen Richtungen suchte sich der eideckende Kolonialdirektor, Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg, durchzuwinden, dessen Lebensmaxime es ist, niemals Anstoß zu erregen. Ein wahres Muster von Korrektheit dieser gute Prinz!

Zwischendurch empfahl Herr v. Treuenfels einen konservativen Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die in Südwestafrika gefallenen Krieger, was den üblichen patriotischen Applaus bei allen staatsverhaltenden Elementen auslöste und Herrn Dernburg das Stichwort gab, eine Depesche aus Südwestafrika zu verlesen, die einen „Sieg“ über den einzigen bisher noch das Feld haltenden Gontentottenführer Simon Copper zu berichten wußte.

Genosse Eichhorn wies mit einigen kräftigen Worten die alberne Verdächtigung des Herrn v. Treuenfels zurück, daß die Sozialdemokratie die deutschen Soldaten beschimpft hätte. Wir hätten vielmehr nur gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik Front gemacht, ließen aber keineswegs die einzelnen Soldaten die Fehler der Politik entgelten. Dann erörterte Eichhorn eingehend die Eingeborenenpolitik der Regierung. Was Dernburg vorschläge sei keineswegs etwas völlig Neues. Sein Verfahren gegenüber den Eingeborenen beschränke nicht die Ausbeutung, sondern wolle nur an Stelle der wilden Ausbeutung die organisierte Ausbeutung setzen. Stelle er doch noch seinen eigenen Worten die Regier als wertvolle Aktiven in Rechnung. Alle die Fürsorgemaßregeln, die da geplant seien, hätten den Zweck, die Arbeitskraft des Negererfolgreicher auszunutzen, als das mit den brutalen Mitteln der Liebert und Konforten möglich sei. Um die „Kultur“, die da in die Kolonien getragen werden solle, sei es sehr windig bestellt. Erst solle man einmal wirkliche Kulturpolitik in Deutschland selbst treiben.

Kunmehr erschien Herr Paasche auf der Bildfläche, um ganz in dem Sinne, wie Semler und er selbst das in der Kommission schon vorher getan hatten, den Staatssekretär in der sattem bekannten halbverschleierte Manier wegen seiner angeblich übertriebenen Regierfreundlichkeit anzugreifen und Herrn v. Liebert in Schutz zu nehmen. Der Sinn dieses Vorstoßes war dem gesamten Hause, das mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörte, vollkommen klar. Es war die Kandidatenrede Paasches als Kandidat der agrarischen Fronde für den Posten des Kolonialsekretärs.

Herr Dernburg schien der Zweck auch völlig klar zu sein. Er beobachtete die Taktik, darzulegen, eigentlich bestehe zwischen Paasche und ihm selbst gar kein wesentlicher Unterschied. Wozu also der Lärm? Er werde mißverstanden. Die Plantagenbesitzer und Farmer drücke er alle mit gleicher Liebe an seinen Busen. Charakteristisch war bei diesen Ausführungen das Verhalten der staatsverhaltenden nationalen Parteien. Sie bezeugten durch wachsende Unruhe und Geschwätz ihre Nichtachtung. Herr Dernburg hatte nicht mehr das Ohr des Hauses. In dieser Situation griff er zu dem bei nationalen Staatsmännern beliebten Trick, plötzlich mit einem scharfen Ausfall gegen die Sozialdemokratie zu schließen, um den üblichen Weisfall zu erzwingen. Aber auch das mißglückte, da ein Juraus von unserer Seite: „Das war aber mal ein schöner Abgang!“ bewirkte, daß das Haus durch allgemeine Heiterkeit sein Verständnis für Dernburgs Randober kundgab.

Die Debatte hatte noch ein eigenartiges Zwischenspiel gezeitigt. Bei der Rede Erzbergers hatte irgend jemand auf der Tribüne laut gelacht. Herr Gröber antwortete darauf mit einer groben Invektive. Herr Müller-Reiningen aber fühlte sich gezwungen, als Rundbild der „Gesamtheit der Journalisten“ dem Delinquenten noch eine Extrarüge mit seinem höchst eigenem Dichtermunde zu applizieren. Eichhorn wies diese Anmahnung gebührend zurück.

Die Journalisten selbst verlangten vom Präsidenten Genugtuung und traten, als sie ihnen nicht in angemessener Weise teil wurde, um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr in den Streik ein!

### Aus dem Abgeordnetenhaus.

Die dritte Lesung des Kultusetats im Dreiklassenhaus gab zu der üblichen bloßbrüderlichen Auseinandersetzung zwischen konservativen Dunkelmännern und liberalen Dämmerlingen Anlaß. Nirgends vertiefte sich die Diskussion und selbst der tragische Fall des Schülers Mathews vermochte in dieser Atmosphäre kein reinigendes Gewitter zu erzeugen. Es versteht sich von selbst, daß die Freisinnigen, welche an sich berechtigten Beschwerden sie auch vorbrachten, überall auf der Oberfläche blieben. Am Schlusse der Sitzung fand sich der Studibloß zusammen und lehnte die von der Gesamtlitzen beantragte Wiederherstellung des dem Golle zum warnenden Exempel gestrichenen Kreischulinspektors ab, obwohl die um Geld denken um Friedberg und Kopsch das Blokalmosen erwiesen, für ihren Antrag zu stimmen. Am Freitag wird die dritte Etappe fortgesetzt und soll sie beendet werden.

### Die Vernichtung des kleinen Grundbesitzes.

Herr v. Bobbielsti, der in seiner Person so trefflich die feudalen mit den kapitalistischen Vereinerungsmethoden zu verbinden wußte, äußerte sich in einem Interview in folgender interessanter Weise über die Zukunft der Landwirtschaft:

Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Zukunft der deutschen Landwirtschaft in Großgrundbesitz ruht. Der kleinere Grundbesitz, noch mehr der mittlere, ist unheimlich an das Elend der Landarbeiternot gekesselt. Der Großgrundbesitz kann sich von diesem Elend durch Anwendung der modernen technischen Erzeugnisse, namentlich der elektrischen Kraft, freimachen. Ich muß immer lachen, wenn ich noch den Landmann hinter dem Pfluge hergehen sehe. Bei mir sitzt der Knecht auf dem Pfluge, dem motorisch angetriebenen Pfluge. Dagegen kann auch das Genossenschaftswesen nicht helfen. Es ist kein Heilmittel. Was es sich auch vortrefflich bewähren, wo z. B. Volkerei oder Kreditgenossenschaften in Frage kommen — es dem gemeinsamen Erwerb und Betrieb großer Maschinen möglich zu machen, ist ein Ding der Unmöglichkeit, weil sich in der Landwirtschaft beispielsweise das Bedürfnis zu dreifachen gleich nach der Ernte so häuft,

daß man in einer Genossenschaft, die eine Dreschlokomobile erwirkt, nicht wüßte, wer die Maschine zuerst bekommen soll. Es muß doch jeder Genosse seinen Scheunenbau haben, um dort die Ernte sicherzustellen, während der Großgrundbesitz gleich frisch weg vom Erntefeld drischt und das gedroschene Stroh in Dienen aufstapelt, während er mit dem Verkauf des Ertrages ruhig die Konjunktur abwartet. Diese Ueberlegenheit ist durch nichts auszugleichen.

Ran muß es Herrn v. Bobbielsti lassen, daß er, was an ihm lag, zur Förderung dieser Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft getan hat. Der von ihm mit erstrittene Jolkariz begünstigt den Großgrundbesitz auf dem Gebiete, wo seine Ueberlegenheit am stärksten hervortritt, auf dem Gebiete des Getreidebaues, am meisten und schädigt durch die Verteuerung der Futtermittel die Kleinhäuerliche Viehzucht, das Rückgrat des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes. Herr v. Bobbielsti und seine Leute vom „Bund der Landwirte“ dürfen sich wirklich rühmen, daß sie zur Vernichtung des Kleinbetriebes das Ihre beigetragen haben. Nur schade, daß sie den armen Bauern so ganz anderes erzählen. —

### „Saubengels“.

Als in der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag Herr Erzberger in tribunalem Pathos ausrief, daß auch der Neger eine „unsterbliche Seele“ habe, erscholl auf einer der Tribünen Lachen. Ob die Heiterkeit des oder der Lacher nun Herrn Erzbergers Schmierpathos, der „unsterblichen Seele“ im Allgemeinen oder der einem Neger zugeschriebenen unsterblichen Seele galt, gleichviel: Herr Erzberger entrißte sich in edlem christlichen Bekennersstolz darüber, daß man im Reichstag anscheinend nicht einmal von der Unsterblichkeit der Seele sprechen dürfe. Und Herr Gröber beraubte das Lachen gar so sehr aller christlichen Seelenruhe, daß er die Lacher, die sich seiner Ansicht nach auf der Journalistentribüne befanden, „Saubengels“ titulierte!

Und was tat Herr Müller-Reiningen? Dieser freisinnige protestierte nicht etwa gegen die Unverschämtheit des biedereren Zentrumsmannes, sondern er glaubte die angelegelten Journalisten dadurch in Schutz nehmen zu müssen, daß er behauptete, es habe ja nur einer der Journalisten gelacht. Jämmerlichkeit, dein Name ist Freisinn! Erst Genosse Eichhorn sagte, was zu sagen war.

Die Journalisten empfanden die ihnen von Herrn Gröber angetane Beschimpfung als gemeinsame Ehrenkränkung und richteten deshalb an den Präsidenten folgenden Schreiben:

Berlin, den 19. März 1908.

Der Abg. Gröber hat, als während der Rede des Abg. Erzberger auf der Journalistentribüne angeblich gelacht wurde, in den Saal gerufen: „Das sind wieder dieselben Saubengels wie neulich!“

Die auf der Journalistentribüne anwesenden unterzeichneten Mitglieder der Presse sind nicht gegen diese Beschimpfung hinzunehmen. Sie richten an den Herrn Präsidenten die Bitte, ihnen die Genugtuung zu verschaffen, die der Würde des deutschen Reichstages und der Würde der deutschen Presse entspricht.

Paasche, Verlowitz, Henninge, Neumann, Wolff Zimmermann, G. G. Erdmannsdörfer, Rigel, E. Mendel, Dr. A. Vordach, Emil Zimmermann, Dr. Vahr, Dr. Hermann Köfemeier, Rudolf Friedemann, Dr. H. Glan, Rudolf Wagner, Hugo Frey, Heinrich Kerck, Alfred Schulz, Hermann Abrahamsohn, Adolf Petrenz, Dr. Paul Hamburger, Dr. Otto Schmelzer, E. Heilmann, Heinrich Hül, A. Kuntze, Kurt Reizer, G. Köhler, R. Winterberg, Wilh. Dym, R. Diehner, Wilhelm Lorenzen, Passavant.

Der Präsident Graf Stolberg jedoch wiederholte nur die Drohung, bei einer Wiederholung eines solchen Zwischenfalles die betreffende Tribüne räumen zu lassen. Den Gröberschen Ruf erklärte er überhört zu haben; sei er in der Tat gefallen, so bedaure er ihn.

Diese Form der „Genugtuung“ entsprach selbstverständlich den Empfindungen der Journalisten so wenig, daß sie aus Protest ausnahmslos die Tribüne verließen.

Es dürfte wohl in keinem anderen Parlamente der Welt möglich sein, daß ein Abgeordneter auf der Tribüne tätige Journalisten öffentlich „Saubengels“ tituliert, ohne sofort vom Präsidenten und dem gesamten Hause zur Ordnung gerufen zu werden!

### Sozialpolitik auf dem Stuttgarter Rathause.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Seitdem die Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Rathause zu einer achtungsgebietenden Macht geworden ist, wird den Fragen sozialpolitischer Natur weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als das früher der Fall war. Die Wohnungsfürsorge, die Arbeitsvermittlung, das Bekleidungs- und die Krankenversicherung sind für unsere Orte vorbildlich geworden. Ganz besonders lassen sich unsere Genossen die Förderung der Volksschule angelegen sein. Die vor einiger Zeit vorgenommene Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer wird allen billigen Ansprüchen gerecht. Für die Volksschulkinder ist die Vermittlungsfreiheit eingeführt worden. Bedürftige Kinder erhalten ein warmes Schulschüsselchen, in einem Viertelliter Milch und einem Brot bestehend, unentgeltlich. Das Frühstück gilt selbstverständlich nicht als Armenunterstützung. Kinder bemittelter Eltern können das Frühstück gegen Bezahlung einer geringen Summe (42 Pfennig wöchentlich) erhalten. Die Abgabe geschieht derart, daß die Kinder nicht wissen, ob das Frühstück bezahlt wird oder nicht. Von der Stadt wurden im vergangenen Jahre 1080 erholungsbedürftige Volksschulkinder in Solbäder, Ferienkolonien und Erholungsheime geschickt. 30 000 M. waren für den Zweck in den Etat eingelegt. Von den rund 10 000 Volksschulkindern unterzogen sich 8087 freiwillig der Untersuchung durch den Stadtarzt, der zugleich als Schularzt fungiert. Auf Grund dieser Untersuchung wurde die Errichtung einer Schülerzahnklinik beantragt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß rund 90 Prozent der Kinder zahkrank sind. Gemeinderat und Bürgerausschuß beschloßen in ihrer letzten gemeinsamen Sitzung, 11 000 Mark für die Zahnklinik auszuwerfen. Neben dem Stadtarzt soll ein beamteter Schulzahnarzt angestellt werden, der keine Privatpraxis treiben darf. Als Gehalt für den Schülerzahnarzt sind 8500 Mark, sonstige Kosten 8150 Mark vorgesehen, an einmaligen Ausgaben für die erste Einrichtung sind 4000 M. in den Etat eingelegt. Die freie zahnärztliche Behandlung soll später auf die Kinder der Vorklasse ausgedehnt werden. Weiter wurde beschloßen, wiederum, wie im Vorjahre, 30 000 M. für die Verschickung der erholungsbedürftigen Schulkinder in Solbäder und Kurorte in den Etat einzusetzen.

Ueberdies soll mit dem Verein für freie Arztwahl ein Abkommen dahin getroffen werden, daß von den Spezialärzten für Augen- und Ohrenkrankheiten der Orthopäden für Untersuchung der Schulkinder nur der niedrigste Satz berechnet wird. Für die sogenannten „kleinen Heilmittel“ und für Arzneien wurden von den bürgerlichen Kollegien 8000 M. bewilligt. Die Fürsorge unserer Genossen für die Schule hat der Sozialdemokratie das Vertrauen

weiter Bevölkerungszunahme eingebracht. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Gemeindevahlrecht nach dem Proporz zu beiden bürgerlichen Kollegien hat auch den Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen diese Reformen in der Hauptsache gebrochen.

### Zum sächsischen Wahlrechts-Kompromiß.

Aus Dresden wird vom 19. März gemeldet: In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wird der Staatsminister Graf v. Hohenhausen bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern die von verschiedenen Rednern gegen das Ministerium erhobenen Angriffe zurück, nahm insbesondere die Wahlrechtsdeputation in Schutz und erklärte, ihre Beratungen seien durchaus nicht auf einem toten Punkte angelangt. Er hoffe, daß noch ein ersprießliches Ergebnis erzielt werden würde; auch gegen die technische Behandlung der Angelegenheit habe er keine Bedenken gehabt. Die auf der Tagesordnung stehende freisinnige Interpellation über den gegenwärtigen Stand der Wahlrechtsfrage werde er nicht beantworten.

Danach erwartet die Regierung offenbar, daß durch die Verquickung von Mehrstimmen- und Korporationswahlrecht etwas auch ihren Intentionen Entsprechendes herauskommen wird.

## Frankreich.

### Die Altersversicherung.

Paris, 18. März. Der Arbeitsminister Viviani teilte dem Obmann der sozialistisch-radikalen Gruppe mit, daß die Regierung dadurch, daß sie die kleinen Pächter und die bäuerlichen Dienstboten von der Zahl der Teilnehmer an der Arbeiterpension ausgeschlossen hat, die Zahl dieser Teilnehmer von 2.200.000 auf 1.300.000 ermäßigt habe. Das pensionsberechtigende Alter sei auf 65 Jahre erhöht worden, so daß ein Staatsbeitrag von ungefähr 100.000.000 Franc genügen würde.

Die radikalsozialistische Fraktion hat beschlossen, gegen die Absicht der Regierung, die ländlichen Arbeiter von der Altersversicherung auszuschließen, Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokraten lehnen diese Verschlechterung gleichfalls ab und entschiedenste ab.

### Wahlreformbestrebungen.

Paris, 10. März. Die republikanische Kammergruppe für Wahlreform hat einen Vorschlagsantrag angenommen, nach welchem jedes Departement so viele Mandate erhalten soll, als nach Abzug der Ausländer je 80.000 Einwohner besitzt, wobei ein weiteres Departementmandat auf je einen, 40.000 übersteigenden Bruchteil entfallen soll. Hierdurch würde die Zahl der Deputierten Frankreichs von 575 auf 478 vermindert werden. Die Gruppe beschloß, die Regierung zu befragen, welche Stellung sie zu diesem Vorschlagsantrag einzunehmen gedenke.

## Belgien.

### Annahme der Kongokonze.

Ein etwas unklares, offizielles Telegramm meldet aus Brüssel, 18. März:

In der heutigen Sitzung der Kolonialkommission erklärte der Sozialist Vanderhelde, er sei ein Gegner des Vertrages, aber ein Anhänger der Annexion. Er sei nicht der einzige in seiner Partei, der dafür sei. Wenn Belgien kolonisieren wolle, dann sei es Zeit zu handeln, denn der Kongo sei der einzige Teil der Erde, der noch in Besitz genommen werden könne. Wenn man den Kongo international machen wolle, müsse man dies für ganz Afrika wollen. Redner bestritt, daß es für Belgien gefährlich sei, Kolonien unter demselben Rechtsanspruch zu besitzen wie Portugal oder Holland. Nachdem der Berichterstatter ernannt worden war, wurde die Zusatzliste vom 5. März mit 12 gegen 3 Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, angenommen.

Die bekannt, nimmt Genosse Vanderhelde in der Kongofrage einen Standpunkt ein, der von dem der Majorität der belgischen Partei abweicht. Die Majorität steht auf demselben prinzipiellen Standpunkt der Ablehnung der Kolonialpolitik, den die deutsche Sozialdemokratie einnimmt.

## Spanien.

### Gegen das Frauenstimmrecht.

Madrid, 10. März. Die Kammer lehnte mit 65 gegen 35 Stimmen den Gesetzentwurf betr. Gewährung des kommunalen Stimmrechts an Frauen ab.

## England.

### Das Flottenprogramm.

London, 18. März. Im Oberhause erklärte der Marineminister Lord Tweedmouth, die drei Schiffe der „Temeraire“-Klasse seien unendlich besser als der „Dreadnought“-Typ und auch die drei Schiffe der „Saint-Vincent“-Klasse seien ein großer Fortschritt gegenüber dem genannten Typ. Das Programm gehe dahin, daß England im Frühjahr 1911 drei Geschwader von je vier dieser Schiffe haben werde. Er sage dem Hause zuversichtlich, daß keine Macht eine solche Flotte von Schlachtschiffen ersten Ranges haben werde, als sie dann England besitzen würde. Er sei fast geneigt, soweit zu gehen, daß er sage, daß die Kombination aller Mächte der Welt nicht imstande sein werde, ein gleiches Geschwader aufzustellen. Er glaube, daß ein weniger rascher Bau dieser großen, einen Versuch darstellenden Schiffe höchst wünschenswert sei.

## Haiti.

### Beruhigung.

Washington, 10. März. Den letzten Meldungen aus Haiti zufolge hat das Eintreffen fremder Kriegsschiffe sehr beruhigend gewirkt. Die Situation scheint für die Fremden bereits weniger gefährlich zu sein. Die Franzosen haben die Zusage gegeben, daß das Konsulat in Zukunft den Eingeborenen keine Zusage mehr gewähren werde.

## Stadtverordneten-Versammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michael eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Ausruf für den verstorbenen Professor Julius Lessing, den Regenerator des Berliner Kunstgewerbes und Begründer des Berliner Kunstgewerbesmuseums. Die Mitglieder hören die Worte des Vorsitzenden stehend an.

Die Versammlung setzt die Beratung des Stadthaushaltsetats für 1908 fort.

Ueber die Spezialetat „Gemeinschaftsschulen“, „Taubstummenschule“, „Blindenanstalt“, „Wahl- und Pflichtfortbildungsschulen“, „Gewerbliches Unterrichtswesen“ referiert Stadtd. Deßler (A. L.). Die sämtlichen Etats werden unbeschadet zur Bewilligung empfohlen.

Stadtd. Dr. Wehl (Soz.): Ich frage den Magistrat, weshalb auch in diesem Etat wieder nur 47 Schulärzte vorgesehen sind. Schon 1906 wurde die Zahl auf 47 vermehrt; durchschnittlich sollten 6 Schulen einem Schularzt überantwortet werden. In diesem Jahre ist nur dieselbe Zahl in Aussicht genommen, obwohl die Zahl der Schulen und der Kinder erheblich zugenommen hat. Bei der Zunahme der Schulen und Klassen, auch ganz abgesehen von der Zunahme der Schulkinder, ist der Durchschnitt nicht mehr 6, sondern nahezu 7. Die Zahl der Schulärzte muß also unter allen Umständen vermehrt werden. Es soll in den nördlichen und nordöstlichen Distrikten schon drei Schulärzte geben,

von denen jeder acht Schulen hat! Ständig kann ein einzelner Arzt eine so ungeheure Zahl von Schülern nicht sorgsam überwachen.

Stadtrat Selberg: Das Verhältnis hat sich nicht so wesentlich geändert, daß schon eine weitere Anstellung nötig wäre. Die Schulärzte im Zentrum haben eine sehr viel geringere Zahl von Schülern zu überwachen als die an der Peripherie. Im nächsten Jahre wird eventuell eine Vermehrung oder anderweitige Verteilung erfolgen.

Stadtd. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.): Die Ermäßigung der Pflichtstundenzahl sollte auch auf die dienstältesten Fachlehrerinnen ausgedehnt werden; so hat die Schuldeputation beschlossen. Im Etat ist darüber nichts zu finden. Hatte der Magistrat noch keine Gelegenheit, sich mit dem Beschluß der Deputation zu befassen oder hat der Beschluß keine Gnade vor ihm gefunden?

Stadtschulrat Dr. Fischer: Die Mehrheit des Magistrats war der Meinung, daß hier alles beim alten bleiben könnte, im wesentlichen aus dem Grunde, weil die Tätigkeit der Fachlehrerinnen nicht so wichtig und nicht so anstrengend ist als die der wissenschaftlichen Lehrerinnen, sie auch fast keine Vorarbeiten brauchen. Da sind vier Stunden täglich für die Damen unter 60 Jahren doch nicht zuviel.

Der Etat für die Gemeindefschulen wird darauf en bloc genehmigt, desgleichen die anderen vorstehend aufgeführten Spezial-etats.

Referent für die Etats Armenwesen, Hospitäler und Siechenanstalten ist Stadtd. Liebenow (A. L.).

Stadtd. Sinke (Soz.): Es ist sehr erfreulich, daß der Magistrat 180.000 M. für Entsendung von Kindern in Heilanstalten in das Extraordinarium eingestellt hat, so daß diese Fürsorge wohl nicht als Armenunterstützung angesehen werden kann. Weniger erfreulich steht es mit der Höhe der Pflegegelder für Kinder; der Durchschnittsbetrag beträgt nur etwas über 8 M. Die Armenkommissionen können sich noch immer nicht entschließen, den Höchstbetrag von 9 M. zu gewähren. Wir möchten wiederholt anregen, daß der Höchstbetrag auf 12 M. erhöht wird. Bedauerlicherweise hat sich die Armenkommission dieser Anregung bisher nicht angeschlossen. Bei den heutigen teuren Lebensmittelpreisen ist ein Kind selbst für 9 M., also täglich 30 Pf., nicht zu erhalten.

Stadtrat Münsterberg: Herr Sinke hätte leicht erfahren können, daß die eingeleitete Subkommission die Erhöhung des Mindestbetrags auf 9 M. beschlossen hat.

Stadtd. Ewald (Soz.): Diese Erklärung ist richtig. In der Subkommission hatte ich den Antrag gestellt, den Pflegebetrag auf 12 M. zu erhöhen. Es ist aber nur der Betrag von 10 M. angenommen worden, bis zu dem die Vorsteher gehen können, ohne erst die Armenkommission zu fragen. Nur allzu recht hat aber Kollege Sinke mit der Ausführung, daß die Kommissionsvorsitzer geneigt sind, das Pflegegeld herunterzubringen, möglichst bis auf den Betrag von 6 M. In meinem Armenkreise gibt es eine ganze Reihe solcher, die das Pflegegeld nicht höher gewähren, sondern erst nach und nach eine Erhöhung einziehen lassen wollen. 6 M. für einen Monat können unmöglich ausreichen, das kann man gar nicht verantworten. Die Subkommission hatte weiter beantragt, die Vorsteher sollten bei Herabsetzung des Pflegegeldes unter 9 M. eine Begründung dafür geben. Dieser Antrag wäre sehr angebracht gewesen; leider ist er abgelehnt worden.

Stadtrat Münsterberg: Die Klasse der Pflegegeldsätze von 6 bis 6,50 M. ist seit 1904 um 3000 Köpfe zurückgegangen, und diese 3000 sind in die Klasse von 7,50—10 M. hinaufgerückt. Im nächsten Plenum der Armenkommission werden die Anträge verhandelt werden.

Stadtd. Sachs (A. L.): Die Behauptung entbehrt jeder Begründung, daß die Vorsteher bestrebt sind, den Pflegebetrag herabzubringen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben den Kommissionen das Wohl und Wehe unserer Armen anvertraut, wir müssen zu ihnen auch Vertrauen haben. Die 6 M. reichen natürlich nicht; aber wissen denn die Besondereführer hier, welche Nebeneinnahmen die Witwen sonst noch haben?

Stadtd. Sinke (Soz.): Die Sache liegt doch anders: Es waren 1907 noch mit 6—6,50 M. Pflegegeld unterstützt: 1428 Frauen und 1682 Mädchen, zusammen über 3000 Pflegekinder — über 25 Proz. der Gesamtheit (Arbeits). Es trifft nicht zu, daß die Kommissionsvorsitzer von selbst damit höher geben. Viele tragen eben den veränderten Lebensverhältnissen nicht Rechnung, wenn auch ein Teil seines Amtes in humaner Weise waltet. Wenn eine Frau vier Kinder hat, dann erhält sie nur für drei Pflegegelder; das vierte muß sie selbst ernähren. (Zuruf: Sehr richtig!) In meinem Armenkreise kann ich die Kommissionsvorsitzer nicht dazu bringen, auch für das vierte Kind das Pflegegeld zu bewilligen; mit 18 bis 21 M. kann aber eine Frau doch nicht vier Kinder erhalten; das müßte selbst dem Kollegen Sachs klar sein. Auch der Stadtrat erkennt ja an, daß die Sache ungenügend sind. Von 11.000 Kindern waren es 1907 ganze 284, die über 10 M. erhielten; 1908 waren es noch 409; die Zahl ist also ganz beträchtlich zurückgegangen. Dem auch entgegengetreten werden.

Stadtd. Ewald (Soz.): Ausführungen, wie die des Kollegen Sachs haben wir oft gehört. In meinem Armenkreise gibt es noch eine ganze Reihe von Kindern mit 6 M. Dem Magistrat mache ich weniger einen Vorwurf; das Plenum der Armenkommission ist es, welches die Sache so auffaßt, daß Frauen mit 4—5 Kindern immer noch nebenbei arbeiten können. Machen Sie doch einmal mit Ihren Frauen den Versuch! Die wären dazu gewiß nicht zu gebrauchen. Die armen Frauen sollen auf alle Kinder Pflegegeld erhalten, damit sie sich nicht so abzuräumen brauchen, daß sie vor Arbeit zusammenbrechen.

Stadtd. Barth (A. L.): Die Armenkommissionen sind Teile unserer Selbstverwaltung; sie verdienen das harte Urteil der Herren Ewald und Sinke nicht. Auch mit Erhöhung des Pflegegeldes wird man die Mitwirkung der Mütter nicht ausschalten können; es wird immer fleißige und saule Frauen und Mütter geben.

Stadtd. Sachs: Ich spreche meine Meinung aus; was die Sozialdemokraten davon halten, ist mir ganz gleichgültig. Die Herren haben wieder einmal in die Welt hinausposaunt, was für schlechte Menschen wir sind, daß wir den Frauen zu wenig geben und daß diese unter der Last der Arbeit zusammenbrechen. Das ist unerbört. (Arbeits.)

Der Etat für das Armenwesen wird bewilligt, ebenso die anderen Etats der Armenverwaltung.

Es folgen die Etats Waisenspflege, Fürsorge-erziehung, Arbeitshäuser, städtisches Obdach. Referent Stadtd. Eden (A. L.).

Zu dem

### „Obdach“

bemerkte

Stadtd. Sassenbach (Soz.): Das Obdach hat mehrfach von sich reden gemacht wegen der Gummiknüttel und der Artikel Heijermans im „Berliner Tageblatt“. Wir leben in dem System der Methode: den Leuten den Aufenthalt dort so ungemütlich wie möglich zu machen, damit sie nicht allzu oft wiederkehren. Wie anders fährt der Berliner Asylverein für Obdachlose seine Aufgabe aus! Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, den Unterschied zu erleben. Auch die Asylisten sind für Jurenden empfänglich; es ist durchaus nicht nötig, die Ordnung durch Prügel aufrecht zu erhalten. Es soll ein anderer Geist dort einziehen; vor allem müssen die Gummiknüttel sobald wie möglich wieder abgeschafft werden, denn ein besonderes Ehrenzeichen für die städtische Verwaltung sind sie nicht; eine Notwendigkeit dafür liegt nicht vor.

Heijermans hat nach der hygienischen Seite verschiedene Verbesserungen vorgeschlagen. Herr Fischer aber hat im Ausschuss gemeint, Heijermans hätte das Asyl nicht zur richtigen Zeit gesehen und daher eine falsche Darstellung gegeben! Was Heijermans gesehen hat, wird schon richtig gewesen sein. Berlin könnte doch mindestens das schaffen, was eine Privatgesellschaft geschaffen hat.

Stadtrat Fischer: Beide Sachen sind schon im Ausschuss vorgebracht. Herr Heijermans, der sich als armer Mann angekleidet hatte, kam in das Asyl, hatte keine Kenntnis davon, daß die Aufnahmezeit zwischen 4 und 8 Uhr abends ist. Er kam um 1/2 Uhr und hat warten müssen mit einer gewissen Gesellschaft zusammen, die

später kam. Was, was bei und nächsten will, trifft vor 8 Uhr ein, die Leute bekommen dann ihre Mehlsuppe und ihre 200 Gramm Brot. Was nach 8 Uhr kommt, sind in der Regel solche Leute, die sich von der Kneipe nicht früher losmachen konnten. Herr Heijermans kommt mit dieser Gesellschaft in einen Aufnahmehaus, den er gar nicht kennen gelernt hätte, wenn er vor 8 Uhr da war. Nach 8 Uhr, wo das ganze Personal mit den 3000 vorher Eingetroffenen beschäftigt ist, ihnen ihr Abendessen zu geben, wird mit den Nachzügler summarisch verfahren. Das „Berliner Tageblatt“ hat wohl selbst nachher eingesehen, daß die Schilderung nicht ganz mit den Tatsachen stimmt; es schickte mir einen Redakteur und hat um nähere Auskunft. Aus meiner objektiven Antwort ist im „Berliner Tageblatt“ etwas sehr Meckwürdiges geworden: alles, worauf es ankam, war herausgestrichen! (Hört! hört! und Bewegung.)

Herr Heijermans konnte nicht schlafen „wegen des Schnarchens von 2000 Menschen (Heijerkeit)“; der Saal faßt nur 60 Mann. Daneben hätten 3000 Frauen geschlafen — in Wirklichkeit waren 27 an dem Abend da. (Große Heijerkeit.) Die Gummiknüttelgeschichte reduziert sich auf folgendes: Wir haben unter den 3000 Asylisten auch auffällige Elemente, denen gegenüber unser kleines Personal machtlos ist. Im Januar traten manche Leute mit besonderer Heftigkeit auf — ich bringe das nicht etwa mit den Wahl Demonstrationen in Verbindung. — Sie haben unsere Aufseher angepöbel, niedergeworfen, sie waren bewaffnet mit Steinen, Diebstehrwerkzeugen, Zosfälgern. (Unter großer Heijerkeit der Versammlung zeigt der Redner eine Anzahl solcher Instrumente vor.) Unsere Beamten verlangten Schutz dagegen; wir überlegten, ob wir ihnen Säbel (!) geben sollten, und wir waren so harmlos, ihnen Gummiknüttel zu geben. (Große Heijerkeit und Zwischenrufe.) Es war eine der humansten Maßregeln, die wir treffen konnten. (Stürmische Heijerkeit.)

Stadtd. Singer (Soz.): In dem Streit mit dem „B. L.“ will ich mich nicht mischen, aber eine nähere Entschuldigung für die Verwaltung, als die, daß Herr Heijermans so spät gekommen ist, ist mir noch nicht vorgekommen. (Lärm und Zustimmung.) Werden etwa auf den Polizeiwachen diejenigen, die zu spät kommen, deshalb in stinkige, sämuhige, ungesunde Räume gebracht? Das städtische Obdach muß doch in einem Zustand sein, in dem die Leute, für die es bestimmt ist, in menschenwürdigen Verhältnisse kommen; daß sie zu spät kommen, ist keine Entschuldigung dafür, daß die Räume so elend beschaffen sind. Herr Fischer sagt ja, Heijermans wäre sonst gar nicht in diesen Raum gekommen! Es sieht so aus, als wenn der Raum so beschaffen ist, um den Leuten das Zufälligkeiten abzugewöhnen. Mit der Aufschauung, daß es sich meist um fäulnisgefüllte Individuen handelt, kann man allerdings humanitäre Anstalten nicht leiten. Ob Heijermans seiner Phantasie besonders die Jügel hat schießen lassen, habe ich nicht nachgeprüft; aber gegenüber dem Obdach ist die Hygiene in die Öffentlichkeit tatsächlich geboten. Dem unhygienischen Zustande dort muß ein Ende gemacht werden; das ist auch im Interesse der Bürgerschaft notwendig.

Wenn im Obdach, namentlich bezüglich der Ventilation und des Luftwechsels größere Sorgfalt geübt und die Räume sauber gehalten würden, so wäre das ein Fortschritt. Nach meinen eigenen, mehr als dreißigjährigen Erfahrungen und Beobachtungen in den Anstalten des Asylvereins, hat sich ergeben, daß humane Behandlung erzieherisch auf die Leute wirkt und ihr Verhalten verbessert. Als ich vor 30 Jahren die Verwaltung des Männerasyls übernahm, habe ich mit ähnlichen Zuständen zu kämpfen gehabt, und ich habe immer gefunden, daß die Veranlassung zu Exzessen die Noth der Aufseher gewesen ist. Erst als ich die Aufseher, die zu Exzessen Veranlassung gaben, mit sofortiger Entlassung drohte, ist es besser geworden. In unserem Männerasyl nahmen 700 Menschen durchschnittlich, und dafür haben wir einen einzigen Mann als Nachtwache (Zuruf) der reicht aus! Gewiß nehmen wir keine Betrunknenen auf, aber die Hausordnung des städtischen Obdach schließt die Trunkenen ebenfalls aus. Betrunkene sind auch nicht die richtigen Insassen solcher Asyls; dafür müßten eigene Trinkerasyle geschaffen werden. Was hindert denn die Obdachverwaltung, Baracken für Betrunkene herzurichten?

Einen eigentümlichen Eindruck hat es auf mich gemacht, daß Herr Fischer das Gelächter der Versammlung und auch eines Teiles seiner Kollegen hervorrief dadurch, daß er diese Gummiknüttel als harmlose Waffe bezeichnet! Solch ein Gummiknüttel wird gewöhnlich als „Totschläger“ bezeichnet, wer mal das Vergnügen gehabt hat, einen solchen Gummiknüttel auf seinem Rücken herumzutragen zu fühlen, der wird einen anderen Begriff davon haben. Die Bewaffnung der Aufseher in unserem Obdach müßte unterbleiben; die Gefahr, in der sie schweben, ist keine solche, daß sie uns durch die Vorführung jenes Museums klar gemacht werden müßte. Sind wirklich Exzesse zu unterdrücken, so verfügen sie ja über eine Anzahl Polizeimannschaften. Gewiß können unter solchen Menschenmassen auch Exzessanten sein, und die Aufseherhaltung der Ordnung kann nur statthaben, wenn den Weisungen der Beamten gehorcht wird. Wenn ein Mann sich an einem Beamten vergreift, muß er natürlich das Haus verlassen (Lachen), aber die Ausschließung der Waffe ist eine Anreizung, davon Gebrauch zu machen. Sollte sich denn wirklich die Haltung der Asylisten so verschlechtert haben, seitdem Herr Fischer dort der Herr ist? Unter Stadtrat Ramroth war die Anwendung von Knütteln aufs strengste verboten. (Hört! hört!) Daß ein Kollegium wie der Magistrat der Maßregel zustimmte, hätte ich nicht für möglich gehalten. Aber auch die Mehrheit der Versammlung scheint das für gut zu halten. (Auf: Jamohl! Nicht erst mit Füßen treten lassen!) Die Erzählungen des Herrn Fischer... (Vorsitzer: Sie dürfen nicht die amtlichen Mitteilungen des Stadtrats als „Erzählungen“ bezeichnen!) Bei solcher Feindseligkeit dürfen hier bald parlamentarische Verhandlungen überhaupt nicht mehr möglich sein. Zum Ruhne unserer Stadt Berlin gereicht jedenfalls jene Maßnahme nicht.

Stadtrat Fischer: Ueber die Angriffe auf die Beamten ist ein amtlicher Bericht erstattet worden; gegen einen der Exzessanten ist die Staatsanwaltschaft eingeschritten. „Verlassen Sie das Haus!“ damit richtet der Aufseher nichts aus; er muß der Aufforderung auch Nachdruck geben können! „Harmlos“ war natürlich nur relativ gemeint. Ich bedaure, daß Herr Hoffmann heute nicht hier ist; mit dem mich zu unterhalten, wäre mir viel amüsanter. (Große Heijerkeit.) Die Asylisten haben die geöffnete Ventilation immer wieder geschlossen, weil sie es warm haben wollen; da haben wir die kostspielige Einrichtung getroffen, daß die Schließung nur von außen geschehen kann, und Herr Hoffmann hat dabei bedeutend mitgewirkt. Was die Trunkenheit anlangt, so hat Herr Singer in seinem Asyl die Hautevolee, die Betrunknen geben gar nicht erst herein. In uns aber kommen sie, und wenn es auch in unserer Hausordnung steht, daß wir Betrunknen nicht aufnehmen, so müssen wir doch für jeden Obdachlosen sorgen, und wenn ich an einem solchen Annuarabend einen Betrunknen hinauswerfen würde, wenn der dann gar erkrankt — den Spektakel möchte ich dann hören! Wir sind immerhin soweit, daß wir bei Frost und Schnee die Leute nicht auf die Straße werfen, sondern ihnen einen warmen Raum geben, wo sie auschlafen können. Auf den dramatischen Standpunkt des Herrn Singer können wir uns nicht stellen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtd. Barth (A. L.): Ich erinnere Herrn Singer an die Zustände in der früheren Filiale des Asylvereins — Füllstraße —, wo die armen Frauen in den Häusern der Umgebung nichts umherlagern, weil der Verein ausnahmslos keine Betrunknenen aufnahm.

Stadtd. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.): Wenn Herr Fischer etwas gegen den Asylverein vorbringen kann, so wäre es seine Pflicht als Magistratsbeamter, diese Dinge hier zu erörtern. Doch anzuerkennen ist es, daß Leute wie Heijermans und Bödner sich in die Tiefen der Gesellschaft aus humanitären begeben. (Große Heijerkeit und Widerspruch bei der Mehrheit. Zuruf: Warum dann im Feuilleton!) Aber wieso können im Feuilleton nicht erste Dinge besprochen werden? Von einem angesehenen libe-

rahen Blatt wie dem Berliner Tageblatt" so weiterführend zu sprechen, wie Herr Fischbeck es getan hat, scheint mir für einen Liberalen nicht ganz angebracht. Ich begreife ja, daß er mit der Haltung des Blattes ihm gegenüber nicht ganz einverstanden ist, aber er kann doch nicht verlangen, daß alle Blätter ihn so behandeln wie die „Kreuz-Zeitung“, die ihm wegen seiner Rede über die Arbeitslosen einen wahren Liebesantrag gemacht hat.

**Stadttr. Fischbeck:** Ich habe mit meinem Nachbar gesprochen und höre, daß in der Rede des Herrn Nathan auch die Rede von mir gewesen sein soll. Ich habe kein Wort verstanden, was von mir gesagt wurde.

**Stadttr. Nathan:** Diese Bemerkung scheint mir sehr deplaciert. Herr Fischbeck braucht nicht hier zu sein, aber wenn er hier ist, hat er die Pflicht, den Verhandlungen zu folgen.

**Stadttr. Fischbeck:** Solange ich an dieser Stelle stehe, habe ich darüber zu bestimmen, ob ich zuhören will oder nicht. (Aufregung.)

**Stadttr. Nathan:** Ich habe nicht zu bestimmen, was Herr Fischbeck tut, aber ich habe das Recht, zu kritisieren, was er tut. (Lebhafte Zustimmung.)

**Stadttr. Fischbeck:** Ich habe ihm (!) nicht verwehrt, eine Rede zu halten; er kann reden, was er will. (Sturm des Unwillens; Rufe: Unverschämte!)

**Stadttr. Nathan:** Es ist sehr wichtig, festzustellen, in welcher Weise derjenige dem städtischen Parlament gegenübertritt, der von uns gewählt ist. (Ruf: Und bezahlt wird!) Es wird nicht leicht ein Liberaler zu finden sein, der sich in dieser Weise benimmt. (Stärkerer Zustimmung.) Ja, wenn das Herr v. Kröcher getan hätte —

**Vorsitzer:** Ich kann die Aeußerung des Stadttrats Fischbeck nicht ungerügt durchlassen.

**Stadttr. Singer:** Ich erkläre hiermit für mich und meine Freunde, daß wir das Verfahren des Herrn Stadttrats Fischbeck als eine Mißachtung unserer Qualität als Stadtverordnete ansehen und uns nicht gefallen lassen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Stadttr. Fischbeck:** Ich habe nur auf persönliche Angriffe des Herrn Nathan geantwortet.

**Stadttr. Nathan:** Rein, Sie haben eben nicht geantwortet, sondern sie haben erklärt: was ich sagte, sei Ihnen ganz gleichgültig. (Die fürmliche Erregung der Versammlung dauert fort.)

Damit schließt die Debatte.

**Vorsitzlich erklärt Stadtverordneter Singer:** Ich habe nicht gesagt, daß man die Betrunkenen nicht aufnehmen soll, selbst auf die Gefahr hin, daß sie erkranken, sondern daß man in den städtischen Anstalten besondere Aufenthaltsräume für Betrunkene einrichten soll.

**Oberbürgermeister Kirchner:** Ich habe die Pflicht, den Standpunkt des Magistrats zu wahren. Der Vorsitzende der Versammlung hat erklärt, daß er eine Aeußerung des Stadttrats Fischbeck nicht ungerügt durchlassen kann. Das läßt erkennen, daß ihm den Mitgliedern des Magistrats gegenüber ein Mäugerrecht zusteht. Das ist nach unserer Verfassung nicht der Fall, und ich darf daraus kein Präjudiz herleiten lassen. Das Mäugerrecht gegenüber Magistratsmitgliedern steht nur mir zu.

**Vorsitzer Michael:** Ich glaube, ich habe die Rechte unserer Stadtverordneten selbst gegenüber Magistratsmitgliedern zu wahren. (Lebhafte allseitiger Beifall.) Wenn ich glaube, daß ein Mitglied der Versammlung beleidigt worden ist, habe ich die Pflicht, dieses Mitglied selbst gegenüber Magistratsmitgliedern zu schützen.

**Oberbürgermeister Kirchner:** Ich muß dabei stehen bleiben, daß ein Mäugerrecht dem Herrn Vorsitzenden nicht zusteht.

**Stadttr. Singer (zur Geschäftsordnung):** Ich weiß, daß die Frage, ob unter der Disziplin des Präsidenten einer gesetzgebenden Körperschaft der Bundesrat, die Minister und analog hier der Magistrat stehen, freitragend ist; aber unfreitragend ist, daß jedes einzelne Mitglied das Recht hat, von dem Vorsitzenden geschützt zu werden gegen Angriffe, woher sie auch kommen mögen. Diese Tatsache möchte ich feststellen; über die Form streite ich nicht. Der Vorsitzende wird sich der Zustimmung aller Gruppen versichert halten können, und wir sind ihm dankbar dafür, daß er den Versuch gemacht hat, uns gegen solche Beleidigungen zu schützen.

**Oberbürgermeister Kirchner:** Dies Recht des Vorsitzenden stelle ich in keiner Weise in Abrede; in Abrede stelle ich nur, daß eine Mäüge ausgesprochen werden darf; eine solche ist eine Disziplinarmaßregel. Ich kann es nicht unwillkürlich lassen, wenn von dem Vorsitzenden eine Disziplinarmaßregel gegen Magistratsmitglieder ausgesprochen wird.

**Stadttr. Gaffel:** Da durch das Eingreifen des Oberbürgermeisters die Debatte wieder eröffnet ist, bemerke ich, daß jedenfalls kein Magistratsmitglied verpflichtet ist, mehrmals dieselbe sachliche Auskunft zu erteilen. Auch gehen die Ausführungen der „Kreuzzeitung“ über Herrn Fischbeck uns hier gar nichts an. Herr Nathan muß wissen, daß von gewisser Seite alles ausgenutzt wird, um Herrn Fischbeck, mich und andere herabzuziehen, wenn irgendwo über uns ein Wort der Anerkennung steht. Unserem Vorsitzenden muß das Recht vorbehalten sein, die Mitglieder gegen Beleidigungen und sonstige Mißhandlungen zu schützen. Das Mäugerrecht mag er nicht haben, das hat auch kein Präsident, aber die parlamentarischen Präsidenten, auch die konservativen, (Zuruf: Gerade die erst recht!) haben es sich nie nehmen lassen, die Parlamentsmitglieder gegen Ausschreitungen der Regierung zu schützen. Darum hat der Vorsitzende ganz recht gehandelt. Lassen die Herren das als Mäüge auf, so ist das ihre Sache; ich als stellvertretender Vorsitzender der Versammlung würde auch keine andere Praxis einschlagen. Wollen wir solche Ungelegenheiten vermeiden, so muß aber auch der Ton in unseren Debatten derart sein, daß wir, namentlich wo wir so tief in der Arbeit sitzen, nicht in der sachlichen Erledigung aufgehalten werden. (Lebhafte Beifall.)

**Oberbürgermeister Kirchner:** Ich kann mich diesen Darlegungen anschließen. In „geeigneter, angemessener“ Weise kann der Vorsitzende Kritik üben. Es ist aber das Wort „Mäüge“ gefallen, und eine Befugnis zur Mäüge hat der Vorsitzende nicht.

**Vorsitzer:** Ich habe nicht eine Mäüge erteilt, sondern bloß gesagt, diese Aeußerung könne ich nicht ungerügt übergehen lassen.

**Stadttr. Fischbeck:** Ich habe mich schon wiederholt verwahren müssen, hier mit politischen Momenten wie Wladopolitik usw. angegriffen zu werden, worauf ich hier nicht erwidern kann, wo ich als Vertreter des Magistrats stehe. Da reißt einem endlich einmal die Geduld.

**Stadttr. Nathan:** Auch ich bin mit Herrn Gaffel einverstanden. Ich habe nicht von Wladopolitik, sondern von der Auslassung der „Kreuzzeitung“ über unsere Arbeitslosenrede, also einer rein kommunalen Angelegenheit gesprochen.

Der Etat für das Obdach wird genehmigt.

Für die Etats der Park- und Gartenverwaltung, „Polizei-Kosten“, „Feuerlöschwesen“, „Museum für Provinzialmuseum“, „Statistisches Amt“, „Gewerbegericht und Kaufmannsgericht“, „Stadtbibliothek, Volksbibliothek und Beschaffen, hat der Staatsauschuss den Stadttr. von Dr. Arons (Soz.) zum Referenten bestellt.

Bei den Park- und Gartenanlagen bemerkt

**Stadttr. Zubeil (Soz.):** Am 28. Juni 1907 hat der Magistrat den Parkarbeitern endlich statt 11 Stunden Arbeitszeit 10½ Stunden zugestanden, trotzdem 10 schon genügt. Aber diese Verlängerung ist wettgemacht dadurch, daß die Erholungspausen verlängert worden sind. Außerdem werden den Arbeitern Regentage abgezogen und selbst solche Feiertage, die sie nicht wünschen! Professor Wagner hat Recht, wenn er Berlin die rückständigste Stadt der Welt nennt (Lach), denn selbst in Rixdorf und Charlottenburg geschieht das nicht. Erhalten etwa die Magistratsbeamten und der Kammerer an Regentagen auch nichts? (Lachen.) Die Arbeit ist eine sehr schwierige. (Zurufe.) Schreiben Sie nur einmal auf einen hohen Baum hinauf; Sie werden nicht wieder herunterkommen! (Lachen und Heiterkeit.) Die Gärtnere müssen sich gegen ihre eigenen Werkzeuge halten, was jährlich 20 M. ausmacht. (Hört! hört!)

**Verantw. Redakt.: Georg Dabibshy, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.**

Auch das ist in Charlottenburg nicht der Fall, nicht einmal in Rixdorf; dort werden sogar die Arbeiteranzüge gestellt. In Berlin müssen die Straßenkolonnenarbeiter ihre Kleider und ihre Frühstück auf die Straße legen, wo es manchmal von Hundenden verunreinigt wird; in Charlottenburg fahren den Kolonnen kleine Wagen nach, auf denen die Arbeiter ihre Mittagessen warmen können. Berlin darf da nicht weiter mit schlechtem Beispiel vorantreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Bürgermeister Dr. Weide:** Die Arbeitszeit ist auf eigenen Wunsch der Arbeiter verkürzt worden und die Verlängerung der Pausen auf ihren eigenen Wunsch erfolgt. 7 Monate lang haben die Arbeiter 10½, 1 Monat 10, 1 Monat 9 und 8 Monate 8½ Stunden Arbeitszeit, der Durchschnitt wird höchstens 9 Stunden betragen. Der Stundenlohn ist nicht plötzlich statt des Tagelohnes und auch nur für die vorübergehend Beschäftigten eingeführt worden. Gelegentlich muß bei Regenfällen die Arbeit zeitweise ausgelegt werden, aber nur bei ¼ Tag Ausfall wird der Lohn nicht gezahlt. Diese Fälle kommen nur äußerst selten vor. Die Verwaltung ist ja zurzeit gerade mit der Prüfung der besonderen Wünsche der Parkarbeiter beschäftigt; was schwere Arbeit ist, muß aber der Oberbürgermeister entscheiden, wer soll es denn sonst? Ueberstunden werden nur im Falle äußerster Notwendigkeit gemacht und dann auch besonders bezahlt. Die Werkzeuge sollten von der Verwaltung vorgehalten werden. Für die Unterfunst der Park- und Gartenarbeiter ist doch sehr viel geschehen und geschieht, besonders in diesem Etat, noch mehr; auch weiter wird damit fortgefahren werden. Ich hoffe, daß die Parkarbeiter sich in ihrem Vertrauen zu mir, trotz der Ausführungen des Herrn Zubeil, nicht irren machen lassen werden. (Beifall.)

**Stadttr. Zubeil:** Von Ueberstunden habe ich gar nicht gesprochen. Die 10½stündige Arbeitszeit haben die Arbeiter nicht verlangt. Der Stundenlohn wird den Saisonarbeitern, d. h. der Mehrheit der Gesamtheit, gezahlt, und damit ist seit dem Sommer 1907 die wirtschaftliche Lage derselben erheblich verschlechtert worden; denn sie haben 6 Monate lang obnein nichts zu heizen und zu brechen. Charlottenburg hat Unterfunstsmagen geschaffen. Berlin kann das annehmen nicht. Die Gärtnere müssen sich sämtliche Werkzeuge selbst halten und petitionieren um Lieferung.

**Stadttr. Schulz (Soz.):** Die Parkarbeit ist doch nur Saisonarbeit. Man zahlt doch überhaupt keinem Arbeiter Stundenlohn, sondern Wochenlohn. (Widerpruch.) Wie die Stadt den Parkarbeitern gegenüber verfährt, das ist der Stadt unwürdig. Sollen die Leute etwa von dem Lohn, der noch dazu solche Abzüge erfährt, für den Winter etwas zurückerhalten? Wochenlohn muß gezahlt werden: diese Forderung muß jeder rechtschaffene Mensch unterstützen.

Der Etat für die Polizei wird genehmigt, ebenso der Etat „Polizeikosten“. Die Vorlage betr. die Bewilligung von 17000 M. zur Instandhaltung der Dienstwohnung des Polizeipräsidenten wird in Verbindung hiermit gleichfalls angenommen.

**Stadttr. Dr. Preuß:** führt Beschwerde über die Langsamkeit der Arbeiten des Kaufmannsgerichts, welches den Anforderungen des Tages offenbar nicht mehr gewachsen sei.

**Stadttr. Bohn:** Es sind jetzt 5 Kammern in Tätigkeit. Die Verschleppung erklärt sich teilweise durch die Schwierigkeit der Materien.

Der Etat der Bibliotheken erneuert **Stadttr. Heimann (Soz.)** seinen Protest gegen die Kürzung des Etatsbittels unter Verwendung der Zinsen der Leo-Stiftung u. a. Der Abschrieb bei diesem Etat sei um so schmerzlicher, als gerade diese Spezialverwaltung zu den bescheidensten gehöre; rund 12000 M. seien allein an dem Titel für Anschaffung von Büchern an den Anträgen des Kuratoriums getrichelt worden! Die Praxis des Magistrats werde von der sozialdemokratischen Fraktion nach wie vor verworfen.

Die erwähnten Etats werden genehmigt, und darauf wird die Stadtberatung abgebrochen. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen schließt die Sitzung gegen 10 Uhr. Am Dienstag wird die Stadtberatung in einer Extra-sitzung gefördert werden.

## Parlamentarisches.

**Aus der Budgetkommission.** Die Budgetkommission beschäftigte sich heute eine ganze Sitzung mit einem Nachtrag zu den Grundsätzen für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militärämtern.

Den Militärämtern genügen ihre bisherigen Vorrechte nicht mehr; sie haben wiederholt petitioniert und deshalb soll nun ein Nachtrag zu den Grundsätzen vom Jahre 1882 erlassen werden. Die Vorschläge der Regierung haben mehr formelle Bedeutung; das Zentrum hat eine Reihe Änderungsanträge eingebracht, von denen einige auch materiell den Militärämtern Vorteile bringen sollen; sie werden teils angenommen, teils nach entgegenkommenden Erklärungen der Regierung zurückgezogen.

Morgen soll noch über eine Aenderung der Anstellungsverhältnisse der Militärämtern bei den Kommunalbehörden verhandelt werden.

**Wahlprüfungs-Kommission.** In den Sitzungen vom 18. und 19. März beschäftigte sich die Kommission ausschließlich mit der Wahl des Abgeordneten Schwabach, nationalliberal. Wahlkreis Rhein-Heidekrum. Bereits voriges Jahr beschloß der Reichstag auf Antrag der Kommission, Erhebungen über mehrere Fälle anzustellen, in denen Wahlbestechungen vorgekommen sein sollten. Schwabach, mehrfacher Millionär, soll für seine Wahl Geld mit vollen Händen ausgeworfen haben. Die Resultate der Erhebungen liegen noch manche Unklarheit bestehen, so daß die Kommission auch jetzt noch zu keiner endgültigen Entscheidung kam und daher beschloß, die Wahl zu beanstanden und abermals Beweiserhebungen anstellen zu lassen.

**In der Petitionskommission** wurde am 18. März eine Petition des Verbandes der Handelsmüller und einer Anzahl Handelskammern beraten, die die Getreidenausfuhr einzuschränken fordern, weil durch die Aufhebung des Identitätsnachweises und die bekannten Ausfuhrschleife eine Reihe von Grenzbezirken von Getreide ganz entblößt werden. Die Petenten führen an, es sei ein Widerspruch die Ausfuhr von deutschem Getreide so zu begünstigen, wenn die eigene Produktion den eigenen Bedarf nicht decke. Sie verlangen teils die völlige Beseitigung der Aufhebung des Identitätsnachweises oder mindestens die Aufhebung für die Monate Februar bis August. Die Ausfuhrschleife dürften nicht mehr zur Einfuhr anderer Waren, sondern nur zur Einfuhr derselben Getreidearten zugelassen werden, welche ausgeführt worden sind. Jetzt wird mit den Ausfuhrschleifen sogar ein flottes Handel getrieben, zum Schaden der Allgemeinheit.

Der Regierungskommissar bestritt die Schädlichkeit des jetzigen Systems, mußte aber zugeben, daß die Getreidenausfuhr zu mancher Zeit ganz auffallend gestiegen sei, man hoffe aber, daß das nur eine vorübergehende Erscheinung sei.

Genosse **Sachs** bestritt dies letztere und befüwortete die Petitionen.

Gegen den konservativen Referenten Herrn **Cuen**, der beantragte die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen, stellten unsere Genossen den Antrag, sie „zur Erwägung“ zu überweisen. Da dieser letztere Antrag auch von liberaler Seite mit Unterstützung wurde, zog der Referent seinen Antrag zugunsten des von unseren Genossen gestellten zurück, der dann angenommen wurde.

Eine längere Diskussion entspann sich bei der Petition, die von einer Konferenz christlicher Gewerkschaften Elb-Lothringen eingeschickt und in welcher gebeten wurde, die in diesen Punkten günstigeren Bestimmungen des deutschen Gewerbe-

gesetzes auch auf Elb-Lothringen auszu dehnen. Die dortigen alten Landesbestimmungen seien vielfach für die Arbeiter nachteilig.

Der Regierungskommissar von Elb-Lothringen bekämpfte die Petition und wollte die Zuständigkeit des Reichstages in dieser Frage bestreiten, sogar der Zentrumsgewerkschaft Dr. **Fervers** schloß sich diesem letzteren Standpunkt des Regierungskommissars an. Der Referent und die Mehrheit der Kommission nahmen aber einen für die Petenten günstigeren Standpunkt ein und überwies schließlich diese Petition dem Reichskanzler zur Erwägung.

Die sonst noch erörterten Petitionen hatten kein größeres Interesse.

## Aus der Partei.

### Gemeindevahlerfolge.

In Hessen-Nassau wurden zu Klein-Schalbach zwei unserer Genossen gewählt. In Fischbach und Oershausen drang je einer unserer Genossen durch.

In Langenbielau brachten die Sozialdemokraten zwei Kandidaten durch, ebenso in Zirlau bei Freiburg.

**Unsere Toten.** In Warmen ist der Genosse **Karl Stürmer** nach langer Krankheit freiwillig aus dem Leben geschieden. Er hat schon unter dem Sozialistengesetz eifrig für die Partei gewirkt; im großen Elberfelder Gewerkschaftsprozess erhielt er sechs Wochen Gefängnis. Mehrere einander folgende Schlaganfälle lähmten in letzter Zeit Stürmers kräftigen Körper und raubten ihm fast völlig die Sprache. So hat er denn schließlich selbst seinen Leiden ein Ziel gesetzt. Ehre seinem Andenken!

**Warnung!** Russische Genossen teilen mit: In der letzten Zeit ist im Auslande ein Subjekt aufgetaucht, das sich an die russischen, lettischen usw. Genossen mit der Bitte wendet, ihm in verschiedenen Angelegenheiten behilflich zu sein und Verbindungen mit den Genossen im Auslande zu verschaffen. Zur Legitimierung seiner Persönlichkeit zeigt der Betreffende eine Empfehlung der „Technischen Gruppe am Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands“ vor. Da eine solche „technische Gruppe“ gar nicht existiert und die Legitimation daher als falsch zu betrachten ist, werden hiermit alle Genossen vor diesem Individuum gewarnt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Der Klagenbe Suchsland.** Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 17. März: Rechtsanwalt Suchsland, der befählicht die Redakteure Däumig, Rollenbuhr und Thiele vom „Volksblatt“ auf Grund des § 823 des B.-G.-B. wegen Schädenerfug verklagt hat, geht neuerdings in seiner Juristenlogik noch einen Schritt weiter. Er debütiert jetzt einfach so: Hätte das „Volksblatt“ keine Artikel gegen ihn gebracht, dann hätte er aus den Kreisen der Leser des „Volksblatts“ viel mehr Verteidigungen übertragen bekommen. Er fühle sich geschädigt. Suchsland, der mit seinem Verleumdungsprozess gegen den Genossen Thiele trotz Zeugniszwangs hineingefallen ist, verlangt nun in dem Zivilprozess, Thiele soll als Beklagter jetzt beschwören, ob er den damaligen Artikel geschrieben hat oder nicht. Thiele entgegnete ihm heute vor dem Amtsgericht mit Recht: „Wohin soll denn das führen: da könnte ja ein Staatsanwalt schließlich gegen einen freigesprochenen Angeklagten wegen Entreibung der Kosten klagen und verlangen, der frühere Beschuldigte soll nachträglich beschwören, ob er die Tat, die ihm zur Last gelegt war, begangen hat oder nicht.“ Das Amtsgericht kam zur Vertagung der Sache behufs Prüfung mehrerer Rechtsfragen.

**Redakteurfreuden.** Der Genosse **Oskar Fröblich** vom „Volksblatt für Halle“ hat am Freitag für zwei Monate unfreiwilligen Aufenthalt im hiesigen Gefängnis genommen. Unter demselben Dache verbüßt zurzeit Genosse **Thiele** eine fünfmonatige Strafe, die ihn bis Mitte Juni der Freiheit beraubt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Buren-Mißg.

**Blomfontein, 19. März.** (Meldung des Reuterschen Bureau.) Premierminister Jiffier kündigte die in kurzem bevorstehende Veröffentlichung eines Gesetzes an, das jedem Bürger das Recht gibt, ein Gewehr zu besitzen und sprach die Hoffnung aus, daß eines Tages für jeden Mann der Besitz eines Gewehres obligatorisch sein möge.

### Polas Leiche im Pantheon.

**Paris, 19. März.** (B. L. V.) Die Kammer verhandelte über die Vorlage, einen Kredit von 35000 Franc für die Ueberführung der Leiche Polas nach dem Pantheon zu bewilligen. Varrés (Nationalist) meinte, Polas literarisches Werk sei unflätig und verleumde die französischen Sitten. Hier wurde der Redner von der Linken ungestört unterbrochen. Berichterstatter Vuyat erklärte, der Brief „l'accuse“ (Ich klage an) würde genügen, die Ueberführung zu rechtfertigen. Im übrigen sei das Werk Polas durchaus moralisch, denn es habe die Gefahren des Lasters gezeigt.

Jaurès lobte lebhaft das Leben und den Mut Polas. Nachdem noch Unterrichtsminister Doumergue Polas gepriesen hatte, der um der Gerechtigkeit und Wahrheit willen der allgemeinen Erbitterung Trost geboten habe, wurde unter dem Beifall der Linken die Vorlage mit 358 gegen 164 Stimmen angenommen.

### Revolver-Attentat auf den Genossen Fernerstorfer.

**Wien, 19. März.** (Privat-Depesche des „Vorw.“) Heute nachmittag um 6 Uhr feuerte ein 35-jähriger irrenniger Edelsteinhändler namens Jgnaz Voklat im Flur der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ aus einem 7-Millimeter-Revolver zwei Schüsse gegen unseren Genossen Fernerstorfer ab, der sich gerade auf dem Wege zur Redaktion befand. Beide Schüsse trafen: einer in den Rücken, einer in den linken Arm; sie hatten jedoch zum Glück nicht die Kraft, den linken Unterarm zu durchschlagen.

Voklat richtete sodann die Waffe gegen seine eigene rechte Schläfe. Er stürzte, getroffen zusammen und wurde durch die Rettungsgesellschaft ins Spital gebracht. Verfragt, ob es Zufall oder Absicht gewesen sei, daß er auf Fernerstorfer geschossen habe, erwidert der Irrennige: „Fernerstorfer und Adler verfolgen mich, darum habe ich das Attentat begangen.“ — Der Vorkfall ereignet in Wien ungetrübtes Aufsehen.

Volks-Bureau, das über den Vorkfall gleichfalls berichtet, teilt mit, Voklat sei ein alter Querkant, der an Verfolgungswahn leidet und sich auch von Fernerstorfer verfolgt glaubte, wiewohl dieser ihn gar nicht kennt.

### Reichstags-Ergebniswahl.

**Emden, 19. März.** (B. L. V.) Bei der heute stattgehabten Reichstagswahlwahl im ersten hannoverschen Wahlkreis erhielt Fegler (Freif. Vgg.) 8816, Groeneveld (Wirtsch. Vgg.) 6579, Fürbringer (natl.) 4905 und Hug (Soz.) 3115 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Fegler und Groeneveld erforderlich.

### Ueberschwemmungen.

**New York, 19. März.** (Auf deutsch-Atlantischen Kabel.) Ueber die Ueberschwemmungen infolge Tauwetters, das von Wolfenbrücken begleitet ist, werden aus Pittsburg sowie aus Wheeling (Westvirginia) gemeldet. Die Flüsse steigen rasch weiter.

Reichstag.

126. Sitzung vom Donnerstag, den 19. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Kolonial-Etats

nebst den dazu beantragten Resolutionen.

Abg. Erzberger (Z.):

Der Staatssekretär Dernburg hat sich in allen wesentlichen Punkten auf denjenigen Standpunkt gestellt, den das Zentrum seit Anfang der Kolonialpolitik gefordert hat.

Dah unsere Forderungen seitens der Mehrheit und der Regierung jetzt anerkannt werden, wo das Zentrum als ausgeschaltete Partei gelten soll, erfüllt uns mit besonderer Genugung.

Das Programm des Kolonialsekretärs hat drei Hauptpunkte, erstens die negerehaltende Politik, zweitens den Bruch mit der bisherigen Protektions- und Begünstigungswirtschaft gegenüber den weißen Anhängern, drittens das Streben nach einer durchsichtigen Finanzwirtschaft in den Kolonien.

Herr Schrader meinte, in der Billigung dieses Programms seien alle Parteien einig; aber der Staatssekretär hat bereits auf den Gegenstand zu Herrn Liebert hingewiesen.

Dieser verlangt für sich die Autorität eines alten Afrikaners; aber wenn drei alte Afrikaner beisammen sind, haben sie fünf verschiedene Meinungen.

Die Eingeborenenpolitik des Staatssekretärs findet unsere Unterstützung; wir freuen uns, daß der Staatssekretär von der bisherigen verkehrten Eingeborenenpolitik abgerückt ist und den Satz geprägt hat: die Eingeborenen sind das wichtigste Attribut der Kolonien.

Geradezu klassisch zeigte sich der Gegenstand der Anschauungen im Münchener Peters-Prozess, wo Herr von Liebert als Sachverständiger den Regier als bar jeder Dankbarkeit und Treue, als voll von Lüge bezeichnete.

Als ich seine Aussage im Peters-Prozess las, war ich geradezu erschrocken, daß ein Mann mit solchen Anschauungen der oberste Beamte in einer Kolonie mit mehreren Millionen Regern sein konnte.

Jedenfalls hat der Staatssekretär die große Mehrheit des deutschen Volkes auf seiner Seite, wenn er nicht will, daß Ostafrika ein Sklavenstaat wird.

Präsident Graf v. Stolberg: Ich bitte, alle Zeichen des Mißfallens oder Befallens auf den Tribünen zu unterlassen.

sonst zu meinem großen Bedauern genötigt sein, sie räumen zu lassen.

Abg. Erzberger (fortfahrend): Es wäre ein trauriges Zeichen, wenn man in deutschen Reichstage nicht seine christliche Weltanschauung vertreten könnte.

Auch mit dem zweiten Punkt des Programms des Staatssekretärs, daß mit dem Begünstigungssystem gebrochen werden soll, sind wir einverstanden.

Ich bin gebeten worden zu erklären, daß das Laichen auf der Journalistentribüne nur die Latitiosität eines Einzelnen war.

Ich bin gebeten worden zu erklären, daß das Laichen auf der Journalistentribüne nur die Latitiosität eines Einzelnen war. Redner begründet hierauf die freisinnige Resolution auf allmähliche Trennung von Justiz und Verwaltung in den Kolonien.

Ich habe einmal auf einem Schiffe dem Vollauf der Prügelftrafe beigewohnt; sie ist so eckhaft, daß ich seitdem unbedingter Gegner der Prügelftrafe bin.

Wir verlangen eine Trennung zwischen Justiz und Verwaltung, die sich natürlich nicht mit einem Schläge durchführen läßt. Wir halten das System des Staatssekretärs in wirtschaftlicher und politischer Beziehung für richtig; aber Herrn Erzberger gegenüber betone ich, daß nach den Kolonien die unelastische konfessionelle Verhegung nicht verplant werden solle.

Die Aufhebung der Regierungsschule in Dar es Salam hat in weiten Kreisen böses Blut gemacht; man meinte bereits daran zu erkennen, daß sich ein Systemwechsel vorbereite.

Staatsekretär Dernburg erkennt an, daß die Resolution des Zentrums auf Schaffung erhöhter Rechtsgarantien in den Kolonien und die freisinnige Resolution, so weit sie die Trennung von Justiz und Verwaltung verlangt, wertvolle Anregungen für die Verwaltung enthalten.

Abg. v. Treuenfels (L.) begründet die von ihm eingebrachte Resolution, im Etat für 1908 Mittel für ein Denkmal zu fordern, das für die in Südwestafrika Gefallenen in Berlin errichtet werden soll.

Abziehen und Industriearbeiter werden. Dann könnten die paar Schulen eingehen und zu Stallungen umgebaut werden. Die Lehrer wären erlöst!

Sie sehen, lieber „Vorwärts“, das angebliche Experiment über die Abstammung des Menschengeschlechts ist weiter nichts als ein Experiment zur Schaffung von ländlichen Arbeitern.

Gerolstein in Haiti. Wie eine Verwirklichung der Offenbachschen Parodie auf die deutschen Duodezminister mutet das Kaiserturn des Regenerals Soulouque in Haiti an.

Der Kaiser stiftete zwei Ritterorden. Dann machte er keine Divisionsgeneräle und Vizeadmirale zu Fürsten und Herzögen und die Brigadegeneräle zu Grafen; die höheren Hofbeamten wurden alle Barone.

Die Titel dieser neuen Aristokratie waren Landgüter und phantastischen Lehnsheerführer entlehnt; Kaiserin hatte diese Lehnen aus dem Nichts hervorgezaubert und ihnen seltsame und burleske Namen gegeben.

Die lokalen Europäer, die alles dies höchst sonderbar und komisch finden, mögen bedenken, daß es im Grunde dieselben Einrichtungen sind, die sie bei sich zu Hause aus höchster Verachtung.

Staatsekretär Dernburg begrüßt diese Anregung sympathisch und bringt ein soeben eingetroffenes Telegramm über ein siegreiches, aber verlustreiches Gefecht der deutschen Truppen in Südwestafrika zur Verlesung.

Abg. v. Hohenhausen-Langenburg (Rp.) tritt dafür ein, die Kolonien finanziell selbständig zu machen und selbständige Kolonialbeamten zu schaffen.

Vizepräsident Koenigs gedenkt der in Afrika Gefallenen und bittet die Mitglieder des Hauses, zu Ehren der auch in den früheren kolonialen Kämpfen Gefallenen sich von den Plänen zu erheben.

Abg. Eichhorn (Soz.):

Zu Beginn seiner heutigen Rede hat der Abg. Müller-Meinungen mit Bezug auf die Presse eine Bemerkung gemacht, die ich so aufgefaßt habe, als ob er im Auftrage der gesamten Presse einem der Herren Vorkämpfer eine Rüge zu erteilen hatte.

Ich bin der Meinung, daß, wenn die Herren dort oben einmal etwas laut werden oder wenn sie einmal sich von ihren Gefühlen etwas hinreißer lassen, wir dann nicht so engherzig sein und uns darüber besonders aufregen sollten.

keine Veranlassung vor, der Presse hier eine Rüge zu erteilen.

(Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Nun zum Kolonialetat. Der Abg. Müller-Meinungen hat vor allem hervorgehoben, daß sich jetzt das Zentrum, das noch vor einem Jahre auf einem ganz anderen Standpunkt gestanden habe, dem Staatssekretär angeschlossen habe.

Zu der Zeit hat sich jetzt plötzlich ein kolonialer Block von rechts bis zur bürgerlichen Linken herüber einschließlich des Zentrums gebildet. (Abgeordneter Storz ruft: Und Schippel?) Darauf komme ich vielleicht noch später zu sprechen.

Ich sage das angesichts der großen Gefahr einer Übertragung einer Krankheit des Mutterlandes auf die Kolonien. Freilich sagte Herr Erzberger, er wolle keine materielle Unterstützung der Missionen, sondern nur eine moralische.

Wir wollen den ganzen uneligen Kampf um die Schule nicht auf die Kolonien übertragen. Ich hoffe, daß die großzügige wirtschaftliche Politik des Staatssekretärs auch auf das ethnische Gebiet übertragen werden möge.

genannt werden müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das wichtigste Zugeständnis ist das, daß das Treiben dieser Anstalt schließlich zum Aufstande geführt hat.

Wir haben diese Zustände schon immer in dieser Weise gehandhabt und haben und dafür den Vorwurf der Verhegung, der Verleumdung und des Herunternehmens gefallen lassen müssen.

Wir wollen an die alten Vorfälle nicht gern erinnert sein, und bezweifelnderweise war es gestern Herr Schrader, der sagte, man solle über die alten Dinge

Notizen.

Im Heibel-Theater wurde ins Strindberg-Repertoire statt des qualenden Nacheländes „Samum“ die gleichfalls ältere, psychologisch und technisch interessantere Szene „Die Stärkere“ ausgenommen.

Die freie Volkshöhle veranstaltet am Sonnabend, den 21. d. M., im Bürgerlaale des Rathauses einen Kammermusikabend für Streichquartett und Gesang.

Wälnschronik. Harry Walden sollte zum Herbst 1909 ins Deutsche Theater übersiedeln, wo er ein reicheres Betätigungsfeld zu finden hofft.

Eduard Keller, der Senior der deutschen Philosophieprofessoren, ist im Alter von 94 Jahren in Stuttgart gestorben.

Der gerechtete Schillergarten. Der Schillergarten in Jena, den bürokratische Unvernunft für irgend einen Neubau opfern wollte, bleibt in seinem alten Zustande erhalten.

Kleines Feuilleton.

Der Affenmenschen — als Junkerideal. Ein Anthropologe schreibt uns: Unter der Überschrift „Experimente über die Abstammung des Menschengeschlechts“ brachten Sie vor einigen Tagen eine Notiz, der Sie am Schlusse zufügten: Ob die Sache ernst zu nehmen ist?

Rechnen wir einmal an, die Sache sei ernst zu nehmen und es gelänge, dem Herrn Bernolet Moens und den königlichen Persönlichkeiten die nötigen Geldmittel aufzubringen, um die Nonogener für ihre Gefälligkeiten und Dienstleistungen in der Gattenrolle gegenüber den anthropoiden Affendamen gebührend zu zahlen.

Denken Sie sich ein Geschöpf, das mit der Willigkeit und der Intelligenz, der Zähigkeit, der Genügsamkeit und Stärke des Regers die Geschmeidigkeit, Blinksheit und die Muskelkraft des Affen verbinde, dessen Ausnutzung als Arbeitstier schon im siebenten oder achten Jahre beginnen könnte und das, trotzdem es wie ein Tier arbeiten könnte, doch so viel Menschliches an sich hätte, daß es die ihm aufgetragenen Arbeiten mit einer gewissen Selbständigkeit verrichten könnte!

Durch seine Doppelnatur als Halbmenschen und Halbtier unterstände er der Befehlsordnung nur so weit, als es dem Herrscher paßte. Für angerichteten Schaden wäre er dem Herrn kostbar.

Nach Verdrängung der russischen und galizischen Saisonarbeiter könnten die paar deutschen Landarbeiter ruhig nach den Städten

Der Affenmenschen — als Junkerideal. Ein Anthropologe schreibt uns: Unter der Überschrift „Experimente über die Abstammung des Menschengeschlechts“ brachten Sie vor einigen Tagen eine Notiz, der Sie am Schlusse zufügten: Ob die Sache ernst zu nehmen ist?

Nach Verdrängung der russischen und galizischen Saisonarbeiter könnten die paar deutschen Landarbeiter ruhig nach den Städten

man Grad wachsen lassen und sich mit der Zukunft beschäftigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ja, man hat meinem Parteifreund Ledebour einen Vorwurf daraus gemacht, daß er hier alle Samellen vorgebracht hat. (Zustimmung des Abg. Storz.) Man sollte doch nicht vergessen, daß diese Brutalitäten die Ursache dafür gewesen sind, daß wir mit unserer Kolonialpolitik so schlecht gefahren sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir toeben die Opfer, die drüben in Afrika gefallen sind, geduldet haben, und wenn das ganze Haus sich dem anschloß, so darf doch nicht veräußert werden, daß diese Opfer durch das System mitverschuldet worden sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir hätten wahrscheinlich die Opferreichen Aufstände gar nicht bekommen, wenn früher ein anderes Verwaltungssystem gefolgt wäre. Wenn der Abg. v. Treuenfels gesagt hat, daß von unserer Seite unsere braven Soldaten beschimpft worden seien, so ist das eine

### Unwahrheit.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben unseren Antrag auf möglichst frühe Zurückziehung der Soldaten aus dem Schutzgebiet gerade damit motiviert, daß wir sie dem mörderischen Klima nicht länger ausgesetzt sehen wollten, als unbedingt notwendig war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen auch die Treue unserer Soldaten an, denn sie sind gleich von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Hörs! hört! rechts.) Es sind unsere Brüder, es sind die Söhne des Volkes, die dort drüben kämpfen, nicht die Angehörigen Ihrer Klasse (nach rechts) allein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also wir erkennen ohne weiteres die Treue der Leute an, die Tapferkeit, mit der sie sich geschlagen und ihre Pflicht erfüllt haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Treue hat zur Voraussetzung, daß die Leiter unserer Schutztruppe dafür sorgen, daß das Leben der Soldaten

### nicht leichtfertig aufs Ziel gesetzt

wird. Das ist aber teilweise unter dem bisherigen System geschehen, das zu Aufständen führen mußte und geführt hat. Diese Zustände müßten zur Vernichtung aller Werte in den Kolonien führen, und diese Raubpolitik fand ihre natürlichen Grenzen dort, wo nichts mehr zu holen war. Der Zusammenbruch war also unausweichlich, und es konnte dem Staatssekretär, der ja viel kaufmännischen Sinn hat, nicht schwer fallen, auszurechnen, daß ein Raubfeld plündernd müßte. So kam denn der Staatssekretär zu seinem neuen Programm und zu dem Satz, daß der Eingeborene der wertvollste Besitz der Kolonien sei, und daß die Eingeborenenkultur gefördert werden müsse. Herr Schrader übertrug diesen Satz damit, daß unsere Kolonien nicht Ausbeutungsgelände darstellen sollen. Ich glaube, diese Uebersetzung trifft nicht zu, und auch der Staatssekretär wird sich wohl energisch verbitten, daß man seinen Satz so interpretiert. Herr Dernburg hat ja klipp und klar ausgesprochen, daß die erste Pflicht sei, die Eingeborenen zu schützen, daß aber andererseits aus den Eingeborenen für die Kolonie Nutzen gezogen werden müsse. Die Eingeborenen sollen dem Mutterlande gewissermaßen eine Rente abwerfen. Dieser Ausbeutung wegen, denn anders ist es nicht zu nennen, hat, glaube ich, der Staatssekretär die Eingeborenen als das wichtigste Aktivum bezeichnet. Der Staatssekretär hat ausgeführt, daß aus dem Neger ein gehorsamer, williger Untertan gemacht werden soll, hat aber dann hinzugefügt, daß gegen Unbotmäßigkeit

### strenge Strafen

angewendet werden müssen. Schon der Abg. Ledebour hat darauf hingewiesen, daß diese Ausführungen des Staatssekretärs noch dadurch erweitert sind, daß er sich für die Prügelstrafe erklärt hat. Es ist heute ja viel von einer Kodifizierung des Eingeborenrechts die Rede gewesen und zwar zum Schutz der Eingeborenen. Ich möchte hierbei gleich erwähnen, daß, wenn man von einer Wahrung des Rechtes der Eingeborenen spricht, es dringend notwendig ist, eine Änderung der Prügelordnung vorzunehmen. Jetzt besitzen die Gouverneure das Recht, jedem vorgeschobenen Posten die Verhängung zur Verhängung der Prügelstrafe zu erteilen. Wenn ein Unterspizier oder ein weißer Soldat der Schutztruppe mit zwei oder drei Mann zu einem Patrouillengang aufgefordert wird, so hat er das Recht, diese Strafe zu verhängen. Es ist unangenehm, daß Organe, welche sich der Pflichten einer solchen Machtbefugnis nicht bewußt sind, eine solche Befugnis erhalten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind unbedingt Gegner der Prügelstrafe, hier deckt sich einmal ausnahmsweise unsere Anschauung mit der von Dr. Müller-Meinungen. Wir glauben, daß man auch dem Neger gegenüber ohne Prügelstrafe auskommt. Wenn aber die Verwaltung meint, sie müsse sie beibehalten, so müssen jedenfalls der Befugnis scharfe Grenzen gezogen werden. Ich hoffe, daß der Staatssekretär nicht allzuweit von dieser Anschauung entfernt ist. Hat er doch selbst in der Budgetkommission mit Zeichen des Unwillens erzählt, daß er

### auf einem Kaffentisch auf dem Zehlfuß die Peitsche gefunden

habe, also in einem Amt, wohin sie doch sicher nicht gehört. Er will die schärfsten Strafen gegen Unbotmäßigkeit und will die Prügelstrafe nur mit gewissen Restriktionen umgeben; er hofft, wenn die Willkür der einzelnen Privatpersonen, der Pflanzler und Händler, ausgeglichen wird, so werden die Eingeborenen Vertrauen zur Regierung gewinnen, die als eine Art Patriarchat erscheinen soll. Für die Regierung handelt es sich also nicht darum, die schrankenlose Ausbeutung der Eingeborenen abzuschaffen, sondern sie in geordnete Bahnen zu leiten, sie zu organisieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Kolonialverwaltung sind die Eingeborenen das Aktivum, wie es für die Sklavensüßer die Sklaven waren. Wenn die Sklavensüßer danach trachteten, die Sklaven zu vermehren und ihre Gesundheit zu schützen, so ist die Kolonialverwaltung befreit, die Eingeborenen zu schützen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachte ich das Programm des Kolonialsekretärs. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gewiß sind wir keine Gegner der neu einzuführenden Arbeitordnung; wir werden es begrüßen, wenn sie von einem gewissen Maß sozialen Verständnisses befeuert ist. Wir sind auch damit einverstanden, daß Eingeborenenkommissionen eingeführt werden, welche die Rechte der Eingeborenen vor Gericht vertreten, damit die Eingeborenen nicht davonlaufen, damit sie nicht, wie der Staatssekretär selbst zugegeben hat, in die englischen Kolonien laufen und sich so das Aktivum der Kolonien vermindert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was nützen und denn Eingeborene, wie sie jetzt in Südwestafrika sind, diese

### kaltherungerten Massen,

die schließlich dem Mutterlande zur Last fallen. Wenn der Staatssekretär jetzt soziale Maßnahmen anstrebt, so geschieht das nicht aus dem reinen Kulturrempfinden heraus, menschlich zu handeln, sondern sie sind diktiert von dem Bestreben, das Aktivum der Kolonie zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die sanitären Maßnahmen zu betrachten, welche die Kolonialverwaltung vorschlägt. Man muß natürlich wünschen, daß nur der gebührende Teil der Sorgfalt, den die Kolonialverwaltung den Eingeborenen jetzt zuwenden will, in Deutschland angewendet wird. Es werden Hospitäler eingerichtet, es werden Expeditionen ausgerüstet, um die Krankheiten zu erforschen. Es werden Lazarette errichtet und in jeder Weise wird dafür gesorgt, die Sterblichkeit unter den Eingeborenen zu verringern. Das ist ganz gut und schön. Wir willigsten es nicht, weil beneden die Eingeborenen förmlich darum, weil bei uns in Deutschland in diesen Dingen noch so viel zu wünschen übrig ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch hier ist der Grund aller Maßnahmen darin, daß die Regierung das Aktivum der Kolonien bewahren und deshalb die Sterblichkeit der Eingeborenen vermindern will.

Auch darauf will sie setzen, daß die Fortpflanzung der Neger eine geregeltere und bessere wird. General Trotha verteidigt die Neger in Südwestafrika aus. Vielleicht erklärt jetzt der Staatssekretär an Stelle der Vernichtungs- und Ausrottungspolitik eine Verordnung, daß die in Südwestafrika noch vorhandenen deutschen Soldaten der Fortpflanzung der Neger nutzbar gemacht werden sollen (Heiterkeit), um das Aktivum des Staatssekretärs in den Kolonien zu vermehren. Man vermehrt also das Grundkapital, mit welchem man jenen mörderischen Kolonialkrieg erzeugen will, der vor den Wahlen den Wählern so schimmernd gezeigt wurde, den der Staatssekretär jetzt aber

### auf einige Generationen vertragen

will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vorläufig wird der Reichszuschuß noch und nach in Anleihen umgewandelt, damit er nicht so fühlbar wird, und dann hofft man, daß später das dort angelegte Kapital sich in irgend einer Weise wieder veräußert. Dieses Streben, die Ausbeutung nicht zu beseitigen, sondern für und nutzbar zu machen, beweist auch der Hinweis des Staatssekretärs auf die französische Kammer; dort wurde ausdrücklich gesagt, die meisten Kolonien sind Ausbeutungskolonien und müssen es auch bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat auf verschiedenen Seiten Widerstand gegen sein neues System gefunden; aber vielleicht nur deshalb, weil jene Kreise fürchten, daß der schrankenlosen Ausbeutung, die sie bisher trieben, zu enge Grenzen gezogen werden. Wenn die Herren Senler, Spahn und andere die Interessen der Pflanzler und Händler und großen Handelshäuser gegen den Staatssekretär wahrnahmen, so haben wir hier nur den Gegenlag der schrankenlosen Ausbeutung durch private, gegenüber der Ausbeutung zum Nutzen des Staates zutage getretenen. Dr. Arning sagte ganz ehrlich: die geistige Entwicklung der Neger wollen wir in die Hand nehmen, aber nur insoweit, als es unseren Interessen nicht widerspricht. Das ist sehr bezeichnend. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bisher erzählten Sie der Bevölkerung draußen, Sie wollten Kulturpolitik in Afrika treiben. Aber in dem Augenblick, wo der Eingeborene durch unsere Kulturarbeit so weit selbständig wird, daß er sich nicht mehr als Ausbeutungsobjekt der deutschen Verwaltung fühlt, sondern selbständig für sich schaffen will, haben Sie

### kein Interesse mehr an seiner Kultur

und vielleicht schreiten Sie dann wieder zu einem Trosthaften Geläch, um den Eingeborenen in der Kultur wieder zurückzuwerfen. Es freut mich, daß Dr. Arning einmal so ehrlich die Kulturarbeit vom Gesicht genommen hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für die bürgerlichen Parteien hat die ganze Kolonialpolitik keinen anderen Zweck, als sich zu bereichern. Daran ändert auch nichts das Lob, das der Christianisierung und der Kulturarbeit gesungen wurde. Sie sehen die Missionare noch lieber als Geschäftstreibende. Sie sollen die Neger noch lieber zur Ausbeutung erziehen, als daß sie sie für die Christianisierung gewinnen. (Zust. b. d. Soz.) Der Herr Staatssekretär reklamiert nun keinen Anteil an dem Gewinn, den man aus der Regierung schlagen will, und daher ergibt sich der Widerstand der Missionen gegen ihn und die Vorwürfe, die, wenn auch in milder Form, im Plenum gegen ihn vorgebracht worden sind. Insofern bietet also das System des Staatssekretärs nichts Neues, nur das Etikett ist geändert. Man kann Ihre (nach rechts) Politik überhaupt nicht treiben ohne Ausnutzung der Neger. Der Staatssekretär zieht nun die Konsequenzen aus diesem System, indem er den Bau von Eisenbahnen fordert. Die verlangten 150 Millionen werden freilich nur der Anfang sein. Man wird sich auf den Standpunkt stellen: Warum halbe Arbeit machen, warum nicht das Doppelte bewilligen? Vermutlich wird man in einer der nächsten Sessionen kommen und sagen: es hat sich herausgestellt, daß wir weiterbauen müssen, der Anfang genügt nicht zur Rentabilität der Bahn. Die Hoffnungen, die vom Staatssekretär und auch von anderer Seite an die Entwicklung der Kolonien geknüpft werden, können wir nicht teilen. Die Begeisterung wird sich legen, wenn man nur nächstens die Berichte durchsieht, die unter Redaktion des Staatssekretärs selbst zustande gekommen sind. Auch sonst sind und ja verschiedene Aufschlüsse über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Kolonien gegeben worden. Da wird uns gesagt,

### Kamerun vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch

stehe, da dort jahrelang Raubbau an Produkten und Menschen getrieben worden sei. Dieser Zusammenbruch wird kaum aufzuhalten sein dadurch, daß man in aller Eile eine Eisenbahn baut. In Südwestafrika würde es hunderte von Jahren bedürfen, ehe die Kolonie zu einer solchen mit einem starken Aktivum wird, wie Herr Dernburg sagt. Die Eingeborenen sind ja zum größten Teil vernichtet. Dann haben wir Ostafrika, nach ihrem Etat und ihrer Veranlagung unsere beste Kolonie. Aber auch hier wird es lange dauern, bis die Regierung einigermaßen Erträge bringt. Wir haben dann noch die Wasserkolonie Togo o., mit der man rennommiert, weil sie im Etat balanziert. Das ist aber nur dadurch möglich, daß man

### den Schnapsgegnüß ausdeutet.

Das kann und wirklich nicht veranlassen, mit Lust und Freudigkeit wieder ungezählte Millionen in die Kolonie hineinzustrecken. Also die, die jetzt neue Opfer für die Kolonien bringen, werden sich mit großer Geduld wappnen müssen, ehe sie Vorteil aus den Kolonien ziehen. Die Kapitalanlagen werden nicht angemessene wachsen, ohne daß eine Aussicht auf Widerkatung vorhanden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf die etatistischen und budgetrechtlichen Fragen will ich mich nicht einlassen. Aus den diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Seyberger habe ich nur so viel entnommen, daß er eigentlich gegen die Eisenbahnen sprechen möchte. — Man könnte nun fragen, wie in Deutschland sind verpflichtet, Kulturpolitik zu treiben; wenn Deutschland im Rate der Völker eine Rolle spielen sollte, dürfte es sich nicht behelligen lassen, wenn es gelte, Kulturarbeit zu leisten. Demgegenüber habe ich dargelegt, daß es sich hier

### um nichts weniger als eine Kulturpolitik

sondern um eine Ausbeutungspolitik handelt, die dem Kapitalismus zugute kommt. Und haben wir es nicht viel notwendiger, Kulturarbeit in Deutschland selbst zu treiben? Aus praktischen und prinzipiellen Gründen setzen wir die Kolonialpolitik ab. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Den Ausführungen des Herrn Treuenfels und seinen anerkennenden Worten für unsere tapferen Truppen schließen wir uns gern an. Westreiten muß ich, daß zwischen den Absichten des Herrn Staatssekretärs und denen des Herrn Liebert ein so großer Unterschied besteht. Auch Herr Liebert will die Neger nicht nur für die Pflanzler und Plantagenbesitzer zur Arbeit erziehen, sondern auch im Interesse dieser Pflanzler. Wir sind eben der Meinung, daß nicht jeder ein selbständiger Mann sein kann, die Neger können sich auch sehr wohl wohl fühlen unter humanen und wohlwollenden Arbeitgebern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun Herr Eichhorn gesagt hat, auf dem Gouvernment liege der Stoß bereit, so beweist das gar nichts. Wenn Sie hier auf irgend ein Bureau gehen, dann können Sie vielleicht auch den Spazierstock des Mendanten auf dem Tisch liegen sehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Afrika lauft man sich die Rippenpeitsche und die Stöcke nicht zum Dauern (Gelächter bei den Sozialdemokraten), sondern ihres eigenartigen Aussehens wegen. (Stürmische Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: In den letzten Tagen sind mehrfach während der Neben einzelner Mitglieder des Hauses Zeichen des Unwillens von der Journalistentribüne gegeben worden. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, diese Störungen der Ordnung zu rügen. Ich will aber noch einmal darauf aufmerksam machen, daß ich im Wiederholungsfall entgegenstehe sein würde, diejenigen Tribünen, von denen solche Störungen ausgehen, räumen

zu lassen. Wenn ein Mitglied des Hauses gegenüber solchen Störungen einen von mir übrigens nicht gehörten unparlamentarischen Ausdruck gebraucht hat, so bedauere ich das.

Die Mitglieder der Journalistentribüne verlassen den Saal. (Lautes Lachen im Zentrum.)

## Das Vereinsgesetz in der Blockfällung angenommen.

Die Kommission beendete am Donnerstag in einer sehr lebhaften Sitzung die zweite Lesung des Entwurfes. Selbst die schärfsten Erwartungen über die Unüberlässigkeit der freisinnigen Parteien wurden durch ihre Haltung noch übertroffen. Der Freisinn hat nicht nur beim § 7 sich unter dem Willen der konservativen preussischen Regierung geduldet, sondern sich auch der Forderung der Konservativen unterworfen, die Versammlungsfreiheit der Jugendlichen einzuschränken. Er ist damit in seiner reaktionären Wackelhaftigkeit noch über die rückfälligen Forderungen des Regierungsentwurfes hinausgegangen. Alle Versuche der Sozialdemokraten und des Zentrums, die schlimmsten Vorschriften des Gesetzes zu beseitigen, scheiterten an dem kompakten Widerstande der Blockparteien, deren freisinniges Quartett unentwegt alle freisinnigen Fortschritte abzulehnen mißfallt.

Auf die Feststellung des Genossen Hilbenbrand, daß der neue § 7 schlimmer sei als die Regierungsvorlage, weil er sich in der Hauptsache zugunsten der rheinischen Industriellen gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der deutschen Arbeiter in Rheinland-Westfalen wendet, für die die Organisation der Polen eine unabwendbare Notwendigkeit ist, ging kein Redner des Blocks ein. In Rheinland-Westfalen sitzen in seinem einzigen Bezirk 60 Proz. „alt-eingesehene Polen“, so daß dort in keiner Versammlung die polnische Sprache zugelassen ist, und den deutschen Arbeitern dort jede Möglichkeit genommen ist, sich mit ihren polnischen Kameraden zu verständigen. Das Schweigen der Regierung und der Blockparteien war das Eingeständnis, daß der neue § 7 diese Wirkung haben wird. Der Freisinn suchte sich vergeblich durch staatsmännische Redensarten für seinen Unfall zu entschuldigen. Herr v. Bayer suchte in langer Rede auseinanderzusetzen, daß er seinen Namen nur aus Freundschaft für die Polen unter das Gesetz geschrieben hätte, denn ohne dieses Nachgeben der Freisinnigen wäre es gar nicht zustande gekommen, und dann wäre Preußen, wie das Enteignungsgesetz zeige, noch schlimmer mit den Polen umgesprungen. Nach diesem geistvollen Argument hätte der Freisinn ja von vornherein für den § 7 eintreten können; jetzt hat er einfach aus Furcht vor der Zertrümmerung der einträchtigen Blockgemeinschaft seine bestimmten Versprechungen gebrochen und der preussischen Regierung die Verantwortung für ihre Poleneiße abgenommen.

Vor Eintritt in die Verhandlungen verlassen die freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen, v. Bayer und Schrader folgende Erklärung:

„Gegenüber den gehässigen Ausstreuungen in der Presse, daß unsere nunmehrige Haltung zu § 7 des Vereinsgesetzes abhängig gemacht sei von Konzessionen auf dem Gebiete des Wörsegesetzes, erklären wir:

Es ist eine Verleumdung, wenn eine solche Verknüpfung der beiden legislativen Aufgaben behauptet wird.

Als Vertreter meiner Partei bei den Kompromißverhandlungen erkläre ich, daß in keinem Stadium der Verhandlungen auch nur mit einem Worte die Absicht einer solchen Verknüpfung ausgedrückt oder angedeutet wurde, vielmehr wurde a limine jede solche Verbindung von der Hand gewiesen.“

Die freisinnigen Wahrheitsfreunde ließen sich diese Erklärung von den Abgeordneten (L.), Fürst v. Hatzfeld (Apt.) und Dr. Dieber (natl.) bestätigen und appellieren an die Ehrlichkeit der Gegner, diese Erklärung wahrheitsgemäß in der Presse zu verbreiten. Die Erklärung über die „nunmehrige Haltung“ der Freisinnigen ist ganz allerliebste. Ein Gedanke, der nie ausgeprochen oder auch nur angedeutet worden ist, ist von den unentwegten Freisinnigen ausdrücklich zurückgewiesen worden! Das Kunststück bringt nur Müller-Meinungen fertig. Wer's glaubt, muß direkt Mitglied der Freisinnigen Volkspartei sein. Im übrigen werden wir ja sehen, ob nun die Konservativen beim Wörsegesetz den freisinnigen Wünschen entgegenkommen oder nicht. Solche „Konzessionen“ können eben auch verabredet werden, ohne daß man sie ausdrückt oder andeutet.

Selbstverständlich bekämpften unsere Genossen auch den neuen § 10a, das Ausnahmengesetz gegen die jugendlichen Arbeiter. Genosse Hilbenbrand sagte unseren Standpunkt in die Worte zusammen: Wir in Süddeutschland bedanken uns für die Einführung des Zustandes, mit dem sich Sachsen vor der ganzen Welt lächerlich gemacht hat. Aber alles das nichts, der Block sagte seine Beschlüsse und verfügte den Ausschluß aller Jugendlichen unter 18 Jahren von den politischen Versammlungen.

Die jetzt beschlossenen §§ 7 bis 16 lauten:

§ 7. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.

Die Vorschrift findet auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesteilen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alteingesessene Bevölkerungsteile nicht deutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsteile nach dem Ergebnisse der jeweiligen letzten Volkszählung 60 vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginne der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Als Landesteile gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden. Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung Abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

§ 8. Beauftragte, welche die Polizeibehörde in eine öffentliche Versammlung entsendet, haben sich unter Ausbeugung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben.

Dem Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden. Die Polizeibehörde darf nicht mehr als zwei Beauftragte entsenden.

§ 9. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

1. wenn die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Anzeige nicht vorgelegt werden kann;
2. wenn die erforderliche Genehmigung nicht erteilt ist;
3. wenn die Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird;
4. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden;
5. wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung zur Anzeigung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgender Vergehen enthalten;
6. wenn Rednern, die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen, auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörden von dem Leiter oder Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird.

Ist eine Versammlung für aufgelöst erklärt worden, so hat die Polizeibehörde dem Leiter der Versammlung die mit Tatsachen zu belegenden Gründe der Auflösung schriftlich mitzuteilen, falls er dies binnen drei Tagen beantragt.

§ 9a regelt den Rechtsweg für die Anfechtung der Auflösung einer Versammlung.

§ 10. Sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen.

§ 10a. Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gewöhnlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.

§§ 11 und 11a sehen die Geldstrafen bis zu 150 M. und 300 M. — im Unvermögensfalle Haft — oder Haft fest für die Zuwiderhandlungen gegen die Ordnungsbestimmungen des Vereinsgesetzes. Neu ist im § 11 der Absatz 5, der mit dieser Strafe trifft, wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins entgegen den Vorschriften des § 10a dieses Gesetzes Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in dem Vereine duldet, und Absatz 6, der entgegen den Vorschriften des § 10a als Minderjähriger in einer politischen Versammlung anwesend ist.

§ 12. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen.

§ 13. Welche Behörden unter der Bezeichnung „Polizeibehörde“, „Untere Verwaltungsbehörde“ und höhere Verwaltungsbehörde zu verstehen sind, bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 14. Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Bescheinigung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

§ 15 enthält die Aufzählung der durch das Reichsvereinsgesetz erfassten Landes- und Reichsgerichte.

§ 16. Unberührt bleiben die Vorschriften des Landesrechts über kirchliche und religiöse Vereine und Versammlungen, über kirchliche Professionen, Wallfahrten und Wittgänge, sowie über geistliche Orden und Kongregationen; die Vorschriften des Landesrechts in Bezug auf Vereine und Versammlungen für die Zeiten der Kriegszeit, des Krieges, des erklärten Krieges (Belagerungszustand) oder innerer Unruhen (Kulturkampf); die Vorschriften des Landesrechts in Bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Diensthöfen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit; die Vorschriften des Landesrechts zum Schutze der Feier der Sonn- und Festtage; jedoch sind für Sonntage, die nicht zugleich Festtage sind, Beschränkungen des Versammlungsrechtes nur bis zur Beendigung des vorläufigen Hauptgottesdienstes zulässig.

Damit hat die Reichsvereinsgesetz-Kommission ihre Arbeiten beendet, ohne auch nur den Schein eines wirklichen, freihheitlichen Vereinsrechtes in Deutschland geschaffen zu haben. Sie tritt nur noch zu einer kurzen Sitzung zur Feststellung ihres Berichtes an das Plenum zusammen. Dort wollen die Blockparteien noch vor Ostern das Reichsvereinsgesetz in der jetzt beschlossenen reaktionären Fassung durchsetzen.

## Aus Industrie und Handel.

### Zweierlei Statistik.

Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß unsere amtliche Statistik über industrielle Verhältnisse sehr unzureichend ist. Und zu der Mangelhaftigkeit tritt die Unzuverlässigkeit. Die amtlichen Ziffern beruhen auf Angaben der Unternehmer. Es fehlt aber an bestimmten Normen für die Feststellungen der Ergebnisse und eine Nachprüfung ist so gut wie ausgeschlossen. Das muß zu Täuschungen führen, schon darum, weil je nach den Bestimmungszwecken anscheinend verschiedene Statistiken angefertigt werden. Für diese Behauptung geben wir nachstehend einen Beweis durch Gegenüberstellung der von der Bergwerks-Gesellschaft „Gibernia“ in ihrem (im „Börsen-Courier“ veröffentlichten) Geschäftsbericht pro 1907 gemachten Angaben und denen, die die Gesellschaft in dem offiziellen Organ des Vereins zur Wahrung der bergbaulichen Interessen, im „Glückauf“ (Beilage zu Nr. 11, Jahrgang 1908) hat publizieren lassen.

	Angaben der „Gibernia“		in dem offiziellen Organ „Glückauf“	
	im Geschäftsbericht 1907	1907	1908	1907
Rohlenförderung in To.	5 660 887	5 900 080	5 562 147	5 873 118
Kohlerzeugung	806 082	798 075	1 304 462	1 273 795
Arbeiterzahl	18 073	19 212	17 978	19 100

Nicht sehr erheblich ist die Differenz in den beiden Angaben über die Belegloshäufigkeit; um so auffälliger ist der Unterschied in den Produktionsziffern. Nach den Angaben des Geschäftsberichtes ist die Kohlenförderung im letzten Jahre um rund 330 000 To. gestiegen, nach den offiziellen Ziffern im Verbandsorgan ist sie um fast 190 000 To. gesunken; außerdem ergeben sich noch starke Unterschiede in der absoluten Höhe. Und bei den Angaben über die Kohlerzeugung betragen diese Unterschiede sogar bis über 60 Proz., obwohl, wie bemerkt, die Zahlen über Belegloshäufigkeit sich sehr nahe kommen. Es liegt auf der Hand, daß man zu sehr verschiedenen Resultaten kommt, je nachdem die Angaben des Geschäftsbetriebes respektive die des verbandsmäßigen Organes der Gruben benutzt werden. Nach den Angaben im Geschäftsbericht entfällt zum Beispiel für das letzte Jahr auf den Kopf der Arbeiter eine Kohlenförderung von 307 Tonnen und eine Kohlerzeugung von 41,5 Tonnen, während nach den offiziellen Verbandsziffern pro Arbeiter nur 231 Tonnen Kohlen gefördert, aber 66,7 Tonnen Koks erzeugt worden sind. Derselben Verschiedenheiten ergeben sich natürlich auch, wenn man die Produktions- und Belegloshäufigkeitsziffern zu Wert- und Kostenberechnungen benutzt.

### Gibernia.

Im Geschäftsbericht der Gesellschaft wird, wie wir der „Frankf. Zeitung“ entnehmen, behauptet, die pro Kopf der Belegschaft zurückgegangene Reitzförderung sei ein Beweis für die eingetretene Verminderung der Arbeitsleistung. Leichtfertiger kann eine — unwahre Behauptung nicht aufgestellt werden. Schon vor Jahren hat der Bergbauliche Verein in seinem Geschäftsbericht ausdrücklich gegen den Unfug sich gewendet, die nach der Förderung nach irgend einer Richtung als Maßstab der Arbeitsleistung zu bewerten. Unbedingt notwendig ist, neben der Förderung auch die Nebenproduktion, ferner den Umfang der Vorrichtungsarbeiten zu berücksichtigen und was ganz besonders wichtig ist, die Summe der Ueberleistungen muß mit in Rechnung gestellt werden. Die Zahl der pro Arbeiter verfahrenen Schichten ging um annähernd 3, von 829,09 auf 826,15 zurück. Schon das allein muß natürlich die Kopfquote ermäßigen. Nach den von der „Frankf. Ztg.“ angegebenen Förderziffern würde übrigens die Leistung sowohl pro Arbeiter als auch pro Kopf und Schicht erheblich gestiegen sein. Die Gesellschaft hat trotz der umfangreichen Vorrichtungsarbeiten, die nach der wilden Förderung im Vorjahre erforderlich waren, sehr gut abgeschnitten. Der Reingewinn ist von 8 552 183 M. im Jahre 1906 auf 9 167 538 M. im letzten Jahre gestiegen.

## Soziales.

### Ein verständiges Urteil.

Der dort Amtsgericht Vorrath stand dieser Tage der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, Genosse Adolf Kießlich in Vorrath, wegen Verleumdung des Herrn Köhlin in Steinen, eines der reichsten Großindustriellen des Wiesentals,

unter Anklage. Gegenstand der Klage war ein Flugblatt, welches Kießlich verfertigt und in welchem unter anderem auch gesagt war, die Spinnerei und Weberei Steinen habe im Jahre 1906 pro Kopf der Arbeiter einen Reingewinn von 691 M. verdient, in welchem Zusammenhang das Wort „herauspressen“ gebraucht wurde, welches Köhlin als eine verächtliche Verleumdung aufzufassen. Der als Zeuge geladene technische Fabrikleiter Köhlin mußte bekennen, daß er die Arbeiter zwang, sich durch Unterschriften bereit zum Austritt aus der Textilorganisation zu erklären, daß den Arbeitern mit der Kündigung auch die sofortige Räumung der Fabrikwohnung auferlegt wurde, daß der sogenannte Defompt geübt, d. h. den Arbeitern ein höherer als der verfallene Handzinsbetrag am Jahrlage abgezogen wurde. Nach den Lohnzetteln betragen diese Summen in Steinen und Maulburg zusammen 12 000 Mark in einem Jahre. Ferner wurden die Eltern gezwungen, ihre Kinder nur bei dieser Firma zu beschäftigen, gegen Strafe der Kündigung. Auch wurde durch das Zeugnis des christlichen Gewerkschaftssekretärs festgestellt, daß seine betagten Eltern brotlos gemacht wurden, weil der Sohn vom Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hatte. Die Verfeinerung durch schwarze Listen mußte eingeräumt werden.

Nach etwa 1/2stündiger Beratung sprach das Gericht den Angeklagten frei.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrungsgelüste der Unternehmer

Wegen der Märzfeier halten sich nach den bisher eingelaufenen Meldungen in engen Grenzen. Bei den Bauarbeitern, Maurern, Zimmerern sind nur vereinzelt Nachregelungen vorgekommen. Dort absorbiert der Abwehrkampf gegen die geplanten Lohnreduktionen alles Interesse und eine Nachregelung wegen der Märzfeier würde sich in den meisten Fällen gerade auf die Leute erstreckt haben, die jetzt schon in den Kampf getreten sind, um ihre gewerkschaftlichen Prinzipien hochzuhalten. Sie haben selbst eine große Reihe von Sperren verhängt über Bauten, wo die alten Löhne nicht mehr gezahlt werden. — Bei den Metallarbeitern fanden Aussperrungen in drei Werkstätten mit zusammen etwa 50 Mann statt. Als feiernde Werkstätten waren im Verbandsbureau angemeldet 70 mit zusammen 3000 Mann. Viele haben keine Anmeldung nach dem Bureau gesandt. Von manchen Betrieben gingen die Arbeiter am Mittag geschlossen nach den Versammlungslokalen, und diese Geschlossenheit imponiert den Arbeitgebern stets.

Der Streik bei Hugo Hartung, Stahl- und Eisenwerk in Koebitz, wird besonders verdächtig durch die Polizeimäßigkeiten, die das Recht der Arbeiter, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu verbinden, illusorisch machen. Der Eifer der Polizei, die Arbeitswilligen zu beschützen, geht über alle durch die Rechte der Streikenden gezogenen Grenzen hinaus. Kein Wunder, daß es der Firma gelungen ist, 60 Streikbrecher einzustellen. Viel Klagen werden jetzt von den Lehrlingen bei Hartung laut, an welche große Anforderungen gestellt werden; z. B. müssen sie schwere Kräfte ziehen. Von den Arbeitswilligen werden sie schlecht behandelt. In den letzten Tagen fanden Besprechungen der Lehrlinge, in Gemeinschaft mit den Eltern derselben, statt. Man will sich die rücksichtslose Ausnutzung, verbunden mit der schlechtesten Behandlung, nicht länger gefallen lassen. Die Lehrlinge hoffen die Arbeitswilligen und hören jüngst eine Ansprache des Geschäftsführers Stabinski mit sehr gemäßigten Befehlen an, als dieser die jungen Leute vor den streikenden Formern warnte. Stabinski sagte, diese Streikenden seien „Schwächlinge“ und „keine Patrone“ und stellte sie den Lehrlingen als Beispiele von Leuten hin, die man sich nicht zum Muster nehmen dürfe. Ein Lehrling, der zum 1. April ausgereist war, wurde vor einigen Tagen von fünf Mann verprügelt, weil er sich seinem Meister widersetzt hatte, und dann entließ man ihn sofort. — Der Streik wird fortgesetzt. Die Arbeiter werden ersucht, den Betrieb von Hartung zu meiden.

Der Polizeistreik trat auch gestern wieder in Aktion. Abends lud das außerordentlich starke Schutzmännchen Hunderte von Reugierigen an, die dann gewalttätig aufeinander, in die Häuser und Seitenstraßen getrieben werden. Wie und von Augenzeugen mitgeteilt wird, war das Verhalten der Polizeiorgane am Mittwochabend geradezu unerhört.

Die Streikbrecher der Hartung'schen Vieherei hatten an diesem Tag schon um 4 Uhr die Fabrik verlassen und die Straße bot das gewöhnliche Ansehen, bis gegen 8 1/2 Uhr 40—50 Schulkleute, die gleich eine große Menge Reugieriger im Gefolge mitbrachten, erschienen.

Von den an der in Frage stehenden Lohnbewegung beteiligten Arbeitern wird die Umgehung der Fabrik gemieden; würde diesem Beispiel auch die Polizei folgen, wir sind überzeugt, es läme nicht die geringste Ruhestörung vor.

Am Mittwochabend mußten wir leider beobachten, wie sich die Polizei durch das unsinnige Gejohle halbwüchsiger Putschbesessenen ließ, blank zu ziehen und blindlings in das Publikum dreinzuhäufen. An der Waldstraße, Ecke Wilschstraße, trug ein Arbeiter eine nicht unerhebliche Kopfwunde davon; die Zahl der am Mittwoch verletzten Personen soll ziemlich groß sein. Organisierte Arbeiter und Parteigenossen werden solchen Dingen fernbleiben; ebenso ist dringend zu empfehlen, die Kinder dem Schauplatz fernzuhalten.

Unter den Anwohnern der Wilschstraße ist die Empörung über das Verhalten der Polizei groß. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß ohne die Anwesenheit derselben Ruhe und Ordnung nicht gestiftet würden. Zum Beweis dafür mag dienen, daß sich am gestrigen Abend mit dem Abrücken der dritten Schulpolizei die Ansammlung bald von selbst verlor. Solange allerdings auf dem Bürgersteig entlang geritten wird, wird es auch an Zuschauern nicht fehlen.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Tapezierer!** Die Tapezierer in Oera sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es fand bereits eine Unterhandlung zwischen den Gehältern und der Innung statt, deren Resultat aber in einer Versammlung der Gehältern abgelehnt wurde. Es wurde beschlossen, am Sonnabend die Kündigung einzuweisen. Man hofft indes, daß es vor Ablauf der Kündigungsfrist noch zu einer Verständigung kommen wird.

#### Tariffbewegung der Maler und Anstreicher in Mittel- und Süddeutschland.

Wie den Bau- und Holzarbeitern stehen den Malern und Anstreichern in Mittel- und Süddeutschland harte Tariffkämpfe bevor. Bekanntlich haben, wie in der Bau- und Holzbranche, auch im Malergewerbe die Unternehmer die Tarife gekündigt. Diese Kündigung erfolgte lediglich zur Herbeiführung eines für den Verband allgemein geltenden Tarifvertrages, hieß es in dem Schreiben der Unternehmer. Der wichtigste Zweck der Vertragskündigung tritt jetzt, nachdem die Unternehmer Tarife eingereicht haben, klar zutage: die süddeutschen Malermeister wollen den Gehältern einen Vertrag aufzuzwingen, der für die Arbeiter bedeutende Verschlechterungen enthält.

Ende Februar fanden in Mannheim Verhandlungen zwischen dem Süddeutschen Maler- und Ländnermeisterverband und den Vertretern des Malerverbandes statt. Dort wurde nicht, wie eine bürgerliche Notiz, die auch durch die Parteipresse ging, meldete, ein Tarif für Baden, Hessen, Hessen-Rhassau und Rheinpfalz vereinbart, sondern nur ein allgemeines Vertragsformular ausgearbeitet. Bei diesen Verhandlungen gelang es den Ar-

beitervertretern, verschiedene Verbesserungen in dem Entwurf des Prinzipals zu erzielen. In § 3 dieses Entwurfes heißt es: „Der Lohn beträgt bei normaler Leistung“ usw. usw. Was dieselbe Bedeutung hat wie das ominöse Wort „täglich“ in dem Vertragsentwurf der Bauarbeiter. Die Unternehmer zogen schließlich die Bestimmung „bei normaler Leistung“ zurück. Auf Grundlage des nun festgestellten Vertragsformulars sollten die örtlichen Verhandlungen aufgenommen werden, die bis zum 15. März beendet sein mußten. Diese Verhandlungen hatten sich auf die Festlegung der Arbeitszeit, der Lohnhöhe, der Vergütung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie der Ueberlandarbeit und der Regelung der Lohnzahlung zu erstrecken. Die Arbeitgeber der Landesverbände von Hessen und Hessen-Rhassau machten sich diese „Verhandlungen“ sehr leicht. Sie setzten, ohne mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, in ihren Ortsgruppen Verträge auf und sandten sie dieser Tage der Bezirksleitung des Malerverbandes zu. In diesen werden nicht nur die gesamten Forderungen der Arbeiter abgelehnt, sondern auch Verschlechterungen der bisherigen Lohnverhältnisse angefügt. So wollen die Herren die Löhne in Offenbach, Höchst und Wiesbaden reduzieren. Die Löhne in den übrigen Vertragsorten, Frankfurt a. M., Hanau, Homburg, Darmstadt, Friedberg und Rausheim, sollen keine Aufbesserung erfahren. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde rundweg abgelehnt. — Am 21. März sollen nun wieder zwischen den Vertretern des Süddeutschen Maler- und Ländnermeisterverbandes und des Malerverbandes Verhandlungen in Mannheim stattfinden, obwohl ja dem Beschluß der letzten Verhandlungen in Mannheim bezüglich der örtlichen Verhandlungen von den Arbeitgebern keine Rechnung getragen worden ist. Kommt es bei diesen Beratungen, an denen auch der Vorstand des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe teilnimmt, zu keiner Einigung, dann sind schwere Lohnkämpfe unvermeidlich.

#### Zur Situation im Baugewerbe.

In Dresden nahm jetzt wieder eine von 2000 Personen besuchte Bauerverammlung Stellung zum Tarif. Auch in Dresden sind die Verhandlungen resultatlos verlaufen, weil die Arbeitgeber nach wie vor auf die für die Arbeiterschaft unannehmbaren Bestimmungen verharren. Die Lohnkommission ist aufgefordert worden, im Prinzip dem Verträge zuzustimmen, über eine Lohnreduktion würde sich dann schon reden lassen, sagten die Arbeitgeber. In die Versammlung war auch der Vertreter der Berliner Scharfmacher, der Dresdener Baumeister Rood, geeilt, um schließlich die Arbeiterschaft zu einer Zustimmung zum Tarif zu bewegen. Während sich alle Redner der Arbeiter auf den Standpunkt stellten, daß der Tarif unannehmbar ist, glaubte der Herr Rood den Arbeitern die entgegengelegte Meinung plausibel machen zu können. Er meinte, es sei ihm unbegreiflich, wie es die Arbeiterschaft wegen ein paar Worte auf einen Kampf ankommen lassen könne. Es sei falsch, wenn geglaubt wird, die Arbeitgeber wollten die Arbeiter knechten, inebeln und Lohnrückerlei betreiben. Der Arbeitgeberwille wolle nicht den Kampf, sondern nur Ordnung, Ruhe und Frieden. Bei ruhiger Ueberlegung mühe die Arbeiterschaft den Tarif in der vorliegenden Form annehmen. Die Versammlung mit ihrer Einmütigkeit dürfe aber diesem Herrn gezeigt haben, daß die Arbeiterschaft einem solchen Mantram von Tarif unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben wird.

Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die dem Tarif die Zustimmung verweigert und die Lohnkommission beauftragt, für den Fall, daß keine Einigung zustande kommt, daß in Dresden bestehende Einigungsamt anzurufen.

Bei der Firma Kupperbusch Söhne in Gelsenkirchen-Schalke sind heute wiederum 600 Arbeiter aus Solidarität in den Ausstand getreten.

Die Tariffbewegung der Leipziger Maler neigt ihrem Abschluß zu. Die Unternehmer werden jetzt selber der tariflosen, der schrecklichen Zeit überdrüssig. Nachdem sie alles mögliche unternommen hätten, um den alten Tarif wieder zur Anerkennung zu bringen, sogar einen Streik von 7 1/2 Wochen überstanden haben, sind sie jetzt geneigt, Konzessionen zu machen. Zwar soll eine Lohnzulage erst von 1909 an bewilligt werden, aber nachdem die Gehältern die Forderung von 68 Pf. Stundenlohn auf 60 Pf. reduziert haben, hofft man den Tarif auf dieser Grundlage vom 1. April ab durchzusetzen. Bisher betrug der Lohn 58 Pf. Einen Antrag, die Streikbrecher vom letzten Streik wieder in den Verband aufzunehmen, lehnte die Gehälternversammlung ab.

#### Aussperrung der Leipziger Marmorarbeiter.

Die Marmorarbeiter Leipzigs sind ausgesperrt worden, weil sie die Verlängerung des am 1. März abgelaufenen Tarifvertrages auf 2 Jahre ohne jede Verbesserung, wie es die Unternehmer verlangten, entschieden ablehnten. Die Löhne dieser Arbeiter stehen gegen andere Orte aber noch bedeutend zurück. Wähler erhielten die Marmorarbeiter 55 Pf. und die Schleifer 45 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit. Für die Schleifer bestand außerdem ein Affordariff. Die Arbeiter hatten eine zehnprozentige Erhöhung verlangt, weil sie sich dazu für berechtigt hielten; denn innerhalb acht Jahre ist nur eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 5 Pf. erfolgt.

Die Unternehmer sagten schließlich zu, den „besseren“ Arbeitern eine kleine Lohnreduktion, aber ohne Festlegung im Tarif, zu gewähren. Das genügt aber den Arbeitnehmern auch nicht und somit wurde die angekündigte Aussperrung durchgeführt. Viele der Aussperrten haben infolge der gegenwärtigen günstigen Konjunktur in der Marmorindustrie außerhalb schon Unterkommen gefunden. Deswegen sollte sich aber kein Marmorarbeiter verletzen lassen, nach Leipzig zu kommen, um hier Arbeit zu suchen. Gesperrt sind die Firmen: Gebrüder Wosniener, John u. Sohn, Wähler, Sadse (Urban und Weine).

**Lohnbewegung der Holzarbeiter in Frankfurt a. M.** Die Unternehmer in der Holzbranche in Frankfurt a. M. kündigten den Tarifvertrag und wollen den Arbeitern einen Vertrag mit bedeutenden Verschlechterungen aufzuzwingen. So wollen sie fürberühn bei Affordarbeiten nur noch 50 Proz. des Lohnes garantieren, während früher der ausgemachte Stundenlohn voll garantiert wurde. Die Arbeitszeit der Anschläger soll verlängert werden. Sie betrug bis zu 9 Stunden und soll auf 9 1/2 Stunden verlängert werden. Die Arbeiter sollen auch gegen die unorganisierten Unternehmer ausgespielt werden. Die Herren verlangen, daß bei Arbeiten für auswärtige Unternehmer, die dem Unternehmerverband nicht angehören, 10 Proz. Zuschlag verlangt wird. Daß die Arbeiter, die den Vertrag nicht kündigen wollten, sich die Verschlechterungen nicht aufdrängen lassen, ist wohl klar. Sie stellen Gegenforderungen auf. Und zwar verlangen sie, wenn ein neuer Vertrag zum Abschluß kommt, eine allgemeine Lohnreduktion von 5 Pf. pro Stunde, die auf die nächsten drei Jahre verteilt werden soll. Die Unternehmer lehnen auch den Vorschlag der Holzarbeiter, dreijährige Vertragsdauer, ab. Sie wollen nur Abschluß bis 1910. Einzelne Verhandlungen sind gescheitert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es am 1. April zur Aussperrung kommt. In Betracht kommen 1800 Arbeiter, von denen 90 Proz. organisiert sind.

**Malerarbeitenstreik.** In der Malzfabrik von Gützmann in Heidenfeld-Würzburg sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter wollten die Arbeit solange aussetzen, bis die Differenzen durch eine persönliche Verhandlung mit dem Unternehmer geregelt seien. Die Unterredung wurde zugesagt, aber plötzlich erlöschten der Fabrikant in Begleitung eines Gendarmen und erklärte, binnen fünf Minuten hätten alle Arbeiter den Betrieb zu verlassen.

**Eingegangene Druckchriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die kommenden Landtagswahlen. — Ein neues China. — Von Vorous. — Preußen und der Zollverein. — Von Hermann Wendel. — Der Führer des Klassenkampfes vor Marx. — Von Th. Rothstein (London). (Fortsetzung.) — Die erste internationale Unternehmerrereinigung gegen die Arbeiter. — Von Emil Fischer. — Zum Thema „paixne Keitens“. — Von Karl Söthcher (Berlin). — Literarische Rundschau: R. B. Komoroff, Kitzschelinhalt. — Raber hinter russischen Sterkermauern. — Von N. N. Boltaire. — Von Ph. — Notizen: Nach in Russland. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint monatlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 6 des 18. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Karl Marx. — Die Frauenkandidaturen zu den Landtagswahlen in Böhmen. — Von Karl Rába. — Das Reichsvereinsgesetz in der Kommission. — Von H. B. — Dienstbotenverhältnisse und Hauswirtschaft in Amerika und Deutschland. — Schulart-berichte. VII. — Von Dr. Jabel. — Die weibliche Fabrikinspektion im Großherzogtum Sachsen-Weimar. — Von B. — Eine Parlamentarische Debatte über das Frauenwahlrecht. — Von d. r. — Ein neuer Führer zum Reform des Wahlsystems. — Von M. K. — In der Straflingshülle. — Von L. H. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Ein neuer Versuch zum alten Lied von Polizeiführern. — Müller Ebel f. — Politische Rundschau. — Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Von H. Fl. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Soziale Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbewegung. — Heuilleton: Den Toten des März. — Von Otto Seife. (Gedicht.) — Märkte. — Von Gottlieb Schnapper-Kruidt. (Fortsetzung.) — Zum 14. März 1908. — Von g. g. (Gedicht.)

Für unsere Kinder: See und Wasserfall. Von Nikolaus Lenau. (Gedicht.) — Vom „Neuen Bund“. — Rühliche Kinder spielen! Von A. R. — Der Bettler und sein Hund. Von Walbert v. Chamisso. (Gedicht.) — „Siehe da, es war sehr gut.“ Von Brand. — Die Sage vom Dirchgold. Von Wilhelm Hauff. — Die Eichenjaal. Von Karl Simrock. (Gedicht.) — Wesen und Sagen. Von K. D. — Der Dieb. Arabische Fabel. — In der Elektrischen. Von D. Scharrelmann. — Der kleine Hämelmann. Ein Kindermärchen. Von Theodor Storm. — Vom fingen Räuslein. Von Friedrich Gail. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Als Karl Marx-Nummer hat der „Wahre Jacob“ seine neueste Nummer herausgegeben. Dieselbe wird eingeleitet mit einem stimmungsvollen Gedicht Karl Marx. Zu seinem 3. Todestag. Die Beilage enthält in der Hauptsache eine größere Arbeit Eduard Bernstein „Karl Marx und sein Lebenswerk“. Beigegeben sind dieser Abhandlung außer dem Porträt Karl Marx' das Faksimile der letzten Seite des Marx'schen Entwurfs zum „Kommunistischen Manifest“, sowie eines Briefes von Friedrich Engels, der die Nachricht vom Tode Karl Marx' enthält. In einem besonderen Artikel veröffentlicht Wilhelm Bloch einen an ihn gerichteten und inhaltlich in verschiedener Beziehung sehr interessanten Brief Karl Marx'. Auch von diesem Brief ist der Faksimileabdruck beigegeben.

Nach dem weiteren Inhalt der Nummer erwähnen wir ein Porträt des verstorbenen Genossen Karl R. eist nebst einem kurzen Nachruf; ferner die beiden farbigen Bilder „Die Reichsfinanzreform mit Hindernissen“ und „Die Teilung Karollos“, sowie die Illustrationen „Der Reichsstatenmacher“, „Nahrungsmittelveredelung“, „Der Zufriedene“, „In Ostlands Volksschulen“, „Opferfreudig“ und „Liberaler Bürger!“ Aus dem textlichen Teil heben wir noch die Gedichte hervor „Zum 18. März“, „Schmittler“, „Der geknickte Stengel“, „Die Jesus-Buch-Kammer“ und „Ein altes Lied.“ Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die Kirche und die politischen Parteien. Von Dr. E. Horneser. 1 R. Verlag: B. Klinghardt in Leipzig.

„Der Arbeitsmarkt“, Nr. 6. Monatschrift der Zentralkasse für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow). Verlag von Georg Reimer, Berlin W. 35.

Der Menschenkenner. Nr. 1. Monatschrift. Herausgegeben von Dr. F. Dumitres und Magdalena Hum-Kingel. Verlag: Otto Wigand in Leipzig. Einzelpf. 60 Pf.

Deutscher Bilder. Von Dr. Käthe Schirmacher. In Leinwand gebunden 2 R. — Schwänke aus aller Welt. Herausgegeben von Dr. Oskar Döhnhardt. Gebunden 3 R. Verlag von G. C. Teubner in Leipzig.

Charon. Januar- und Februarheft. Monatschrift für moderne deutsche Lyrik. Vierteljahr 1,50 M. Charonverlag, Groß-Lichterfelde, Roonstr. 15.

Urschichte der Ehe. Von Ferd. Jhr. v. Heigenstein. 1 R., geb. 2 R. Franke'sche Verlagbuchhandlung in Stuttgart.

Was Natur und Geisteswelt. 175 Bd. Wie ein Buch entsteht? Von A. B. Unger. 1,25 R. Verlag G. C. Teubner in Leipzig.

Jahresbericht 1907 des Verbandes der Kupferschmiede, Jüliche Berlin. Verlag: Berlin, Gartenstr. 101.

Jahresbericht 1907 des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin. 72 Seiten. Verlag: Berlin, Charitestr. 3.

Wilhelm Fress's Begleiter: Was soll ich werden? Von Jörg Lang u. Liebentz. Verlag der Universitäts-Buchhandlung Georg Engelhardt, Leipzig, Querstr. 11. 1 R.

Diebermeyer-Wünsche. Herausgegeben von Prof. Dr. G. C. Pasarell. 50 Tafeln in Licht- und Farbendruck. Preis in Mappe 40 R. Verlag: J. Hoffmann in Stuttgart.

Unter Klostermauern von Franz Selbing. 503 Seiten. Verlag: R. Jacobsohn, Schöneberg, Bahnstr. 22.

Zeitschrift für Sexualwissenschaft. Nr. 2. Von Dr. Magnus Hirschfeld. Jährlich 12 Hefte. 8.— R. G. H. Wigands Verlag in Leipzig.

Die Regierung Englands von Sidney Low. Gebunden 6 R., geb. 7,50 R. Verlag: J. C. B. Mohr (P. Siebes) in Tübingen.

Geschäftsbericht der Deutschen Jüdelholzfabrikanten K.-G. 1906/07. Hundert Stimmen aus vier Jahrhunderten über den Jüdelorden von A. Scharf. 1. und 2. Band. Beide Bände 5 R. G. H. Wigands Verlag in Leipzig.

Unserem lieben Freunde und Genossen, dem Bezirksführer des 529a Bezirks 2345

**Albert Kürbis**  
nebst Braut

die herzlichste Gratulation zur heutigen Bermählung.

II. Abt. 6. Berliner Reichstags-Wahlkr.

Unserem Bezirksführer 23412

**Albert Kürbis**  
nebst Braut

die herzlichsten Glückwünsche zu dem heutigen Tage.

Die Genossen des Bezirks 529a.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises.**

Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130:

**Großer astronomischer Vortrag**

gehalten von Herrn Dr. Archenhold, Direktor der Sternwarte in Treptow.

Thema: **Wanderungen durch das Weltall.** Illustriert durch über 100 Lichtbilder.

Gültig zu den Vorträgen sind die Billettsnummern 29 501—34 500.

**Billetts sind bei den Bezirksführern und im Bureau zu haben.**

225/20\* **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Dachdecker.**

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, bei Kern, Weinstr. 11:

**Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Wahl der Mitglieder zum Gauvorstand.
3. Stellungnahme zum 1. Rai.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

**Der Vorstand.** 54/5

Statt jeder besonderen Meldung. Montag, den 16. März abends, einschließlich nach langen schweren Leiden im Alter von 63 Jahren unser erster Vorfahre, der Zigarrenfabrikant Herr

**Albert Köhler.**

Bei seinem kollegialischen Wesen sowie seinem aufopfernden Pflichtgefühl während seiner 34-jährigen Tätigkeit als Vorstandsmittglied, wird man ermahnen, weicht herben Verlust wie in dem Dahinscheidenden zu beklagen haben. Ehre seinem Andenken.

**Der Vorstand**

der Ortskrankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarrettenmacher usw. zu Berlin.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der St. Wolgatha-Gemeinde, Varusstraße, aus statt. 23394

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Geschäftsführer

**Reinhold Müller**

am 14. d. Mts. im Alter von 27 Jahren durch Unfall (Aufschlag eines Pferdes) gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Norddorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/3

**Die Verwaltung 2.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Berlin.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Am 12. und 20. April finden Urania-Vorstellungen statt.

Am 12. April: Eröffnung vormittags 10 Uhr, Vorstellung 11 Uhr. **Kairo und die Pyramiden.**

Am 20. April: Eröffnung nachmittags 4 Uhr, Vorstellung 5 Uhr. **Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.**

J. K.: Die Ortsverwaltung.

**Freie Jugendorganisation Deutschlands**

Ortsverein Berlin. Abt. I.

Sonntag, den 21. März, in den „Pharus-Sälen“ Mallerstr. 142 (Empire-Saal) Mallerstr. 142

**Großer Konzert- und Theater-Abend**

unter gütiger Mitwirkung

der **Pr.-Th.-Gesellschaft „Minerva I“** und des **Tambouragen-Klubs „Stahlblank“.**

Preis des Billetts 40 Pf. Preis des Billetts 40 Pf.

Um recht zahlreichen Besuch bittet 235/4

**Das Komitee.**

Dienstag, den 17. März, früh 3 Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegerwater, der Großdehllater 23332

**Fritz Schulz**

im 49. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

**Marie Schulz geb. George.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerbause Gräffeler Straße 21 aus auf dem Charité-Kirchhof, Müllerstraße 42/43, statt.

**Nachruf!**

Der am 16. März 1908 nach langem schweren Leiden verstorbenen Vorfahre unserer Kasse, der Zigarrenfabrikant Herr

**Albert Köhler**

war uns immer ein humaner und nachvollziehender Vorgesetzter. Wir werden ihn stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beamten der Ortskrankenkasse der Zigarren- u. Zigarrettenmacher usw. zu Berlin.

**Branche der Vergolder!**

Montag, den 23. März 1908, abends präzis 8 Uhr:

**Branchen-Versammlung**

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen G. Link über: „Arbeitslohn, Lebensmittelpreise, indirekte Steuern und müssen wir uns organisieren?“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In dieser Versammlung werden für die Rahmenbranche Fragebogen ausgegeben und können die Vertrauensleute dieselben dort in Empfang nehmen. Pflicht eines Jeden ist es, pünktlich zu erscheinen. 81/15\*

**Der Branchenleiter.**

**HERREN KNABEN KLEIDUNG**

**S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36**

**Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß uns unser innigst geliebter, unvergeßlicher Sohn

**Fritz**

im Alter von 3 1/2 Jahren durch den Würgengel Diphtheritis nach dreitägigem Krankenlager entlassen wurde.

Dies zehnet tiefbetrußt an Töpler Emil Hartzkeits und Frau, Hochmeisterstr. 6.

**Dankjagung.**

Für die Beweise herzlichster Teilnahme und vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter

**Emilie Waldt**

sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Kolleginnen der „Vorwärts“-Expedition Konbit, den Kleinen des Hauses Beuststr. 46, den Sangesbrüdern des Gesangsvereins „Liederlust II“, den Genossen des 600. Bezirks und meinen Kollegen der Firma H. H. Weber u. Co. meinen herzlichsten Dank. 7896

**Emil Waldt nebst Kindern.**

**Branche der Musikinstrumentenarbeiter.**

Montag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr:

**Branchen-Versammlung**

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers J. Kallisk über: „Truffs, Kartelle und Krife“.
2. Branchen- und Verbandangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Besuch erwartet

**Die Branchenkommission.**

**Urbin**

Bester Schuh-Putz

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Am 14. März verschied plötzlich infolge Verunfalls unser lieber Kollege, der Kutsher

**Reinhold Müller.**

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 7615

**Das Personal des Fahrwesens G. Vogel.**

Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Norddorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Touren**

zum Sonntag, den 22. März:

1. Abt. 1 1/2 Uhr: Hühnerwender (Remm). Start: Bälowsstr. 53.
2. Abt. 1 1/2 Uhr: Wannsee. Start: Fontane-Promenade.
3. Abt. früh 7 Uhr: Reite Wähle. 2 1/2 Uhr: Familien-tour Johannisthal (Zerfieben). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 8 Uhr: Königsmusterbauern. 1 1/2 Uhr: Wiershof (Wölffern). Start: Kührimer Platz.
5. Abt. 9 Uhr: Serrentour. 1 Uhr: Teltow. Start: Uhlmann.
6. Abt. 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt. 1 1/2 Uhr: Bienenwender (Paradiesgarten). Start: Grenzstraße 21.
8. Abt. 8 Uhr: Dranienburg. 2 Uhr: Tempelhof. Start: Gullienstr. 10.
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Friedrichshagen (Konrad). Start: Schillingstr. 22.

Die Versammlungen finden jetzt jeden 1. und 3. Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, bei **Wilde**, Schillingstraße 15/16, statt.

10. Abt. 1 1/2 Uhr: Gornsee. Start: Kasino-Theater. 11/2

**Achtung! Küchenmöbel-Branche. Achtung!**

Montag, den 23. März, abends 8 Uhr:

**Branchen-Versammlung**

für die in der Küchenmöbel-Branche beschäftigten Tischler, Maler und Maschinenarbeiter

Berlin und Vororte

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c

Wißt jedes in der Branche beschäftigten Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Anzeigebuchung wird in der Versammlung bekannt gegeben. 8. A.: Die Kommission.

**Beste Bettenfüllung**

sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen

**Monopoldaunen**

(geschl. gefüllt) Pfund Mt. 2,50. 2-4 Pfund gemischt 3 gr. Oberreit. Vert. geg. Radmatrasen. Verpackung frei.

**Gustav Lustig**

Berlin S. 399 Prinzenstr. 46

Gedichtes Bettfedern-Spezials geschäft Deutschlands.

**Baustelle**

290 Quadratrußen, Industriegebiet bei Teltow, Bauklasse O — drei Etagen — Gas, Wasserleitung, zum Preise von nur 20 M. pro Quadratruße zu verkaufen.

Anzahlung 2500 Mark, Rest mit 4 1/2 Proz. auf langjährige Hypothek. Offerten unter K 5 an die Expedition des „Vorwärts“.

**Billige Rohabake.**

**Hax Jacoby, Stralitzerstr. 52**

**Dankjagung.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

**Otto Liehr**

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Schwankopf und Bert Wüban, dem Gesangsverein „Neu-Genack“ und dem Wahlverein des 6. Kreises unseren innigsten Dank. 23432

**Wine Auguste Liehr** nebst Kindern.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptburcau: Hof I. Amt 3, 1230. Charitestr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 22. März 1908, vormittags 10 Uhr:

**Versammlung**

aller in der Emailierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus, Engel-ufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Petersdorff. 2. Diskussion. 3. Branchengangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet

**Die Ortsverwaltung.**

**Für Zigarrenhändler**

billigste Einkaufsquelle

von Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen.

**BERLIN NO. 18,** dicht am Alexanderplatz.

**Max Ziegenhals,** Kaibelstr. 20, Telefon: Amt VII, 3047.

Vom 18. März.

„Aufreizende“ Inschriften.

Der offiziöse Bericht über die Demonstrationen am 18. März sagt unter anderem, daß an etwa 60 Kränzen, die auf den Gräbern der Märzkämpfer niedergelegt worden sind, die Schleißen „wegen aufreizender Inschriften“ entfernt wurden. Um den Lesern zu zeigen, was nach polizeilicher Ansicht aufreizend ist, führen wir aus unserer Sammlung konfiszierter Kränzinnschriften noch nachträglich einige an.

Was Ihr gesät am Märzentage
Es feimt, es spricht, es blüht.
Ob's wohl noch lange dauern mag,
Bis' Volk zur Ernte zieht?
Run fliegt ein Kranz mit rotem Band
Auf Eures Grabes Mitte.
Doch eh' er auf den Hügel sank,
Da zichen schon die Wächter blanz
Der Fucht und frommen Sitte.

Was mag wohl an diesen Versen, die den freien Turnern der Schönhäuser Vorstadt konfisziert wurden, aufreizend sein? Vergebens wird man auch fragen, wieso es aufreizend sein kann, wenn Arbeiter der Firma Schwarzkopff in Reinickendorf folgende Inschrift wählten:

O, wenn wir fest zusammenstehn,
Wer will uns weigern unser Recht.
Empor, empor, Du neu Geschlecht,
Laß trotzig Deine Kammer wehn.
Ans Werk, ans Werk, dort liegt das Ziel.

Arbeiter der Firma Beller u. Schneebogel mußten der Zensur folgende Inschrift opfern:

Wir haben ertragen lange genug
Die schändenden Slavischen Bande,
Ihr täuscht uns nicht länger durch schänden Betrug,
Und füllt uns die Augen mit Sande.
Nicht länger mehr wollen wir Sklaven sein,
Ein Spielzeug in Euren Händen,
Wir wollen Menschen wie Ihr auch sein
Und unser Feind nun enden.

Eine Strophe von Herwegh, welche die Halzerabteilung des „Lokal-Anzeiger“ auf ihre Kränzschiße gesetzt hatte, wurde gleichfalls entfernt. Sie lautet:

Wenn alle Welt den Mut verlor,
Die Fehde zu beginnen,
Tritt du, mein Volk, den Völlern vor
Laß du dein Herzblut rinnen!
Gib uns den Mann, der das Panzier
Der neuen Zeit erfaßt,
Und durch Europa brechen wir
„Der Freiheit eine Waise!“

Arbeiter der Maschinenfabrik von C. G. B. Kappler mußten folgende Inschrift in den Händen der Polizei lassen:

Als nach den blutigen Kämpfen
Die Freiheit man Euch versprach,
Da kommt Ihr nicht ohne
Die bald man das Ehrenwort brach.
Wurdet Ihr auch niedergehoben,
Wir ruhen und raffen nicht,
Bis der Tyrannen Macht gebrochen,
Berichmetert am Boden liegt.

Ein Opfer der Zensur wurde auch die von Arbeitern der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik dargebrachte Widmung:

Wohl ruh'n sie stumm auf ihren Wällen,
So wird verstummen Euer Hohn,
Wenn aus den Gräbern der Rebellen
Empor wächst die Rebellion.
Weh Euch! Ein schwarzes Blut wird fließen,
Um diese lönniglich Saat,
Mit wildem Gem Töne zu begießen,
Wenn jener rote Fehbüßung naht.

Diese Worte mögen wohl einem Polizeigemüt fürchterlich erscheinen. Man weiß ja, daß jeder echte Burenkraut die bildliche Ausdrucksweise des Dichters ebenso wörtlich nimmt, wie den Inhalt amtlicher Akten. Aber was liegt wohl selbst unter dieser Voraussetzung Aufreizendes in den Worten:

Und ob zum Niederreiten auch die Bedrücker schre'n,
Es steht fest wie die Mauern das Volk in dichten Reih'n.

Diese Worte entfernte die Polizei von einem Kranze, den Arbeiter der Schraubenfabrik von Gelsiner gestiftet hatten. Sollte der Zensur das vielleicht für eine Aufforderung an das Volk, einer Attake reitender Schutzeute gegenüber festzustehen, gehalten und so eine Aufforderung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt herausgelesen haben?

Gegen den verbotenen Freisinn.

Anscheinend von einem der wenigen noch wirklich liberalen Männer wurde am Nachmittage des 18. März an den Gräbern der Freiheitskämpfer ein Kranz von gelben Immortellen niedergelegt, der auf schwarz-rot-goldenem Bande die Inschrift trug:

Sechzig Jahre sind verflossen
Seit Ihr Euer Blut vergossen.
Weh, Ihr Helden! Jetzt verraten
Durch des Freisinn's Jammerlaten.

Die polizeilich angeordneten Verkehrshörungen.

Obwohl die Polizei davon unterrichtet war, daß am 18. März keine Straßendemonstrationen stattfinden sollten, hatte sie sich für alle Fälle in der gleichen Weise gerüstet, wie am 12. Januar. So berichteten bürgerliche Blätter. Diese „Rüstungen“ der Polizei erstreckten sich namentlich auf die Umgebungen des Schlosses und die „Linden“. Besondere Abperrungsmassregeln wurden durchgeführt, um die „Linden“ möglichst von Menschen frei zu halten. Die durch die Dorotheenstraße führenden Straßenbahnlinien mußten gegen Abend den Verkehr einstellen. Die Straßenbahnwagen, welche die „Linden“ queren, durften an den dieser Straße benachbarten Haltestellen nicht halten. Um das Ein- und Aussteigen auf der gesperrten Strecke zu verhindern, wurde der Hintereingang der Wagen durch das Sperrgitter geschlossen. Später durften die Wagen die „Linden“ überhaupt nicht passieren. Die Omnibuslinien, welche die „Linden“ entlang führen, mußten einen anderen Weg nehmen. Droschken, welche die

Friedrichstraße entlang führen, durften nicht die „Linden“ freuen, auch für den Fuhrwerksverkehr an anderen Kreuzungspunkten der „Linden“ waren Einschränkungen angeordnet. Erst am späten Abend wurden die Abperrungen zum Teil aufgehoben und „Unter den Linden“ entstand nach und nach das gewöhnliche Bild des Verkehrs.

Polizeizeitaten.

Die Polizeizeitaten, über die wir gestern schon berichteten, können wir heute noch durch einige weitere Vorfälle ergänzen.

Als die Versammlung bei Ballschmieder in der Badstraße zu Ende war, ging eine größere Zahl der Versammlungsbesucher die Brunnenstraße entlang. An der Voltastraße stützten sich Schutzeute mit herabgelassenen Schuppenketten auf die ruhig ihres Weges gehenden Menschen, um sie zurückzutreiben. Der den Schutzeuten nicht schnell genug lief, bekam Stöße und Pässe, oft so derbe, daß Leute zu Boden fielen. Berittene sprengten auf den Bürgersteig und trieben die Menschen vor sich her.

Nach Schluß der Versammlung auf dem Bod bewegte sich eine Anzahl der Versammlungsteilnehmer durch die Westendstraße nach dem Halleischen Tor. Hier war eine starke Polizeimacht postiert. Den Ankommenden wurde der Eintritt in die Friedrichstraße verweigert. Es gelang jedoch den meisten Teilnehmern des Zuges, trotz der Abperrung die Friedrichstraße zu erreichen. Ein Hoch auf das freie Wahlrecht wurde ausgebracht, die Arbeitermarzschiffe erkundete, und weiter zogen die Massen auf den Bürgersteigen der Friedrichstraße. Sie kamen durch die Jägerstraße bis zur Reichsbank. Hier wurden sie von der Polizei in die Kurstraße und die engen Nebenstraßen gedrängt und nun hielt es die Polizei für nötig, „einzuschreiten“. Ein Polizeioffizier zu Pferde gab einen Befehl. Von verschiedenen Seiten drängten Schutzeute auf die Massen ein — es mögen gegen 1000 Personen gewesen sein — und teilten Stöße und Pässe aus. Ohne Wahl fielen Schutzmännchen auf jeden, den sie erreichen konnten. So wurde die Masse zerteilt, die Polizei behauptete „siegreich“ das Feld.

Einer Anzahl von etwa 1000 Personen war es gelungen, gegen 6 Uhr trotz der Abperrungen bis zum Lustgarten zu kommen. Aus dem Schlosse kamen etwa 50 Schutzeute und trieben die Menge nach der Friedrichstraße. Niemand setzte der Polizei Widerstand entgegen und doch hieben die Schutzeute von hinten mit Häuften auf die Leute ein. Die so Mißhandelten rannten davon, die Schutzeute hinterher, Faustschläge austeilend, wenn sie einen der Fliehenden erreicht hatten. Viele der letzteren stützten zu Boden. Es war eine wilde Jagd. Ein Mann in Zivil, jedenfalls ein Kriminalbeamter, hieb mit einem Stock auf die Fliehenden und zwar mit solcher Wucht, daß der Stock zerbrach.

Der Radfahrer, welcher bei der Schieberei in der Landsberger Allee eine Rolle spielte, soll laut Polizeibericht im „Verl. Tagebl.“ ein Schutzmännchen gewesen sein. Dieser soll aber nicht geschossen haben, sondern der Schuß soll aus der Menge gefallen sein und dann soll der Schutzmännchen, als einer der vermeintlichen Schützen arretieren wollte, von der Menge angegriffen worden sein. — Es scheint, daß diese Schieberei ebenfalls aufgeklärt werden wird, wie die am 12. Januar an der Gertraudenbrücke. — Nach den Angaben, welche aus den Augenzeugen gemacht worden sind, hat der Radfahrer geschossen, der übrigens Zivilkleidung trug und, falls er ein Schutzmännchen sein sollte, jedenfalls nicht als solcher zu erkennen war. Sonderbar ist jedenfalls, daß die Polizei, die mit fabelhafter Sicherheit betunden kann, wer unter Tausenden Hoch! gerufen hat, bisher noch keinen der Schützen ermittelt, die bei den letzten Demonstrationen hier Aufregung verursachten. Bemerkenswert ist weiter, daß die Postanten den Schützen vom Mittwochabend festhalten wollten, dieser aber von Polizeibeamten entführt wurde, und man doch nicht angeben kann, wer er ist. Es handelt sich um einen Mann in Zivilkleidung, der der Masse entgegengefahren kam. Kurz vor der Menge angekommen, gab er vom Rade aus einen Schuß ab. Man versuchte, ihn festzustellen. Da rückte die Polizei vor, entriß den Mann den Leuten und half ihm samt seinem Rade eine Gasse (Linie 101) zu besteigen. Andere, die denselben Wagen besteigen wollten, um den Gelben doch noch festzustellen, wurden daran gehindert. Ob die Polizei die Schieberei beobachtet hat, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls entkam der geheimnisvolle Schütze!

Eine Wahlrechtsdemonstration in Veelitz.

Die Patienten der Lungenheilstätte Veelitz haben sehr bedauert, nicht an den Kundgebungen ihrer Parteigenossen in Berlin teilnehmen zu können. Sie haben deshalb, so gut es im Rahmen der Anstaltsordnung ging, ihre eigene Demonstration veranstaltet. Der gemeinsame Spaziergang in der Pause gestaltete sich zu einem kleinen Demonstrationszuge. Arbeiterlieder wurden gesungen, Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht und das gestern von uns mitgeteilte Telegramm an die Versammlung in der Koppenstraße abgelesen.

Nachstehend registrieren wir noch einige Versammlungsberichte, die bei Schluß der gestrigen Nummer noch nicht vorlagen.

In Tegel hatten sich an 1800 Personen eingefunden. In fürchterlicher Enge lauschten die Versammelten den Ausführungen des Genossen Döbke-Schöneberg, der in markigen Worten die Feier des Tages würdigte.

In Groß-Lichterfelde sprach vor gut besuchter Versammlung Genosse Wermuth. Redner schloß unter spannender Aufmerksamkeit der Versammelten seinen Vortrag mit der letzten Strophe des freisinnigen Gedichts: „Trotz alledem“: „Trotz alledem, verbietet Ihr, seid Hasser nur trotz alledem. Wir sind das Volk! Die Menschheit wir! Sind einzig drum Trotz alledem“ usw. Hierauf richtete Genosse Wenzel noch anfeuernde Worte an die Versammelten, im bevorstehenden Stichwahlkampf in der dritten Klasse zur Gemeindevertretung, wie auch in dem kommenden Landtagswahlkampf ihre Schuldigkeit zu tun. Der Resolution stimmten die Versammelten begeistert zustimmend zu.

Auch die Königs-Wasserhausener und Wildauer Arbeiterschaft hat den Geist der Zeit begriffen. Den Beweis hierfür lieferte sie, indem sie trotz des unfreundlichen und regnerischen Wetters das Versammlungslokal überfüllte. Ueber 700 Personen, darunter ein großer Teil Frauen, waren zu der im Alten Schützenhause einberufenen Versammlung erschienen, um den Ausführungen des Genossen Wilhelm Ritschke-Verlin zu folgen. Zum Schluß belohnten die Versammelten die Ausführungen des Referenten mit stürmischem Beifall.

In Strausberg war die Versammlung von 200 Personen besucht. Genosse Jakobson hielt das Referat, das von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen wurde. Für polizeilichen Schutz war genügend gesorgt, doch bedurfte niemand von den Versammlungsteilnehmern desselben.

Nieder-Schönweide und Johannisthal hatten sich zu einer gut besuchten Protestversammlung im Lokal „Hasselwerder“ eingefunden; das vom Genossen Franke-Rixdorf gehaltene Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Erker. Die Versammlung war von circa 250 Personen besucht. Das Referat des Genossen Wächner wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Trebbin. 800 Männer und Frauen lauschten den Ausführungen des Genossen Lurto-Rixdorf.

Potsdam. Hier referierte Genosse Pagels-Rixdorf vor 650 Personen. Die vereinigten Arbeitergesangsvereine leiteten die Versammlung ein. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Märzemonstrationen in den Provinzen.

Wir verzeichnen noch folgende Kundgebungen:

- Frankfurt a. O.: 1000 Teilnehmer.
Stendal: 400 Demonstranten.
Belten: 500 Personen.
Prenzlau: 300 Frauen und Männer.
Rauen: 250 Besucher.
Pöten: 800 Teilnehmer.
Schönebeck a. d. Elbe: 1200 Demonstranten.
Thale a. Harz: 300 Besucher.
Galle a. S.: 300 Teilnehmer.
Schiffbeck (Schleswig-Holstein): 800 Demonstranten.
Niedorf (Schleswig-Holstein): 300 Teilnehmer.
Essen: Zwei Massenversammlungen, von mehreren tausend Demonstranten besucht.
Duisburg: Ueberfüllte polizeilich abgesperrte Massenversammlung.
Mülheim a. Ruhr: Desgleichen.
Bruchhausen: Desgleichen.
Saar (Rheinland): 400 Teilnehmer.
Dagen (Westf.): Vier von 2150 Besuchern überfüllte, polizeilich abgesperrte Versammlungen.

Außerdem sind noch gutbesuchte Kundgebungen zu verzeichnen in Stargard (Pommern), Lissa (Polen), Oberlangenbielau, Langenbielau, Reichensbach, Peterswaldau (Schlesien), Weiskam, Driesen, Marwitz (Brandenburg), Lejum (Hannover), Kellinghusen, Heide, Jüsum, Marne, Sande, Braunsfeld, Reilstedt, Oldesloe, Reinbeck, Lauenburg, Wölln (Schleswig-Holstein), in 13 Orten des s. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, in Gardelegen, Nischersleben, Duedlingburg, Stahfurt (Sachsen), Rilspe, Zerlöhn (Weiskam), Mülheim a. Rh., Ruppersteg, Radevormwald (Rheinland).

Straßendemonstrationen

in größerem Umfange gab es in Frankfurt a. M. Darüber wird uns berichtet:

In der Holzindustrie war den Arbeitern eine fünfstündige Ausperrung angedroht worden, falls sie feiern würden; trotzdem beteiligten sich die Holzarbeiter zum größten Teil an den Versammlungen. In der Metallindustrie hatten die größten Werke die Freigabe des Nachmittags verweigert, verschiedene mittlere und kleinere Betriebe mit circa 2000 Arbeitern hatten dagegen freigegeben, ebenso sämtliche Brauereien mit circa 1200 Arbeitern von 8 Uhr ab. Auch in Schuhfabriken ist das Feiern verschiedentlich mit Ausperrung bedroht worden, was auch hier viele Arbeiter nicht vom Besuch der Versammlungen abgehalten hat. Die Schneider hatten beschlossen, in Massen die Versammlungen zu besuchen. Der Arbeitgeberverband für das Bauergewerbe hatte den Versammlungsbesuch mit Entlassung bedroht, was die Zimmerer damit parierten, daß sie zu einer ihnen vertraglich gewährtesten Nachmittagsversammlung aufzuerstehen, die Buchdruckereien hatten meistens von 3 Uhr ab freigegeben. Die Parteileitung hatte zunächst sechs, dann acht Versammlungen angelehrt, und zwar auf 4 Uhr nachmittags. Alle Lokale waren total überfüllt, Hunderte mußten überall umkehren. In 10000 Personen füllten die Versammlungen. Nach Schluß derselben kam es zu spontanen Straßendemonstrationen. Als die großen Werke der Metallindustrie im Westend um 6 Uhr Feierabend machten, trafen die hinausströmenden Massen mit den zurückkehrenden Teilnehmern der Westendversammlung zusammen. In kompakter Masse von sechs bis sieben tausend Personen, die ganze Straßbreite füllend, wälzte sich unter dem Gesang der Marxschiffe und Hochrufen auf das Wahlrecht, die Menge durch die Rainzer Landstraße zum Hauptbahnhof und über den Hauptstrahenzug Kaiser-Strasse-Zeil in die innere Stadt. Die Polizei war zunächst völlig rat- und machtlos, erst auf der Zail teilte sie durch Abperrung den Zug, dessen vorderer Teil die Zail entlang zum Gewerkschaftshaus weiter zog, während der in die innere Altstadt abgedrängte hintere Teil des Zuges teils auf den Bouleplatz vor das Rathaus und die Paulskirche, teils vor die Wohnungen des Oberbürgermeisters und des Kommandanten der Frankfurter Garnison zog und Hochrufe auf das Wahlrecht ausbrachte. Auch die Teilnehmer der Versammlung in Sachsenhausen zogen über den Main in die Altstadt zum Gewerkschaftshaus. Noch bis 9 Uhr abends durchzogen größere Trupps die Straßen der Altstadt. Die Polizei war zwar sehr stark vertreten, verhielt sich jedoch im allgemeinen besonnen. Das Militär stand gleichfalls in der Kaserne zum Ausrücken bereit. Ernstere Zusammenstöße haben nirgends stattgefunden; ohne einige Verhaftungen ist es allerdings nicht abgegangen.

Ausperrungen

werden gemeldet:

Frankfurt a. M., 19. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) 140 Holzarbeiter und 60 Schuhmacher wurden ausgeperrt wegen Teilnahme an der Wahlrechtsdemonstration.

Darmen, 15. März. Die Spigenfabrik Pfeledecker u. Burm sperrte heute 150 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen ihrer Teilnahme an den gestrigen Nachmittagsversammlungen aus.

Witterungsübersicht vom 19. März 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Witterungsprognose für Freitag, den 20. März 1908.

Ein wenig wärmer, teilweise anflarend, vorwiegend trübe mit Niederlagen und mäßigen südlichen Winden.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 20. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.  
Königl. Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. Der Schrittmacher. Deutsches. Was ihr wollt. Kammerstücke. Frühlings Erwachen.  
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.  
Neues Schauspielhaus. Al-Geibelberg.

Anfang 8 Uhr.  
Leffing. John Gabriel Borkman. Neues. Wehner Porzellan. Vorabend. Figaros Hochzeit. Berliner. Hölzer-Gebirg. Lustspielhaus. Panne.  
Schiller O. (Schiller-Theater.) Der Weg zum Herzen.  
Schiller Charlottenburg. Kaiser und Galiläer.  
Theater an der Spree. Unter Spitzhütten.  
Königliche Oper. Tiefland. Kleines. 3 x 2 = 5.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen.

Hebbel. Maria Magdalena. Wehen. Ein Walzertraum. Hebbel. Der Floh im Ohr. Zentral. Ein seltsamer Fall. Vulkan. Robinsons Eiland. Thalia. Der Besessene. Trianon. Baron Loto. Bernhard Knie. Onkel Toms Hütte. Metros. Das muß man seh'n. Kivoko. Wilhelm der Rodebe. Spezialitäten.  
Goliath Caprice. Menschen. 3 3/4. Mal was anders.  
Gebr. Herrnsfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil. Bürgerl. Schauspielhaus. Die Aime-Deje.

Kaffee. Ein Dorfcoman. Parodie. Die Habensteinerin oder: Ein Walzertraum. Nachspiel. Rosenmontag.  
Wintergarten. Spezialitäten. Ringkampf-Konkurrenz.  
Vollager. Madame Danako. Spezialitäten.  
Reichshallen. Steffiner Sänger. Gustav Behrens. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Goliath Bergère. Spezialitäten. Valok. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.

Urania. Tanzenträge 18/19. Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
Sternwarte. Anhalterstr. 57/52.  
**Berliner Theater.**  
Tägl. 8 Uhr: Gastspiel Hansi Niesl: Die Förster-Christl.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Weißner Porzellan.**  
Morgen und folgende Tage: Weißner Porzellan.

**Kleines Theater.**  
Freitag, den 20. März:  
2 mal 2 = 5.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag 3 Uhr: Wandtagola.  
Sonntag 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Halbe Weite: Die lustige Witwe.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Lokomotivführer Claussen.**  
Sonabend zum 1. Male: Die Karbau und die Bogensch. Schauspiel in 5 Akten von Delle v. Alencron.

**Lortzing-Oper.**  
Belle-Alliance-Straße 7/8.  
Anfang 8 Uhr.  
**Figaros Hochzeit.**  
Sonabend 8 Uhr: Fra Diavolo.  
Sonntag 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. 8 Uhr: Fra Diavolo.  
Montag: Unbekannt.  
**Neues Operetten-Theater**  
Unter Welt. des Komp. Franz Lehár.  
Zum ersten Male:  
Der Mann mit den drei Frauen.  
Morgen u. folg. Tage dieselbe Vorstell.  
**Hebbel-Theater.** Königsgrüner  
Abends 8 Uhr: Maria Magdalena.  
Ein bürgerliches Trauerspiel in drei Akten von Friedrich Hebbel.

**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 34.  
Gastspiel des Hrn. Magnus Stift:  
**Robinsons Eiland.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend 4 Uhr: Sirenetten. —  
Abends: Unter Doktor.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zum letzten Male: Des Wäldchens Lebenswege.  
Abends zum ersten Male: Der Herr von Rischfeld.  
Montag: Die Spree-Nidener.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Theater abends 8 Uhr:  
**Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.**  
**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Robert Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Floh im Ohr.**  
Schwan in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacob. Sonntag, den 22. März, 3 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzeihen?  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**  
**Zentral-Theater.**  
Alte Jakobstraße 30.  
Zum 117. Male:  
**Ein seltsamer Fall**  
mit Alwin Neuß.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
**Theater an der Spree.**  
Röpenicker Straße 68.  
Heute 8 Uhr:  
**Unter Spiritisten.**  
Schwan in 3 Akten von Rud. Lehmann.  
Sonabend:  
Premiere: Ein Verbrecher.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Kanalarstr. 132  
**Onkel Toms Hütte.**  
Anfang 8 Uhr. Rosenmontagspreis.  
Sonabend: Onkel Toms Hütte.  
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Robinson Crusoe.

**WINTERGARTEN**  
Genaro u. Theol. Equilibrist.  
Der Biograph. — Die vier Bracks, Akrobaten. — Hanis de Vert, Sängerin. — De Dio, Phantasietänzerin. — Truly Shattuck, Sängerin. — Marguis Dussle, dressierte Ponya. Die Tiller Girls, Tanztruppe. Paul Jülich, Humorist.  
**Gr. Ringkampf-Konkurrenz**  
Siegessprämie  
**10000 Mark.**  
Beginn der Endkämpfe  
Heute ringen:  
Jakob Koch, Weltmeister, Deutschland gegen  
Ahmed Madrali, Champ. d. Türkei.  
Gambier II, Belgien, gegen  
Michael Hitzler, Bayern.  
Iwan Padoubny, Weltmeister, Rußland, gegen  
Max Schneider, Berlin.

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das große März-Programm.  
**Die heiligen Chinesen**  
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.  
Ein Tag in der Opiumhöhle.  
Kofka — der Mann mit dem drehbaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.  
Tunnel: Bockbierfest, Reg.-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.  
Theaterbesucher freier Eintritt.

**Sanssouci.** Kottbuser  
Str. 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und Donnerstag:  
Hoffmanns Norddeutscher Sänger und Tanzkränzchen  
Beg. Sonnt. 5, montent. 8 1/2.

**Metropol-Theater**  
Das muß man seh'n!!  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schulta.  
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:  
Neuestes! Allerneuestes!

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Sonntag, den 22. März, 7 1/2 Uhr:  
Rosenmontag.  
Offizierstragödie in 5 Akten v. Carl Lieben  
Montag, den 23. März, abds. 8 Uhr:  
Lezte Volksvorst. zu halben Preisen:  
Flachsmann als Erzieher.

**Zipkus Schumann**  
Freitag 7 1/2 Uhr abends:  
Gr. kom. Vorstellung.  
Zum 3. Mal! Neuenpagert!  
**Der menschl. Chimpanse.**  
Konrad Peter,  
das größte Naturwunder der Gegenwart.  
Die große sensationelle Aufstimmungspantomime  
**Amerika**  
mit eigens da- 120 schwarzen zu engagierten Leuten.  
Das Programm besteht aus 12 erstklassigen Nummern.

**Zipkus Schumann**  
Freitag 7 1/2 Uhr abends:  
Gr. kom. Vorstellung.  
Zum 3. Mal! Neuenpagert!  
**Der menschl. Chimpanse.**  
Konrad Peter,  
das größte Naturwunder der Gegenwart.  
Die große sensationelle Aufstimmungspantomime  
**Amerika**  
mit eigens da- 120 schwarzen zu engagierten Leuten.  
Das Programm besteht aus 12 erstklassigen Nummern.

**Zipkus Schumann**  
Freitag 7 1/2 Uhr abends:  
Gr. kom. Vorstellung.  
Zum 3. Mal! Neuenpagert!  
**Der menschl. Chimpanse.**  
Konrad Peter,  
das größte Naturwunder der Gegenwart.  
Die große sensationelle Aufstimmungspantomime  
**Amerika**  
mit eigens da- 120 schwarzen zu engagierten Leuten.  
Das Programm besteht aus 12 erstklassigen Nummern.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Herzen.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf Bieringer.  
Sonabend, abends 8 1/2 Uhr:  
**Auf der Sonnenseite.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Kaiserjäger.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Herzen.**

**Schiller-Saal (Schiller-Theater)**  
Charlottenburg  
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. James Simon: Anton Rubenstein.

**Deutsche Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich  
**Deutsch-Amerikanischer Urbach-Trubel.**

**Zirkus Busch**  
Schluß der Saison am 2. April.  
Freitag, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Königlicher Gala-Abend.  
Größe sensationelle Neuheit!  
**!!Mons. Gadin!!**  
m. sein Kopfprung aus d. 6. Etage.  
Die austral. Hölzer. Szenen a dem austral. Busch. Herr Kommissionsrat Gustav Stensbeck, Direktor des Berl. Lotteriefall. a. West.  
**Jokoda-Truppe!**  
Original-Japaner, 12 Personen.  
Um 10 Uhr: **Auf der Kallig!**  
Große Kunst-Vant. in 4 Bildern.  
Sonntag: 2 große Vorstellungen.

**Apollo Theater**  
Die unerreichlichen Attraktionen.  
U. a.: Josef Modl, Humorist. Paul Spadoni in sein. Revue. The black Diamonds. Die vier Athletas (Olympische Spiele).  
**Mitislav der Moderne**  
von F. Lehár.  
Amaranth. . . . . Hia Werber.

**Gebr. Herrnsfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorvorl. 11—12 Uhr.  
**Jedes Wort ein Schlager!**  
So lautet das Referat über  
**Salomonisches Urteil.**  
Nachspiel zu  
**Papa und Genossen**  
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Sonntag 3 Uhr:  
Es lebe das Nachleben.

**Kasino-Theater.**  
Lehringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
**Ein Dorf-Roman.**  
Schausp. i. 4 Akten v. Erdmann-Gebhard.  
Vorher der durchweg erstklassige Lunte Teil.  
Sonntag 4 Uhr:  
Die Freuden der Händelscheit.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 21. 8 1/2 Uhr.  
**Ringkampf!!!**  
Preis: 10000 M.  
**2 Entscheidungskämpfe 2**  
Pohl-Abt II, Deutschland, gegen Daumas, Frankreich.  
Ritzler, Württemberg, gegen De Wolff, Belgien.  
Bermer:  
Sau, Wersfeld, gegen Stronge, Berlin.  
Anfang 8 Uhr.  
Beginn der Ringkämpfe: 9 Uhr.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Koso.  
Freitag, den 20. März:  
**Kyrix-Byrix.**  
Vollst. mit Ges. in 3 Akten (5 Bildern) von H. Wilke u. D. Rühlmann.  
Emil Thälde. . . . . Käthe Bach.  
Sufame. . . . . Emma Behrens-Carlson.  
Vollst. vorderer v. 10—12 Uhr.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Montag, 13. April: Benefiz für Tina u. Karl Roeder: Unschuldigt verurteilt.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Spandauerstr. 16.  
**Vor dem Staatsanwalt.**  
Schausp. in 4 Akten.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonabend: Extra-Vorstellung:  
**Treue Liebe.**  
In Vorbereitung: Der Nischling.

**Passage-Theater.**  
Abends 8—11 Uhr.  
**Hanako**  
Japans größte Tragödie mit ihrem Ensemble  
**und das glänzende März-Programm.**

**Passage-Panoptikum.**  
Deutschlands größter Soldat  
Josef Schippers der lange Karl.  
Kunsttaucher  
Kapt. Gröbl m. z. Niesenbass. Sicilian. Brignone-Kapelle.  
Ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Trianon-Theater.**  
8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josetta — meine Frau.

**Reichshallen-Theater.**  
Steffiner Sänger.  
Zum Schluß:  
Gularen-Sitzreihe.  
Anf. montent. 8. Sonnt. 7 1/2.  
Reichshallen-Restaurant: Militär-Konzert.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W., Goltzstr. 9.  
**Gr. Damen-Ringkampf**  
Preisgekrönte Ringkämpferinnen.  
Neu! Richter als Walzerkönig.  
Vollst. in 1 Akt.  
16 Spezialitäten. Dußel-Vitograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz  
im Theateraal täglich  
**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Passage-Panoptikum.**  
Deutschlands größter Soldat  
Josef Schippers der lange Karl.  
Kunsttaucher  
Kapt. Gröbl m. z. Niesenbass. Sicilian. Brignone-Kapelle.  
Ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Trianon-Theater.**  
8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josetta — meine Frau.

**Reichshallen-Theater.**  
Steffiner Sänger.  
Zum Schluß:  
Gularen-Sitzreihe.  
Anf. montent. 8. Sonnt. 7 1/2.  
Reichshallen-Restaurant: Militär-Konzert.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W., Goltzstr. 9.  
**Gr. Damen-Ringkampf**  
Preisgekrönte Ringkämpferinnen.  
Neu! Richter als Walzerkönig.  
Vollst. in 1 Akt.  
16 Spezialitäten. Dußel-Vitograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz  
im Theateraal täglich  
**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Passage-Panoptikum.**  
Deutschlands größter Soldat  
Josef Schippers der lange Karl.  
Kunsttaucher  
Kapt. Gröbl m. z. Niesenbass. Sicilian. Brignone-Kapelle.  
Ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Trianon-Theater.**  
8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josetta — meine Frau.

**Reichshallen-Theater.**  
Steffiner Sänger.  
Zum Schluß:  
Gularen-Sitzreihe.  
Anf. montent. 8. Sonnt. 7 1/2.  
Reichshallen-Restaurant: Militär-Konzert.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W., Goltzstr. 9.  
**Gr. Damen-Ringkampf**  
Preisgekrönte Ringkämpferinnen.  
Neu! Richter als Walzerkönig.  
Vollst. in 1 Akt.  
16 Spezialitäten. Dußel-Vitograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz  
im Theateraal täglich  
**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

**Albert Böhme**  
und das großartige März-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seider, Feysmarst, Götsch, Neumann, Offeney, Müttich.

# Fragen aus dem Einkommensteuergesetz.

Bei der diesjährigen Steuererschätzung tritt der neue § 23 des Einkommensteuergesetzes zum ersten Male in volle Wirksamkeit. Danach haben bekanntlich die Hausbesitzer die Verpflichtung, den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte der Arbeiter, Dienstboten und Gemeindediener, die als Mieter bei ihnen wohnen, anzugeben. Ferner müssen auf Erfordern Arbeitgeber den Arbeitsverdienst der von ihnen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Arbeiter, sofern deren Einkommen jährlich 3000 M. nicht übersteigt, der Steuerbehörde mitteilen.

Der Steuerzettel weist deshalb für die minder begüterte Bevölkerung außerordentlich hohe Einschätzungen auf. Es mögen nachstehend einige der wichtigsten Fragen aus dem Einkommensteuergesetz zusammenfassend beantwortet werden.

### Wonach wird das Einkommen bemessen?

Das Einkommen wird, soweit Arbeiter in Betracht kommen, nicht mehr nach dem dreijährigen Durchschnitt, sondern nach den Ergebnissen des dem Steuerjahre unmittelbar vorhergehenden Kalenderjahres (also jetzt das Jahr 1907) bemessen. Für das Einkommen aus Handel, Gewerbe, Bergbau und aus Land- und Forstwirtschaft wird auch jetzt das Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt bemessen, sofern der Steuerpflichtige in geordneter Weise Bücher führt.

Von der Besteuerung ausgeschlossen sind (wie geben hier die eventuell für Arbeiter in Betracht kommenden Vorschriften):

1. Das Militäreinkommen der Personen des Unteroffizier- und Gemeinenstandes;
2. die auf Grund gesetzlicher Vorschriften den Kriegs- oder Friedensinvaliden gewährten Pensionserhöhungen und Vermögenszulagen;
3. die mit dem Militärdienstkreuz 1. Klasse und mit dem Militärdienstkreuz verbundenen Zulagen von monatlich 3 Mark bis 9 Mark sowie die Ehrenzulagen für Inhaber des Eisernen Kreuzes;
4. die aus einer Krankenversicherung dem Versicherten zufließenden Leistungen.

Als steuerpflichtiges Einkommen rechnet das Gesetz alle Einkünfte in Geld oder Geldwert aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Pachtungen, Mieten (einschließlich des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause), Handel und Gewerbe sowie aus gewinnbringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Leistungen und Vorteile irgendwelcher Art.

Danach gehört nicht zum steuerpflichtigen Einkommen: ein Gewinn aus Werten, Lotterien, Spiel, Wetten, ebensowenig eine Gewerkschaftsunterstützung. Wohl aber rechnen leider die Invaliden- und Altersrenten zum steuerpflichtigen Einkommen.

Das Einkommen der Haushaltungsangehörigen ist dem des Haushaltungsvorstandes zuzurechnen.

### Welche Abzüge sind zulässig?

Den Kapitalisten sind durch die Einkommensteuernote eine Reihe Abzüge bei Berechnung ihres Einkommens gestattet, denen ähnliche Abzüge der Arbeiterklasse gegenüber nicht zur Seite stehen. Die wichtigsten dieser neuen gesetzlichen Steuerprivilegien zugunsten des Großkapitals und des Großgrundbesitzes sind folgende: Es sind künftig abzugsfähig:

1. Die Beiträge zu öffentlichen Be- und Entwässerungsverbänden sowie zur Unterhaltung von solchen Wasserläufen, für welche besondere Gesetze zur Verhütung von Hochwassergefahren erlassen worden sind;
2. die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Bergbau zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Bis zur gleichen Höhe werden in den Gutsbezirken die realen Kommunalsteuern und die neben ihnen bestehenden Gutslasten als abzugsfähige Werbungskosten angesehen: Die Gutslasten kommen dabei mit 30 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auch dann in Abzug, wenn die Gutslasten erheblich niedriger sind;
3. die Beiträge zu den Berufskammern, z. B. die an eine Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, Bergbau-, Anwalts-, Apothekerkammer zu zahlenden Beiträge (nicht aber die an Gewerkschaften oder Arbeitervereine zu entrichtenden Beiträge);
4. die auf Kirchenpatronats-Verpflichtungen beruhenden dauernden Lasten;
5. die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beträge, soweit sie 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen;
6. für die Besitzer von Waldstücken, welche nicht nach einem forstwirtschaftlichen Plane bewirtschaftet werden, trifft § 12 des Einkommensteuergesetzes das neue Privilegium, daß die Ergebnisse von Abtrieben aus diesen Waldstücken als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzurechnen sind, wenn und soweit dieselben sich in einem Jahre auf mehr als den zehnten Teil des Wertes des vorhandenen Holzes erstrecken.

Neben diesen insbesondere dem Großgrundbesitzer zugute kommenden neuen Geschenken ist die Zulässigkeit der bereits früher für zulässig erklärten Abzüge aufrechterhalten. Dahin gehören zum Beispiel die Deichlasten, die indirekt zu den Geschäftskosten zu rechnenden Ausgaben, die regelmäßigen jährlichen Abschreibungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen und des sonstigen Inventars.

Technische Abzüge zugunsten des Arbeiters bestehen nicht. Dem Arbeiter sind nach wie vor Abzüge für die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft gemachten Aufwendungen nicht gestattet; er kann weder für Lebensunterhalt, noch für Bekleidung, noch für Miete Abzüge machen. Für die Abzüge, die er vom Einkommen machen darf, gelten nur folgende allgemeine Bestimmungen.

- Es sind abzugsfähig:
1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldzinsen;
2. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatverträgen (z. B. Vertrag, Verschreibung, leibwilliger Verfügung) beruhen;
3. die von den Steuerpflichtigen für seine Person gesetzlich oder vertraglich zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit diese Beiträge zusammen die Höhe von 600 Mark nicht übersteigen;
4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbstständig zu veranlagenden Haushaltungsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit die Prämien den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen.

In Betracht kommt für den Arbeiter noch folgende durch die Novelle erweiterte Vorschrift des § 19 zugunsten solcher Steuerzahler, welche Kinder oder Angehörige zu unterhalten haben:

„Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt, so wird ihm von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes derartige Familienmitglied der Betrag von 50 Mark in Abzug gebracht mit der Maßgabe, daß in jedem Falle eine Ermäßigung stattfindet um eine der im § 17 vorgeschriebenen Steuerstufen bei

dem Vorhandensein von drei oder vier, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von fünf oder mehr derartigen Familienmitgliedern.

Bei Einkommen von mehr als 3000 Mark, aber nicht mehr als 6500 Mark, wird der im § 17 vorgeschriebene Steuerfuß ermäßigt um eine Stufe, wenn der Steuerpflichtige drei oder vier, um zwei Stufen, wenn der Steuerpflichtige fünf oder mehr Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt.

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl (Absatz 1 und 2) werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als die Hälfte des üblichen Tagelohnes nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben.

Ist nach Absatz 1 Ermäßigung unter den Steuerfuß von 6 Mark begründet, so tritt Befreiung von der Staatssteuer ein.“

Für einen Arbeiter, der ein kleines Anwesen mit amortisierbarer Hypothek besitzt, ist noch von Erheblichkeit, daß ferner abzugsfähig sind:

Die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beträge, insoweit dieselben 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.

### Welche Rechtsmittel stehen dem Veranlagten zu?

Seit dem Jahre 1907 ist den Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark der Rechtsweg gegen ungerechte Veranlagungen erheblich beschnitten. Es steht ihnen nur der Einspruch an die Veranlagungskommission und die Berufung an die Berufungskommission zu: Die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht ist also dem Mittelstand und dem Arbeiterstand genommen. Nur den mit Einkommen über 3000 Mark Veranlagten steht der Weg an das von der arbeitenden Bevölkerung mit bezahlte Oberverwaltungsgericht noch offen.

### Einspruch.

Der Einspruch ist an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. Er ist innerhalb 28 Tagen einzulegen und hat etwa wie folgt zu lauten:

Gegen die Steuerveranlagung vom 14. März (Mtenzeichen Nr. 1403) lege ich Einspruch ein und beantrage Herabsetzung der Steuer von 21 auf 9 Mark. Mein Einkommen beträgt nicht 1500—1650 Mark, sondern 1050—1200 Mark. Eine Berechnung meines Einkommens im Jahre 1907 und der zulässigen Abzüge füge ich bei. Als Beweismittel beizubringen bin ich bereit (oder: als Beweismittel füge ich an usw.). Datum und Unterschrift.

Ueber den Einspruch entscheidet die Veranlagungskommission. Gegen deren Entscheid ist dann Berufung innerhalb 28 Tagen zulässig. Auch die Berufung ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission anzubringen.

### Steuertarif.

Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen

von mehr als	bis	1050 Mark	6 Mark
1050	1200	9	6
1200	1350	12	6
1350	1500	16	6
1500	1650	21	6
1650	1800	26	6
1800	2100	31	6
2100	2400	36	6
2400	2700	44	6
2700	3000	52	6
3000	3300	60	6

## Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Heute Freitagabend Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Sonntag mittags 1 Uhr: Öffentliche Versammlung im Birkenwäldchen. Vorwärts! Alles auf den Posten.

Breit-Budow. Sonntag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Landhaus (Wojnski), Chaussee 97, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Preußen 1848 bis 1908. 2. Die letzte Gemeinderatswahl und ihre Lehren. Arbeiter, Frauen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung und demonstriert dadurch gegen das elende Dreiklassenwahlrecht. Der Einberufer.

Treptow-Waumschulenweg. Am Sonntag, den 22. März 1908, findet eine Versammlung des Maschinenbetriebes der Vereins-Brauerei Rigdorf statt. Die Genossen treffen sich um 1/2 9 Uhr vormittags im Restaurant von Rüdiger, Waumschulenstr. 67.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 21. März, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seest. 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Busch über: „Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Um zahlreicheren Besuch bittet Der Vorstand.

Neuenhagen a. d. Ostbahn. Den Genossen zur Kenntnis, daß am kommenden Sonntag, den 22. d. M., nachm. 4 Uhr, bei A. Wünsche, Neuenhagen, Bahnhofstraße, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung stattfindet.

Niederlehme. Die Parteigenossen werden auf den am Sonntag, den 21. März, abends 8 Uhr, stattfindenden Extra-Zahlabend aufmerksam gemacht. Wichtige Besprechung über die am Dienstag stattfindende Gemeinderatswahl. Am Sonntag, den 22. März, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung für die am Nachmittag stattfindende Volksversammlung statt. Der Bezirksführer.

## Berliner Nachrichten.

### Erzelenz Sydow ins Stammbuch.

Der arme Mann, der die zweifelhafte Erbschaft des Freiherrn v. Stengel angetreten hat, ist nicht zu beneiden. Im einsamen Staatskammerlein grübelt er darüber nach, wie man Millionen aus der Erde stampfen kann, und denkt vielleicht schon an das Begräbnis erster Klasse, das ihm nach Jahresfrist wahrscheinlich ebenso beschieden sein wird, wie allen seinen Vorgängern, die die Kunst des Goldmachens aus Volksmark nicht richtig verstanden haben. Studieren Sie doch fleißig die preußische Geschichte, Herr v. Sydow, und gehen Sie bis auf die Scheidengrenze zwischen Kurfürstentum und Königskrone zurück. Da werden Sie finden, daß ein ganz vorzüglicher Reichshofsekretär, von dem Sie noch vieles lernen können, der erste Preußenkönig war. Ohne seine volksruinierende Verschwendungslust und Brunnliebe, die enorme Summen erforderte, wäre dieser Selbstherrscher vielleicht gar nicht darauf verfallen, sich die Königskrone aufs Haupt zu setzen. Und als sie erst mal fest saß auf dem gesalbten Haupt, mußte das Volk den königlichen Spaß teuer bezahlen. Es hat wohl in der preußischen Geschichte keine zweite Phase gegeben, in der das Volk zur Entfaltung den-

barster Pracht am Hofe ähnlich geschröpft wurde wie unter der kostspieligen Regierung Friedrichs I. Aus dem riesengroßen Steuerbuckel, das der verschwenderische neue König seinen Untertanen unter die Nase hielt, ziehen wir hier zur Erinnerung nur ein paar besonders duftige Blüten heraus:

Von der „Generalkopfsteuer“, der Mutter der heutigen Einkommensteuer, war niemand berichtet. Selbst das ärmste Gänschen mußte mindestens vier Groschen bezahlen. Friedrich legte auch sich selbst und seiner Gemahlin ein paar tausend Taler Steuern auf. Die Berliner aber meinten, da der König das Geld aus des Volkes Taschen nehme, so könne er davon ohne irgendwelche Unbequemlichkeit eine Steuer zahlen, die wieder in seine eigene Kasse zurückfließe. Dann erfand Friedrich mit anerkennenswerter Genialität die Königsteuer, die Karossensteuer und die Perückensteuer. Das einzig Gute war dabei, daß wenigstens auch die Wohlhabenden tüchtig blechen mußten. Selbst die hohen Herren der Frauen, die sogenannten Fontangen, wurden mit einem blanken Taler besteuert. Aber das Geld reichte immer noch nicht aus, um der königlichen Genußsucht zu frönen. Wieder war die Steuer aus Spielfarten den Armen zugewiesen worden. Jetzt strich sie der König ein. Schuhe und Stiefel, Strümpfe und Hüte, Kaffee und Tee, Schokolade und — Schweineborsten wurden mit Steuern belegt. Den Vogel schloß der geniale Steuerkönig mit der Bestimmung ab, daß alle unehelichen weiblichen Personen, die heiratsfähig waren, ihre Jungfrauenhaft mit vierteljährlich 6 Groschen besteuern mußten.

Wie wärs denn mit solchen modern aufgearbeiteten Aufzählungen, Erzelenz? Wenn Sie sich nach König Friedrichs Rezept richten, brauchen Sie um Ihre Millionen nicht in Sorge zu sein. Besteuern Sie die Zylinderhüte und die Radstiefel, falsche Haare und falsche Zähne. Aber beiseite nicht auch die falsche Gefinnung. Sonst müssen diejenigen, die das meiste Geld im Kasten haben, auch die meisten Steuern zahlen. So lebensgefährlich wie Anno dazumal ist ja das Goldmachen heutzutage nicht mehr. Der „große“ erste Preußenkönig ließ einen talentvollen Schwindler, der ihm Gold machen sollte und es doch nicht konnte, einfach hängen, sogar an einem vergoldeten Galgen. Sie werden später bloß moralisch aufgeküßt, Erzelenz, an irgend einem breiten Seidenbunde. Und das Begräbnis im Ministerfrack haben Sie sich ja, da man das Trauerspiel schon voraussehen kann, von vornherein ausgedenkt...

### Die Steuerveranlagungen

werden jetzt verjährt und rufen gerade in Arbeiterkreisen ob ihrer Höhe nicht gelinde Ueberraschung hervor. Die Steuerbehörde wird immer schärfer angezogen. Wer sich auf Grund des für die Steuerveranlagung maßgebenden Einkommensteuergesetzes zu unrecht veranlagt glaubt, muß in der in der Veranlagung bezeichneten Frist von vier Wochen reklamieren. Wie das Einkommen berechnet wird beziehungsweise welche Beträge abzugsfähig sind, ersehen unsere Leser aus dem in heutiger Nummer veröffentlichten Artikel: „Fragen aus dem Einkommensteuergesetz.“ Aus Raumrückichten mußte dieser für die gestrige Nummer bestimmte Artikel heute zurückgestellt werden.

Für den 9. Berliner Landtagswahlkreis hat die Freisinnige Volkspartei den Rektor Rähler als Kandidaten aufgestellt.

Neuer Gemeinschaftsbetrieb der Straßenbahn. Einen neuen Gemeinschaftsbetrieb eröffnet die Große Berliner Straßenbahn mit der Sächlichen Vorortbahn am 1. April. Die neue Linie erhält die Nummer 43 und verbindet Schöneberg mit dem Gesundbrunnen. Die Linie wird dadurch gebildet, daß jeder zweite Wagen der Linie 84 Gesundbrunnen-Kreuzberg die neue Nummer 43 erhält und bis zur Eisenacher Straße in Schöneberg durchgeföhrt wird. Die Linie 43 macht also von der Ecke der Bad- und Pankstraße folgenden Weg: Nettefeldplatz, Weddingplatz, Chausseestraße, Dranienburger Tor, Weidenbammerbrücke, Opernplatz, Gendarmenmarkt, Belleallianceplatz, Blikerplatz, Poststraße, Kaybachstraße und Kolonnenstraße bis zur Eisenacher Straße. Die Fahrzeit beträgt 61 Minuten, der gemeinsame Fahrpreis 10 Pf. Verläßt verkehrt Linie 43 vom Gesundbrunnen von 6.12 bis 10.34, von Schöneberg von 7.18 bis 11.48, Linie 84 bis 1 Uhr. Die Linien 84 und 43 ergänzen sich zwischen Gesundbrunnen und Bellealliancestraße, Ecke der Poststraße, an zu einem Betriebe von 7 1/2 Minuten.

„Das Reich“ ist unterbesserlich. Um sich wegen der ihm erteilten Pelton an uns zu rächen, druckt das Blatt eine Stelle aus einer Artikelserie Rezhäuser im Buchdrucker-Korrespondent ab, worin wir in der bekannten Art dieses ehemaligen Sozialdemokraten groß beschimpft werden. Dabei passiert dem „Reich“ wiederum der Lapfus, daß es Rezhäuser als den „Herausgeber des Buchdrucker-Korrespondenten“ bezeichnet, während es wissen mußte, daß dieser Herr lediglich einer der Redakteure des Buchdruckerblattes ist, der sich durch seine Schimpfereien auf die Sozialdemokratie, wie er selbst im einundzwanzigsten Artikel seiner Serie konstatiert, das Mißfallen weiterer Kollegenkreise zugezogen hat. Doch das nur nebenher. Wir möchten aber dem „Reich“ bei Anrufung dieses Kronzeugen doch zu bedenken geben, wie es im vorigen Herbst über die Rezhäuserische Schreibweise urteilte, als der „Korrespondent“ in einer neunundzwanzig Artikel umfassenden Serie den vom „Reich“ protegierten Gutenbergsbund an den Pfahl spiechte und ihm seine notorische Streifbrevetätigkeit nachwies. Damals waren die Rezhäuserischen Auslassungen „Verleumdungen“, „Verdrehungen“, „un glaubliche Beschimpfungen“ usw., heute, wo es gegen die Sozialdemokratie geht, möchte das „Reich“ die Rezhäuserischen Wutausbrüche in Offenbarungen einer reinen, unschuldsvollen Seele umdichten. Wir danken für so viel Konsequenz und halten die Angelegenheit hiermit für erledigt.

Aus der städtischen Irrenanstalt in Buch entwichen sind im Verwaltungsjahre 1906/07 von den dort verpflegten Geisteskranken 42 Männer und 9 Frauen. Von den Männern brachen drei gemeinsam aus einem Aloiell des Kaufmanns Kaufhaus aus, indem sie den dort angebrachten Eisengitterrahmen entzerrten. Einer brach aus einem Landhause aus, ein anderer ging durch die oberen Drahtflügel einer Zelle des Ueberwachungshauses. Vier Kranke wurden durch einen Pfleger aus dem Ueberwachungs Hause gelassen. Dieser wurde dafür wegen vorföhlicher Gefangenensbefreiung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die 33 sonst entwichenen Männer stehen von der Außenarbeit. Von den neun entwichenen Frauen liegen sich zwei aus dem Obergeschosse des Ueberwachungs Hauses an einer selbst gefertigten Leiter herab, nachdem sie das Gitter mit einem Messer durchgeföhrt hatten. Zwei andere entwichen durch das durchgeschnittene Gitter des Erdgeschosses desselben Hauses unter Hilfe von Äpfeln, drei durch unversperrte Fenster. — Die 42 entwichenen Männer waren zum größten Teil bekräft, während von den neun entwichenen Frauen drei bekräft waren, darunter eine mit Suchthaus.

Vor den Augen seiner Mutter aus dem Fenster gesprungen ist der 23 Jahre alte Chauffeur Karl Ruhmann, Weissenburgerstr. 67. Er stürzte sich aus dem dritten Stock der Wohnung auf die Straße hinab und blieb mit zerstückelten Gliedern auf dem Bürgersteig liegen. Nach wenigen Minuten starb er unter den Händen des herbeigerufenen Arztes.

In die Spree gefallen und ertrunken ist gestern der 23jährige Schiffer Otto Wladar, der auf einem Lastkahn Dienst getan hatte. Das Fahrzeug hatte in der Nähe der Kronprinzenbrücke in der Spree vor Anker gelegen. Als M. abends, aus der Stadt kommend, den Kahn betreten wollte, mußte er über ein schmales Laufbrett, das vom Ufer nach dem Fahrzeug hinübergelegt ist, hinweg. Er trat nun fehl und stürzte in die Spree. Obwohl auf seine lauten Hilferufe hin bald Hilfe zur Stelle war, mußte M. ertrinken. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Durch einen furchtbaren Balken niedergeschmettert. Auf dem Lagerplatz an der Ecke der Kopenhagener- und Schwedter Straße hat sich gestern nachmittags ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Der 33 Jahre alte russische Paul Jädel, Graunstraße 4/5 wohnhaft, hatte auf dem Holzlagerplatz der Firma Juchmann mit anderen Kollegen große Balken verladen. Als die Leute einen der Balken auf einen Wagen laden wollten, kam er ins Rutschen und stürzte ab. Er trat den J. mit solcher Gewalt, daß er niedergeschmettert wurde. In bewußtlosem Zustand schafften die Kollegen den Verunglückten nach dem Lazarus-Krankenhaus. J. hat einen schweren Schädelbruch davongetragen und er wird wohl kaum mit dem Leben davonkommen.

Ein Herrenregenschirm ist vorgestern im „Gewerkschaftshaus“ in der Versammlung stehen geblieben. Derselbe kann beim Vorliegenden H. P. o. H., Naunhitzer. 30, abgeholt werden.

Vermisst wird seit dem 27. Februar 1906 der Arbeiter Paul Fiedler, am 24. April 1880 in Langheimersdorf geboren, Stendaler Straße 8 wohnhaft gewesen. Beschreibung: mittelgroß, kräftig, blond, kleinen Schnurrbart. Bekleidung: schwarzes, fleisches Hut, schwarze Lederhose, dunkelblaue kariertes Anzug, Schnürstiefel, graue Strümpfe, grauwolles Hemd. Zweckmäßige Mitteilungen, welche zur Auffindung des Genannten dienen könnten, werden sowohl von der Kriminalpolizei als auch von jedem Polizeibeamten zu den Adressen 1866 IV. 6. OS. schriftlich oder mündlich entgegengenommen.

Der zweite Dachstuhlbrand wurde Donnerstag mittags aus der Sophienstr. 19 gemeldet. Das Haus gehört dem Ostdeutschen Jünglingsbund und sind dort u. a. domiziliert die Gesellschaft zur Fürsorge für die zugewandene männliche Jugend, ein Gefellenheim, die Geschäftsstelle des Kreisverbandes Berliner Jünglingsvereine, ein Soldatenheim, ein Lehrlingsheim u. a. m. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als der Rauch die Treppen füllte. Der 13. Zug aus der Einienstraße war schnell zur Stelle und griff sogleich mit mehreren Schlauchleitungen energisch an. Da die Flammen, die an mehreren Stellen angelegt waren, reiche Nahrung gefunden hatten und immer weiter um sich griffen, wurde auch der 14. Zug aus der Tiedestraße zur Brandstelle beordert. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es, den großen Brand, der der Feuerwehr infolge der enormen Verqualmung viel zu schaffen machte, zu löschen.

Feuerwehrbericht. Die erste Brandstiftung wurde gestern früh um 8 1/2 Uhr vom Gesundbrunnen gemeldet. Dort brannte bei Anbruch des 16. Zuges der Dachstuhl des von 30 Parteien bewohnten Hauses Holmeister. 30. Durch kräftiges und schnelles Wassergeben gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Der Täter ist wiederum unerkannt entkommen. Nachts um 3 Uhr hatte die Feuerwehr in der Dammstr. 86 zu tun, wo eine Malerwerkstatt brannte und die Feuerwehr, um die Flammen zu löschen, längere Zeit Wasser geben mußte. Ferner hatte die Wehr in der Stahlgerstr. 85, Kommandantenstr. 72, Wilhelmstr. 3, Wassertr. 70 und anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindegewahlbewegung.

In Weissensee findet heute nachmittags von 3 bis 6 Uhr die Gemeindegewahl in der zweiten Wählerklasse statt. Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Otto Kohn, Max Oley und Hermann Teuber.

#### Rudow.

Am Mittwoch, den 25. März, findet die Stichwahl für die dritte Klasse statt und zwar wieder in einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit von 10—11 Uhr vormittags.

Parteigenossen! Diese kurze Zeit muß zu reger Agitation ausgenutzt werden, um die säumigen Wähler aufzurütteln, damit der Sieg unser ist.

Das Dreiklassenwahlrecht zeigt sich gerade in unserem Orte in seiner wahren Gestalt. Von 289 eingeschriebenen Wählern gehören allein 268 der dritten Klasse an, während in der zweiten Klasse 18 und in der ersten Klasse ein einziger Wähler, ausgerüstet mit zwei Wahlmachten, die Mandate zu vergeben hat.

Wie verhält unsere Gegner auf die Wahlen sind, zeigte sich so recht bei der Hauptwahl der dritten Klasse; hat doch ein Kandidat allein 80 dieser Papierstimmen sich zu verschaffen gewußt, sogar eine ungemein große Wahlmacht wurde für gültig erklärt, nachdem der Wahlmächte 1,50 M. auf dem Wahlstisch hinterlegt hatte. Es bedarf also der Anstrengung eines jeden Genossen, wenn wir unserem Kandidaten zum Siege verhelfen wollen.

#### Niederlehme.

Die Wahlen zur dritten Klasse finden am 24. März statt. Es muß nun Aufgabe eines jeden aufgelierten Arbeiters sein, sofort mit allem Nachdruck in die Agitation einzutreten, damit es diesmal gelingt, einen Sozialdemokraten in die Gemeindegewahl zu bekommen. Zur Besprechung wichtiger Gemeindegewahlangelegenheiten unseres Ortes und Auffindung eines geeigneten Kandidaten findet nun am Sonntag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Reichelt eine öffentliche Versammlung statt, in der das Erscheinen der Niederlehmer Einwohnerschaft dringend erwünscht ist.

### Wahlergebnisse.

Weissensee. Bei der heutigen Gemeindegewahl wurden im 1. Bezirk die Genossen Kasielle mit 627 und Seifert mit 628 Stimmen gewählt; im 2. Bezirk Genosse Frensch mit 645 Stimmen.

Im 1. Bezirk ist ein Stimmengewinn von 25 Proz. zu verzeichnen, während im 2. Bezirk die Stimmen sich gegen die vorige Wahl um 10 vermehrt haben.

#### Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Reichenhagen a. O. Bei der Gemeindegewahl erhielten unser Kandidat der Genosse Otto Köhler 42, der Grundbesitzerverein (Bahnhof) 50 und der Grundbesitzerverein (Dorf und Niederfelde) 43 Stimmen; mithin Schwachs zwischen den Wählern, an der wir uns natürlich nicht beteiligen.

Rosenhagen-Kordend. Bei der gestrigen Gemeindegewahl erhielt unser Genosse Christ Schulz 63 Stimmen, Pfleger, Hausbesitzer, 3 Stimmen, und Walter, Ortsverein 110 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Nur der Abgabe von 50 Stimmenstimmen verdankt Herr Walter sein Mandat.

Grünau. Bei der heutigen Gemeindegewahl wurden insgesamt 347 Stimmen abgegeben gegen 240 bei der vorigen Wahl. Der bürgerliche Kandidat erhielt 200, der von uns aufgestellte 147 Stimmen. Die Wählerlichen danken ihren Sieg lediglich

den vielen Stimmenstimmen und dem großen Aufsehen der Weissensee, von der manche, durch den bürgerlichen Terrorismus dazu gezwungen, wider ihren Willen für den Kandidaten der Bürgerlichen gestimmt haben mögen.

#### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung begann am Mittwoch die zweite Sitzung des Etats. Eine Reihe unwichtiger Etats gelangte ohne Debatte zur unveränderten Annahme. Beim Etat der höheren Lehranstalten machte Stadtd. Holz den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses den Vorwurf, daß sie gegen eine von ihm vorgeschlagene Resolution gestimmt hätten, durch die der Magistrat ersucht wird, aus Anlaß des Falles Matthies an dem Sophien-Realgymnasium in Berlin durch eine Vorstellung beim Provinzial-Schulkollegium darauf hinzuwirken, daß sämtliche Direktoren der höheren Schulen unter Mitteilung des Tatbestandes auf sorgfältige Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen hingewiesen werden. Unsere Genossen erklärten, daß auch sie selbstredend den Fall aufs Schärfste verurteilen, daß sie aber keine Veranlassung gehabt hätten, für die übrigens vom Ausschuss abgelehnte Resolution zu stimmen, denn diese Resolution hätte ein Mißtrauensvotum gegen die Direktoren der höheren Lehranstalten Charlottenburgs bedeutet, und dazu liege absolut kein Grund vor.

Beim Etat der Fortbildungsschulen sprach Genosse Zietz sein Bedauern darüber aus, daß die staatliche Aufsichtsbehörde aus dem Vordruck der Fortbildungsschulen den Unterricht über eine Reihe sozialpolitischer Fragen, insbesondere über die Geschichte der Arbeiterorganisationen in Deutschland und England gestrichen habe. Weiter regte Redner die Einführung des Unterrichts im Strafrecht an. Stadtdirektor Dr. Penzig forderte für die Fortbildungsschüler Moralunterricht. Genosse Vogel wies auf die Notwendigkeit des baldigen Neubaus der Fortbildungsschule hin.

Im Etat der Armenverwaltung wurde die von unserer Seite gestellte Resolution angenommen, daß in Zukunft die Entsendung solcher Personen, die noch nicht der öffentlichen Armenpflege anheim gefallen sind, in Heilanstalt, nicht mehr aus Mitteln des Armenetats erfolgen solle. Der Magistrat wurde ersucht, in Erwägungen darüber einzutreten, wie dies Ziel am praktischsten zu erreichen sei.

Beim Etat des Feuerlösch- und Straßenreinigungswesens brachte Genosse Will eine Reihe von Beschwerden der Feuerwehrleute zur Sprache. Er tabelte die mangelhafte Ventilation in den Schlafräumen der Waage am Lützow, das Fehlen von Schupborrichtungen an Maschinen in der Werkstatt Rantstraße, und forderte die Einlegung von Arbeiterausschüssen. Ferner kritisierte Redner die Arbeitsverhältnisse der Firma Friede, die die Seilspinnerei für die Stadt liefert. Dies Verhältnis habe sich bereits zu einem öffentlichen Skandal gestaltet, die Firma beschäftige außerordentlich viel junge Leute, die mit den Sprengwagen gar nicht umzugehen verständen und eine Gefahr für das Publikum auf der Straße bilden.

Stadtrat Meyer mußte die vom Vordredner gerügten Mißstände zugeben, namentlich die Zustände bei der Firma Friede. Er erklärte im übrigen, daß die Stadt mit dieser Firma so eigentlich gewissermaßen nur noch gezwungen verheiratet sei, am 1. April 1910 werde hoffentlich die eigene Regie durchgeführt; im übrigen sei Friede bereits mitgeteilt, daß er künftighin unter 20 Jahren nicht mehr anstellen dürfe. Von der Einlegung von Arbeiterausschüssen für die Feuerwehrleute will der Magistrat nichts wissen.

Beim Etat des Schüler-Theaters brachte Genosse Altd zur Sprache, daß der Defonon des Theaterrestaurants den Anhängern der sozialdemokratischen Partei die Säle verweigere. Das Schüler-Theater sei auf öffentliche Kosten erbaut, zu den Kosten hätten auch die Sozialdemokraten nach ihrer Steuerkraft beigetragen, das Verhalten des Defononen bedeute einen großen Verlust gegen die Gleichberechtigung sämtlicher Bürger. Auch der Pächter des Stadt gehörigen Restaurants Tiergartenhof verweigere der Partei seine Säle. In diese Ausführungen schloß sich eine längere Debatte. Der Vertreter des Magistrats, Bürgermeister Matting wollte nicht anerkennen, daß das Verhalten des Defononen illegal sei. Unsere Genossen Zietz, Girsch, Dr. Vorkardt und Will dagegen schlossen sich der Kritik des Genossen Altd an. Wenn die Debatte auch keinen praktischen Erfolg gezeitigt hat, so wird es jedenfalls gut gewesen sein, das Vorgehen des Pächters des Theaterrestaurants, mit dessen Verhalten nebenbei bemerkt auch die Direktion des Schüler-Theaters nicht einverstanden ist, einmal öffentlich zur Sprache gebracht zu haben.

Am nächsten Mittwoch wird die Etatsberatung fortgesetzt.

#### Rixdorf.

Einen erfreulichen agitatorischen Erfolg ergab die am Montag von der Agitationskommission der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung einberufene Konsumentenversammlung, in welcher Genosse Schubert über den Wert der Konsumgenossenschaften referierte. Vom Referenten sowie den nachfolgenden Diskussionsrednern wurde den Anwesenden die Notwendigkeit sowie der Nutzen einer guten Konsumgenossenschaft vor Augen geführt. Obwohl gerade die Rixdorfer Arbeiterklasse erst in den letzten Jahren den Verlust ihrer Konsumgenossenschaft zu beklagen hatte, so hat die Agitation für die Genossenschaft Berlin und Umgebung seit circa zehn Monaten doch unerwartet gute Fortschritte gemacht, so daß in kurzer Zeit in Rixdorf die dritte Verkaufsstelle — die 18. der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung — am 10. März Widenbrucherstr. 62 eröffnet werden konnte. So erfreulich nun jedoch die bisherige Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Rixdorf ist, so bleibt doch noch ein großes Stück Arbeit zu leisten übrig, um wenigstens den Klassenbedürfnissen der Arbeiter die Ueberzeugung beizubringen, daß wir der politischen und gewerkschaftlichen Organisation die Organisation der Konsumenten zur Seite stellen müssen. Es liegen sich hierauf ein großer Teil der Versammelten als Mitglieder aufnehmen.

Ein Schulbürgerkassen. Ein Turner, dem die Leitung von Jugendabteilungen in der „Freien Turnerschaft“ übertragen ist, wurde von der Polizeibehörde aufgefordert, seinen üblichen Weisungsnachweis von der städtischen Schuldeputation zu erbringen. Klags tat der Turner das gewünschte, legte Lebenslauf, tabellarisches Führungspapier und ein Prüfungszeugnis vom Berliner Turnrat über erfolgreiche Vorturnerprüfung ein, und erhielt hierauf die nachgesuchte Genehmigung. Jedenfalls war die Schuldeputation nicht genügend informiert, da der Turner zur Zeit der Vorturnerprüfung Mitglied des patriotischen Turnvereins Jahn war, jetzt aber freier Turner ist, daher die Genehmigung. Der Beklagte hatte dieselbe erst 24 Stunden in Händen, als ein Schuttmann erschien, um die erhaltene Genehmigung wieder abzuholen. Dies wurde bis jetzt alle Tage fortgesetzt aber leider vergeblich, da die Schriftstücke schon in den Händen des Rechtsanwalts befinden, dem dieses Material auf dem 31. März cr. vor dem Oberverwaltungsgericht statfindenden Verhandlung als deutlicher Beweis, daß nicht sachliche, sondern Bestimmungswürdigkeit zur Ausübung des Turnlehrerberufes nötig ist, dienen soll. — Da der Polizeibeamte erklärte, unter allen Umständen die Schriftstücke zurückbringen zu müssen, darf man auf den Ausgang der Sache gespannt sein.

#### Kummelsburg.

Die letzte Gemeindegewahl, welche als Hauptpunkt die Vorbereitung des diesjährigen Etats vorzunehmen hatte, bewilligte voreinstimmig für die am 1. April zu eröffnende Gemeindegewahl einen Betriebsfonds in Höhe von 10 000 M. Auf Antrag unserer Vertreter wurde der Zuschlag für die Spareinlagen auf 3 1/2 Proz. festgesetzt; ferner wurde beschlossen, Spareinlagen, die noch in den ersten drei Tagen des Monats gemacht werden, bereits vom Monatsersten ab zu verzinsen.

Nachdem noch die Wahl mehrerer Armenkommissionsmitglieder für die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1911 und die Wahl eines Mitgliedes für den Steuerzuschlag erfolgt war, begann die Etatsberatung. Die hierzu sehr zahlreich erschienenen Zuhörer kamen durch das Schweigen der bürgerlichen Vertreter sowie des Gemeindevorstandes wohl nur zum Teil auf ihre Rechnung. Recht bezeichnend für den Gemeindevorstand ist es aber, wenn derselbe nach den ein-

flüssigen Ausführungen unseres Genossen John, die insbesondere in eine Anklage gegen den Gemeindevorstand als den nach jeder Seite hin willkürlichen Förderer von nur Grundbesitzerinteressen ausliefen, kein Wort der Erwiderung fand oder für notwendig hielt. Die Generaldiskussion beschränkte sich dann allein nur auf die Einführungsrede des Bürgermeisters und die Gegenansprüche unserer Vertreter. Der Vorschlag selbst schließt in Ausgabe und Einnahme mit 2814 633 Mark ab. — Einleitend bemerkt der Gemeindevorstand, daß die Herabsetzung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer von jetzt 125 auf 100 Proz. sich nur möglich macht, wenn zur Bilanzierung des Etats demselben aus dem Straßenunterhaltungsfonds ein Kapital von 86 000 M. zugeführt wird. Der Bürgermeister glaubt, daß diese Kapitalzuführung insofern unbedenklich ist, da anzunehmen sei, daß durch die Herabsetzung des Kommunalzuschlages auf 100 Proz. sowie wohlhabende Leute nach Kummelsburg ziehen werden, daß hierdurch ein hinreichender Ausgleich geschaffen wird. Die Herabsetzung selbst ergibt eine Mindereinnahme von 78 675 M. Wenn man nun in Betracht zieht, daß der Kapitalzuschuß allein 86 000 M. beträgt, so ergibt sich, daß von Reichtwegen nicht eine Herabsetzung, sondern eine Erhöhung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer erfolgen müßte. Auch betonte der Bürgermeister noch ausdrücklich, daß die Kulturaufgaben der Gemeinde trotz der schlechten Finanzlage nicht leiden würden! Auch ein besonderes Loblied glaubte derselbe nach seiner Ansicht noch auf unsere Gemeindevorstände antworten zu können, da bei einer Berechnung die durchschnittliche Klassenfrequenz nur 45 Kinder ergeben haben soll. Unser Genosse John führte nunmehr aus, daß er die Politik des Gemeindevorstandes, der auf alle Fälle — ganz gleichgültig, ob die Finanzlage der Gemeinde dies überhaupt zuließ oder nicht — nur allein auf das Drängen und Schreien der Grundbesitzervereine die Herabsetzung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer auf 100 Proz. herbeiführen will, als eine äußerst gewagte bezeichnen muß, die ganz unzweifelhaft in den nächsten Jahren zum großen Schaden der allgemeinen Interessen sich erweisen wird. Die Herabsetzung ist um so unverständlicher, weil hauptsächlich nur dem Eisenbahnbetrieb und einigen Fabrikbetrieben ein größerer Gewinn in den Schoß geworfen wird, weiter kommt aber hierbei in Betracht, daß in den nächsten Jahren der Gemeinde außerordentlich große Ausgaben für die neue Veriefungsanalyse, für Zuschüsse zum Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhaus und für das höhere Schulwesen bevorstehen. Auch betont unser Redner, daß bei einem Gesamtausgabebetrag von 7750 M., verteilt auf die äußerst notwendigen sozialpolitischen Gemeindevorrichtungen wie Ferienkolonien 2250 M., Bekämpfung der Schwindsucht 500 M., Bekämpfung der Kindersterblichkeit 1000 M., Vermittel an Bedürftige 3000 M. und von 1000 M. an den Verein Frauenhilfe für warme Frühstückskost an bedürftige Schulkinder überhaupt nicht die Rede davon sein kann, daß die Gemeinde Kummelsburg mit über 45 000 Einwohnern, wovon die übergroße Mehrzahl der ärmeren Bevölkerungsklasse angehört — sich ihrer Aufgabe in dieser Beziehung bewußt ist — geschweige daß die hierfür eingestellten Mittel auch nur im geringsten als genügend in Betracht kommen können.

Wenn man aber nun andererseits in Betracht zieht, daß den Hausbesitzern allein durch die Herabsetzung der Grundwertsteuer von 3 1/2 Proz. auf jetzt 3 Proz. ein Geldgeheim von 22 638 M. in den Schoß fällt, wenn man weiter berechnet, daß den Grundbesitzern zur Kanalisation ein Gemeindegeldzuschuß von 58 540 M. gewährt wird und ferner noch in Betracht gezogen wird, daß die höheren Schulen einen Gemeindegeldzuschuß von 87 000 M. erfordern, die doch fast ausschließlich nur den Grundbesitzern und den wohlhabenden Bevölkerungsschichten zugute kommen, so erscheinen dagegen die Almosen, die den ärmeren Bevölkerungsschichten geboten werden, doch wohl in einem recht lässlichen Maße. Auch die Herabsetzung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer bei der zurzeit nicht guten Finanzlage der Gemeinde muß ausschließlich als ein Selbstzweck der Grundbesitzerpartei betrachtet werden. Jene Herren sollen durch Zugang von sogenannten besseren Mietern in die Lage versetzt werden, durch Mietsteigerungen höhere Profite aus ihren Häusern schlagen zu können. Weiter läßt Redner scharfe Kritik an der Art und Weise, wie der Gemeindevorstand es beliebt, Beschlüsse der Gemeindevorsetzung, die im Interesse des allgemeinen Wohles gefaßt worden sind, zu verschleppen. So hat die Gemeindevorsetzung bereits vor einem Jahre den Beschluß gefaßt, in eine Beratung über Einführung der Wertzuwachssteuer einzutreten — bis heute ist leider nichts in dieser Sache geschehen. Ferner wurde bereits vor einem Jahre beschlossen, einen Kindergarten in größerem Maße einzurichten; auch hier ist man nicht weiter als zu den vor bereits dreizehn Jahren von der betreffenden Kommission gefaßten Beschluß gekommen — in anderen Orten befindliche Kindergärten zu beschließen. Auch der vor einem Jahre gefaßte Beschluß, ein Volkshaus zu errichten, ist noch keinen Schritt vorwärts gekommen, es scheint dies auch in diesem Jahre nicht beabsichtigt zu sein, da im Etat nur die bereits im vorigen Jahre eingeleiteten aber nicht verausgabten 1000 M. wieder eingelegt worden sind. Nachdem unser Vertreter dann noch in eingehender Weise auf unsere hauptsächlichsten Kommunalprogrammforderungen als zur Einführung notwendig dargelegt hatte, und insbesondere warm für Errichtung eines Erfolgssparparks eingetreten war, nahm noch Genosse Ritter das Wort, um die Almosenbeiträge, die für sogenannte Wohlfahrtsvereine eingelegt worden sind, einer scharfen Kritik zu unterziehen. Ferner beantragte Redner, die Einkommen unter 100 M. steuerfrei zu lassen. Auch trat Redner warm für Verbesserungen in gesundheitlicher Beziehung ein. Zur allgemeinen Verwunderung wohl aller Zuhörer, die zum mindesten einige Abwägungsveruche aus dem Munde des Gemeindevorstandes erwarten hatten, hielten sich nicht nur die bürgerlichen Gemeindevorsetzer, sondern auch der Gemeindevorstand selbst in tiefes Schweigen. Der Vorschlag wurde dann zur weiteren Durchberatung an die Finanzkommission gewiesen.

#### Lichtenberg.

Bei Beratung der Umfassungsordnung in der letzten außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung (siehe Seite 1) die bürgerlichen Stadtverordneten als die Leiter der kleinen Leute auf, die das „Unglück“ haben, ein Haus zu besitzen. Der Referent der Kommission empfahl entsprechend der Magistratsvorlage die bisher eine Steuer von 1 1/2 Proz. für bebauten und 2 Proz. für unbebauten Grundstücke zu erheben. Genosse Düweli wies auf die außerordentlichen Mehrausgaben hin, die der Gemeinde durch das Polizeilösungsrecht sowie durch das neue Schulunterhaltungsgesetz entstehen. Des weiteren werden aber auch Ausgaben für sozialpolitische Zwecke wie Krankenhausbau, öffentliche Badeanstalten und so weiter in den Etat eingestellt werden müssen. Als Äquivalent sei es notwendig, den bisher an den Kreis abgeführten Prozentfuß der Stadt zu belassen, sofern die bürgerlichen Herren nicht bereit sind, eine einträglichere und gerechtere Steuerquelle zu erschließen, und zwar die Wertzuwachssteuer einzuführen. Der Stadtverordnetenvorsteher, der die besondern Anwesen der Grundstücksbesitzer zu mahnen hatte, rief unseren Redner zu Hilfe. Derselben bürgerlichen, die nämlich gegen die Wertzuwachssteuer gerade und gestimmt hatten, wollen außerdem auch die Umfassungssteuer ermäßigen. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, so unter anderem auch einer Erhöhung der Grundwertsteuer das Wort geredet, wogegen sich unsere Genossen ganz entschieden wendeten, weil diese Maßnahme tatsächlich eine Belastung des kleinen Besitzers bedeuten würde. Es wurde beschlossen, die Steuer auf bebauten Grundstücke mit 1 Proz. und unbebauten mit 2 Proz. festzusetzen, was einen Ausfall von rund 65 000 M. für das Jahr bedeutet.

Bei der Beantwortung einer Interpellation Franke u. Gen., Schaffung eines gepflasterten Zufahrtsweges nach dem Gemeindefriedhof von der Frankfurter Chaussee aus, ist erwähnenswert, daß seit Jahren die Gemeinde ver sucht, mit der Besitzerin des anliegenden Geländes, der Terranggesellschaft „Frankfurter Chaussee“, durch Verhandlungen die Anlegung einer Straße oder wenigstens eines gepflasterten Zufahrtsweges möglich zu machen. Die von der Gesellschaft an die Gemeinde gestellten Ansprüche machten indes jede Verhandlung resultatlos. Wörtlich sagte Stadtbaurat

**Ankündigung:** Jedemal, wenn die Gemeinde glaubt, die Gesellschaft befreit zu haben, wurden erneute Ansprüche gestellt. Jedes weitere Verhandeln hat sich als unmöglich erwiesen, weil die Gesellschaft glaubt, die Gemeinde auszunutzen und Vorteile für sich herauszuschlagen zu können. — Als Wasserat für den 20. Bezirk wurde ein Herr Wegener jüngst gewählt. In den Ausschuss für den Antrag betreffs Speisung der Schulkinder wurden die Genossen Hedert und Settel gewählt. In Kasernenvisiten die Genossen Dümell, Eisenstadt, Spielmann. Zum Heiligthum für die neue Rettungswache wurde der bisherige Polizeisergeant Czodrowski beauftragt.

### Treptow-Baumschulweg.

Einen verhängnisvollen Ausgang nahm ein Zusammenstoß von Einbrechern mit dem Generalpächter Robert Mahler auf der in der Nähe der Kleefholzstraße gelegenen Laubentolonie „Zum Lauben-Paul“. Hier sollten bereits in der vergangenen Woche wiederholt Klafsen und andere Gegenstände gestohlen worden sein. In einer der letzten Nächte drang der wohnungslose Hausdiener Max Kömer in Begleitung zweier Männer in die Laube ein. Er hatte sich mit seiner Frau auf die Lauer gelegt. Als dies die drei Einbrecher bemerkten, erfolgte ein Zusammenstoß in dessen Verlauf R. eine Gaunlatte ergriff und auf die Eindringlinge einschlug. Während sich die beiden Fremden aus dem Staub machten, wurde Kömer festgehalten und der Polizei zugeführt. Hier verschlimmerte sich sein Zustand infolge der in der Laube erhaltenen Schläge dertart, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus notwendig wurde. Dort starb er bald nach der Einlieferung an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Seine Leiche ist polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaus geschafft worden, wo sie obduziert werden wird. Mahler behauptete bei seiner Vernehmung in der Notwehr gehandelt zu haben.

Der Turnverein „Jahn“, Treptow, hält am Sonntag, 22. März, nachmittags 3—5 Uhr, in der Turnhalle Kleefholzstraße in Baum- schulentweg ein Vereinschauturnen ab. Freunde und Gönner der Turnerei sind hierzu eingeladen.

### Zenthen.

Aus unglücklicher Liebe den Tod durch Typhus gesucht hat am Mittwochmorgen (einen Tag nach ihrem 20. Geburtstag) die hier bei ihren Eltern wohnende Luise Hennig. Der von den Eltern der Lebensmüden sofort nach Auffinden derselben telephonisch benachrichtigte Dr. Wagner aus Wildau erschien nach etwa 2 Stunden und konnte nur noch den erfolgten Tod konstatieren. — Zur gleichen Zeit verübte ein Selbstmordversuch ebenfalls durch Typhus die Frau Gärtner Schl. aus Hankels Abilge. Den Bemühungen des sofort herbeigerufenen Dr. Bergig gelang es, die Frau am Leben zu erhalten. In diesem Falle soll Furcht vor einer notwendigen Operation der Beweggrund gewesen sein.

### Zegel.

Bei der Gewerbegerichtswahl wurde die Liste des Gewerkschafts- parteis mit 601 Stimmen gewählt. Gegner waren nicht aufgestellt.

### Schönholz.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Güterbahnhof bei Schönholz an der Nordbahn. Der Antischer Jettel, Braumstr. 6 wohnhaft, hatte für die Firma Siekmann, Vinetaplag, eine Fuhre Heu abzuholen. Als er gemeinsam mit mehreren Arbeitern die Heu- ladung mit einer schweren Stange belassen wollte, entglitt diese den Händen der Männer und fiel dem J. so unglücklich auf den Kopf, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Bodstraße gebracht und von dort in hoffnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus über- geführt.

## Kommunales.

### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung, in der die Statsberatung fortgesetzt wurde, war eine der lärmvollsten, die wir im Stadtparlament erlebt haben. Der Held des Abends war wieder mal Stadtrat Fischbeck, der sein Summi- knüppelinstitut, das Obdach, gegen die Kritik der Sozial- demokraten zu verteidigen hatte. Der Herr Fischbeck's Manier kennt — Oberbürgermeister Kirchner pries einmal diesen ungehobelten Kollegen als „den richtigen Mann“ für das Obdach — der weiß, daß es bei solchen Gelegenheiten nie ohne Skandal abgeht.

Von den Einzelrats, die im ersten Teil der Sitzung erledigt wurden, führten nur wenige noch zu einer Er- örterung. Beim Etat der Gemeindeschulen be- mangelte Genosse Wehl, daß die Zahl der Schulkollegen nicht schon jetzt vermehrt werden soll. Stadtrat Selbern vertrostete auf später. Stadtverordneter Preuß ersuchte, sich der Fachlehrerinnen anzunehmen. Schulrat Fischer winkte ab.

Beim Etat des Armenwesens erneuerten unsere Genossen Hinz und Ewald die alte Forderung der sozialdemokratischen Fraktion, daß die Darunterstützungen zu erhöhen seien. Sie wiesen diesmal besonders auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Pflegegelder hin, die den Witwen für ihre Kinder gezahlt werden. Beide Redner sprachen es mit rüchhaltiger Schärfe aus, daß bei diesen Armenkommissionen die Reizung besteht, gegenüber diesen Witwen sich mit Härte zu wappnen und die Pflegegelder möglichst zu drücken. Stadtrat Münster- berg's Verteidigung war matt. Ihm, der selber in der Armendirektion oft genug seine Anschauungen gegen die frei- sinnige Mehrheit nicht durchzusetzen vermag, kam seine Ant- wort wohl kaum von Herzen. Er mußte sich gefallen lassen, daß ein Mann wie der Stadtverordnete Sachs ihm bei- sprang. Die Gefinnungsfreunde des Herrn Sachs be- zeichneten es durch eifrige Zwischenrufe als „sehr richtig“, daß Witwen — wie einer der sozialdemokratischen Redner hervorhob — von der Armenverwaltung genötigt werden, bei mehreren Kindern wenigstens eines ohne jedes Pflege- geld zu ernähren. Als bei der Abstimmung über den Armenetat die Summe der auszugebenden Millionen ge- nannt wurde, unterstrich der Freisinn sie mit lautem „Hört! hört!“

Es kam dann die Debatte über das Obdach, dessen Verwaltung unter Fischbeck's Führung, wie unser Genosse Sassenbach treffend darlegte, eifrigst bemüht ist, den Inassen den Aufenthalt so ungemütlich wie möglich zu machen. Die Einführung der Summi- knüppel gehört zu den Mitteln, mit denen das erreicht werden soll. Herr Fischbeck wehrte sich gegen Sassenbach's Forderung, daß in diese Anstalt ein humaner Geist eingehlen müsse. Er schimpfte nach Kräften auf die Obdach- losen, kramte mit theatralischen Gebärden aus einer Mappe allerlei Waffen heraus, einen Stein, einen Totschläger, eine Brechstange usw., die bei Obdachlosen gefunden worden waren, und nannte die Einführung des SummiKnüppels eine „harmlose“ Maßregel und die „humanste“, die denkbar sei. Mit stürmischem „Bravo!“ dankten ihm die Freisinnigen, als er geendet. Genosse Singer gab ihm die gebührende Ant- wort. Er wies nach, daß das Obdach der Stadt keineswegs so mütterlich ist, wie Herr Fischbeck es geschildert hatte, und daß man mit Anschauungen, wie ein Fischbeck sie hat, überhaupt keine humanitäre An- sätze leisten kann. Der SummiKnüppelmann suchte

zusammen unter den Geißelstichen, die Singer auf ihn niedersausen ließ. Er versuchte eine Abwehr, sie misglückte, und nur der Beifallslärm seiner Freunde blieb ihm als einziger Trost. Als dann noch der Stadtrat Nathan zum Angriff vorrückte, griff der Herr Stadtrat Fischbeck in seiner Hilflosigkeit zu dem Mittel, die gesamte Ver- sammlung in einer so ungezogenen Manier anzurempeln, wie es bisher noch nicht dagewesen sein dürfte. Aus der Versammlung antwortete ihm der Zuru- f: Frecher Patron! Als der Vorsteher die Ungezogenheit dieser Fierde des Magistratskollegiums zurüdwies, erhob Oberbürgermeister Kirchner Einspruch — nicht gegen das dem Magistrat kompromittierende Benehmen des Kollegen Fischbeck, sondern gegen die Rüffelung durch den Veramm- lungsvorsteher. Und Herr Fischbeck war abgedrückt genug, selber noch einmal zu einem Verteidigungsversuch das Wort zu ergreifen. Der Berliner Stadtfreisinn kann stolz sein auf diesen seinen Vannerräter!

Im weiteren Verlauf der Etatberatung wurde beim Etat der Park- und Gartenverwaltung von unseren Genossen Zubeil und Schulz die unwürdige, Schädlichkeit zur Sprache gebracht, mit der die Arbeiter dieser Verwaltung entlohnt werden. Dieselben Arbeiter, die all- jährlich bei Beginn des Winters sich auf die Straße setzen lassen müssen, werden im Sommer rücksichtslos aus- gebeutet und mit Stundenlöhnen abgepeist. Als Sprecher des Magistrats antwortete Bürgermeister Reide. Man kennt die Sorte von „sozialem Empfinden“, die er besitzt.

## Gerichts-Zeitung.

### Schuhmannswalzen am Wahlrechtsonntag.

„Du Hund!“ sollte am Wahlrechtsonntag einer auf offener Straße laut und vernehmlich geschimpft haben. Was ein Demonstrant gewesen, so hätte es sich genug der Weg zur Anklage- bank sich im geöffnet. Aber derjenige, von dem behauptet wird, daß er „Du Hund!“ geschimpft habe, war ein Schuhmann. Und so kam, daß ein anderer auf die Anklagebank geriet — einer, der sich über besagten Schuhmann aufgeregt und den Wunsch bekundet hatte, seine Nummer zu notieren. Dieser andere war ein Vater Widmann. Am Donnerstag stand er vor den Schöffen der 150. Ab- teilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter der Anklage, am 12. Januar etwa um 6 Uhr abends in der Kleinen Frankfurter Straße als Teilnehmer einer Gruppe von 20 bis 30 Personen großen Aufzug dadurch verübt zu haben, daß er gescholt und laut skandalisiert habe, sowie die Straßenordnung dadurch übertreten zu haben, daß er ungeachtet der Aufforderung eines Schuhmannes nicht weitergegangen sei. Durch polizeilichen Strafbefehl war eine Geldstrafe von 30 M. über Widmann verhängt worden, nun for- derte er richterliche Entscheidung. R. versicherte, er habe sich um keine Demonstration gekümmert, er sei nur mit einem Freund zum Straßenschnitzbureau in der Kleinen Frankfurter Straße gegangen, um sich Lohn zu holen. Dort habe er eine Sittierung mit an- gesehen. Ein Polizist habe mit dem lauten Ruf „Du Hund!“ sich auf einen Mann gestürzt, um ihn festzunehmen und habe dabei den Mann zu Boden gerissen. R. habe bei diesem Vorgang zu seinem Freund gesagt, da müsse man sich eigentlich die Nummer des Schuhmannes notieren. Im nächsten Augenblick sei der Schuhmann auf ihn selber zugeflogen und habe auch ihn gepackt. Schuh- mann Franz Rawold, der die beiden Sittierungen vorgenommen hatte, war als Zeuge geladen. Er behauptete, R. habe trafeck, skandalisiert, auf die Polizei geschimpft und sei trotz Aufforderung nicht weitergegangen. Zeuge bestätigte, daß jener Mann bei der Sittierung zu Boden gerissen worden sei; er fügte hinzu, auch er selber sei dabei zu Fall gekommen. Ein Kollege des Angeklagten sagte aus, daß er und R. den ganzen Tag für die Straßenschnitz- gesellschaft gearbeitet hätten — das wurde auch von einem als Zeuge vernommenen Beamten der Straßenschnitz bestätigte — und daß beide abends sich ihren Lohn hätten holen wollen. Die Sittie- rung jenes Mannes wurde von diesem Zeugen in allem ebenso wie vom Angeklagten geschildert; auch das wurde von ihm bezeugt, daß Schuhmann Rawold „Du Hund!“ geschimpft habe. Widmann habe nicht skandalisiert, auch habe der Schuhmann ihn nicht zum Weiter- gehen aufgefordert, dazu sei ja gar keine Zeit gewesen. R. sei so- fort gepackt worden. Der Amtsanwalt fand, R. habe sich in Dinge hineingeworfen, die ihn nichts angingen, dadurch habe er den Beamten geschädigt, das sei grober Unfug. Er habe auch skandalisiert und habe der „wohlwollenden“ Aufforderung des Schuhmannes zum Weitergehen („wohlwollend“, so sagte der Amtsanwalt) nicht Folge geleistet. Dafür sei er zu bestrafen mit zweimal je 1 Woche Haft, zusammen 2 Wochen Haft! Der Verteidiger Rechtsanwält Seine hob hervor, daß Schuhmann Rawold vor Gericht den Ruf „Du Hund!“ mindestens nicht in Abrede gestellt habe. Dieser Ruf sei eine Rohheit, deren ein Beamter sich nicht schuldig machen dürfe. Da habe der Angeklagte durchaus das Recht gehabt und sogar die Pflicht, sich um diesen Vorgang zu kümmern. Er habe hiermit nicht groben Unfug verübt — keine Verunehrung des Publikums in seiner Allgemeinheit liege darin und auch keine Verletzung berech- tigter Interessen des Schuhmannes — ja, der Angeklagte habe so- gar sehr verdienstlich gehandelt. Auch ruhender Lärm sei nicht verübt worden und ebensowenig sei die Straßenordnung über- treten worden, gegenüber der sehr unbestimmten Aussage des Schuhmannes müsse man der sehr bestimmten Aussage des Kollegen von R. vollen Glauben schenken. Mindestens sei der Vorfall als nicht hinreichend aufgeklärt anzusehen, daher müsse Freisprechung erfolgen. Das Urteil wurde gefasst nach langer Beratung, aber mit sehr kurzer Begründung. Vollen Glauben verdiene der Schuh- mann; erwiesen sei durch ihn, daß R. skandalisiert und ihm nicht Folge geleistet habe; dafür sei der Angeklagte mit 15 M. und 10 M., zusammen 25 M. (eventuell 5 Tagen Haft) zu bestrafen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Keine Beseitigung der Diensthotschmach.

Nicht nur in Preußen-Deutschland, sondern auch in anderen Kulturländern, in denen die Diensthots noch nach hunderten Jahren Gelesen behandelt werden, bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß es auf diesem Wege nicht mehr weiter gehen kann. Die Diensthotsfrage beschäftigt zurzeit Tausende von bürgerlichen Quod- salbern und Quodsalberinnen. Im gemächlichen Wien scheinen die Verhältnisse genau wie bei uns, mit elementarer Macht auf die Ver- freiung der Hausfluren hinzuwirken, da die wirtschaftlichen Faktoren alle verstaubten Traditionen rücksichtslos beiseite schieben. Dies ergibt sich aus der Mitteilung, daß im Wiener Gemeinderat ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde, der sich mit dem immer „fähibar“ werdenden Diensthotsmangel befaßt, mit dem Hinweis, daß die zurzeit geltende Dienstordnung den modernen Zeitverhältnissen nicht mehr genügt und ihr die Hauptkuld an der Diensthotsmisse zu- zuschreiben sei. Die betreffenden Bestimmungen stammen noch aus dem Jahre 1810 (!), ganz wie im Jännerland. Folgender Antrag wurde eingebracht:

„Der Magistrat wird beauftragt, mit Beschleunigung die Vor- arbeiten für die Erlassung einer neuen Dienstordnung durchzu- führen und gleichzeitig die Einführung einer obligatorischen oder fakultativen Altersversorgung für Diensthots, zu welcher ebenso der Dienstgeber wie der Dienstnehmer Beiträge zu leisten hätten, in die Hand zu nehmen. Auch ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in Verbindung mit den Dienstvermittlungsdämtern in Erwägung zu ziehen und dem Stadtrate hierüber Bericht zu erstatten.“

Das Münchener katholische Verdummungsorgan für Diensthots begrüßt natürlich diesen Antrag und tröstet sich damit, daß die Ver- hältnisse in unserm Nachbarland noch ungünstiger sind wie bei uns“. Immerhin erklärt es am Schluß seiner Betrachtungen resigniert: „Die Dienstordnungen sind auch bei uns recht alt und nicht mehr lebensfähig und zeitgemäß. Darum treten auch wir für eine zeitgemäße Abänderung, für eine Aenderung der Dienstbe- ordnung ein, nicht aber, wie die Sozialdemokraten, für eine Abschaffung derselben.“

Dieses Befändnis zeigt klar, daß die Schwarzen weit davon entfernt sind, den Diensthots die Schlafenleiten abzuziehen; nur etwas Zahnüberzug will man gewähren.

Eine Konterdemonstration zugunsten des Frauenstimmrechts ist für den 21. Juni im Londoner Hyde-Park geplant. Eine Anzahl von Frauenwahlrechtsvereinigungen hat die Sache in die Hand genommen und fordert die anderen Organisationen zum Anschluß auf. Estrazüge sind aus allen Teilen des Landes vorgesehen, Hoch- preisermäßigungen sucht man zu erlangen, um eine große Teil- nehmerzahl zu erreichen. Im Park sollen 20 Rednertribünen auf- gestellt werden. Unter dem Schutze der Polizei (1) werden die auswärtigen Deputationen von den Wahlhöfen nach dem Ver- sammlungsplatz geleitet. — Den englischen Wahlrechtskämpferinnen aller Richtungen kann man das Reugnis nicht versagen, daß sie in ihrer Agitationsarbeit unermüdlich bleiben und unerschöpflich in ihren Mitteln die öffentliche Meinung in steter Aufmerksamkeit zu erhalten. Von der Technik ihres Wahlrechtskampfes kann man etwas lernen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Rigdorf. Dienstag, den 24. März, bei Hoppe, Hermannstr. 49: Öffentliche Volksversammlung. Vortrag: „Die Wahlrechtsfrage und die Frauen“. Referentin: Genossin Frau Plum-Ellen. Spandau. Freitag, den 20. März, 8 Uhr, bei Feuerherdt, Kurstr. 21: Vortrag.

## Vermischtes.

Schiffsunfälle. Nach einer Meldung aus Bremen wurde der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kronprinz Wilhelm“ gestern früh bei seiner Abfahrt aus der Quarantäne des Hafens von New York infolge Rebellens von dem britischen Dampfer „Crown of Castile“ angegriffen. Der britische Dampfer traf den „Kronprinz Wilhelm“ mitten ins Heck. Der Steven des britischen Dampfers drang etwa 12 Fuß ein. Die Beschädigung ist über Wasser. Schraube, Steven und Ruder scheinen nicht beschädigt zu sein. Die vorläufige Reparatur wird in New York vorgenommen werden. Bei dem Unfälle wurde niemand verletzt. Der „Kronprinz Wilhelm“ wird am 24. März seine Reise nach Bremerhaven antreten. Der Torpedojäger „Famfare“ erlitt nach Cherbourger Meldung bei Schnelligkeitsversuchen Havarie und war gezwungen, ins Arsenal zurückzukehren. Eine Unter- suchungskommission wird mit einer Prüfung des Unfalles beauftragt werden.

Seine Frau erschlagen. Vorgestern nachmittag hat, wie der „Bögländische Anzeiger“ aus Hof berichtet, der 38 jährige Hand- arbeiter Georg Köfler, Vater von sieben Kindern, seine Frau ermordet, indem er ihr mit einem Knüttel den Schädel zertrümmerte. Das Motiv zur Tat war Eifersucht. Der Mörder ist verschwunden.

Wegen Unterschlagung verhaftet. Nach einer Meldung aus Essen wurde gestern der städtische Vollziehungsbeamte Gottlieb Münster wegen Unterschlagung eingezogener Steuerbeträge verhaftet.

In der Grube getötet. Auf der Grube „Alexander“ wurde nach einer Meldung aus Herford gestern nacht der Bergmann Peter Lamm durch einen umstürzenden Baum getötet.

Das gefährliche Spielzeug. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, wurde in der Fürstenergerstraße ein Schüler beim Spielen mit einem Revolver von einem anderen Knaben getötet.

### Konfervativ-liberale Paarung.

Das „Berliner Tageblatt“ enthält im Inseratenteil seiner gestrigen Nummer in großen Lettern folgendes Inserat:

#### Schadchen

zur Vermittlung einer reichen Heirat für einen Freiherrn gesucht.

Nur durchaus ernstgemeinte Zuschriften erbeten durch die Exped. d. Bg. usw.

Das schöne politische Gebilde der konservativ-liberalen Paarung wird hier in die Praxis umgesetzt. Hoffentlich wird das reich- judenmäßigen in der Ehe mit dem Hochzeubalen besser behandelt als die Liberalen trotz aller Bescheidenheit von den Junkern.

Ein Millionenraub. Ein Telegramm aus Chihuahua in Mexiko berichtet, daß aus der dem mexikanischen Gesandten in den Ver- einigten Staaten gehörenden Bank Minero eine Summe von 1 475 000 Franks geraubt worden ist. Der Bankräuber ist ver- muthlich nach den Vereinigten Staaten geflüchtet; auf seine Ergreifung ist eine hohe Prämie ausgesetzt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Ader Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1007. Fahrstuhl, 1007. wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr hatt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Nachschub und eine Zahl als Dienstleistung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Seltene Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 6. 87. Welche Abgabe bei der Steuer zulässig find, ist ausschließlich im Artikel vom 20. März dargelegt. — Radolf Watafand, die Wohnungsgesundheitsgefährlichkeit, so lassen Sie sie ärztlich untersuchen, die Gesundheitsgefährlichkeit beschreiben, reichen eine Klage an! Auf- hebung des Mietvertrages und Schadenersatz beim Amtsgericht ein, fügen das Urteil bei und beantragen, einen möglichst nahen Termin festzusetzen. M. N. 87. 1. Leider ja 2 und 3 Ja. — R. N. 389. Ja. — Ost- wirt. Die Spielfragen können Sie ausmachen, wie Sie Lust haben. Wir lehnen es grundsätzlich ab, über Streitfragen betreffend Spiel, zu entscheiden. — S. 77. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats, Stralauerstraße 1—3.

Antischer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlinge: Fleisch: Zufuhr reichlich, Gehalt schleppend, Preise für Kalb- und Schweinefleisch an- sehnlich, sonst unverändert. Wild: Zufuhr minimal, Gehalt nil, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Gehalt etwas reger, Preise hoch. Milch: Zufuhr in lebenden Kühen mäßig, in Seehöfen gering, Gehalt ziemlich reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr reichlich, Gehalt in Obst nil, in Gemüse etwas schärfer, Preise zum Teil ansehend.

### Wasserstands-Nachrichten

des Landesamts für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	18. 3.	17. 3.		18. 3.	17. 3.
Remel, Müst	6339	-1	Saale, Großsch	202	-10
Bregel, Jüterburg	3214	-28	Havel, Ebnan	177	+3
Bregel, Thora	5087	-10	Havel, Nauen	179	0
Oder, Rathor	191	-11	Spre, Spremberg	115	-4
• Krollen	270	+3	• Weesow	210	-3
• Frankfurt	253	+3	• Weyer, Wänden	76	-1
• Warte, Schrimm	240	-4	• Wenden	162	-16
• Landsberg	264	-8	• Rhein, Magimillanbau	380	-8
• Rehe, Borsam	124	+1	• Raub	254	-20
• Elbe, Leimberg	62	-16	• Hüll	348	-28
• Preben	-33	-16	• Redar, Hellkorn	190	-9
• Harby	299	-13	• Ralin, Berlin	228	-12
• Magdeburg	259	-11	• Rolof, Ater	161	-17

\*) + bedeutet Wachs, — Fall. — \*) Unterpostel. — \*) heute um 6 Uhr morgens: 526 cm; Gestand. — \*) Grundbeil. — \*) gestern mittag 506, heute morgen 474 cm; eisfrei.

